

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 3.00 Mk., vierteljährlich 11.00 Mk.,
jährlich 39.00 Mk. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Intertions-Gebühr
Betragt für die sechsgetragene Kolonial-
zeile ober dem Raum 50 Pfg., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Gesamtdirektor: Amt IV, Nr. 1985.

Mittwoch, den 8. Januar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Gesamtdirektor: Amt IV, Nr. 1984.

Versprechen und Halten!

Reichstag und preussischer Landtag treten heute wiederum
zusammen. Dieser Zusammentritt bedeutet den Beginn einer
denkwürdigen parlamentarischen Aera. Die Politik soll
ihre Probe bestehen. Die „liberale Aera“, von der bisher nur
in Phrasen der liberalen Presse und einigen vorsichtigen Rede-

Nicht durch klare prinzipielle Verfechtung
seiner Programmforderungen will ja der Freisinn — das ver-
spricht er wenigstens — die Dreiklassenpolitik beseitigen,
sondern durch schmeichelecherliche Liebesgabenpolitik an die
Reaktion! Nicht fordern will er, sondern bitten, über-

sondern auch ein „Scheusal“ wie den berüchtigten Flaschen-Schröder
trotz seiner Schandtat, ja trotz seiner erstinstanzlichen Verurteilung zu
15 Jahren Zuchthaus mit Hilfe des Peters wieder in ein
hohes Kolonialamt habe befördert wollen!

Die Entscheidungen sowohl des Reichstags wie des
Landtags sind von einschneidender Bedeutung. Von ihnen
hängt das Schicksal des Freisinns, hängt die ganze politische
Gestaltung der nächsten Zukunft ab.

Wollte der Freisinn die Rechte des Volkes redlich und
mannhaft wahren, so konnte er sich auf die Mehrheit des
Volkes stützen! Nicht nur die drei Millionen Sozial-
demokraten, sondern auch die Millionen der Ent-
rechteten des Zentrums und des Liberalismus würden
der Kampf geführt, unwiderstehlich geführt haben! Die
Reaktion hätte nachgeben müssen! Aber der Freisinn wollte
keinen Kampf, er wollte den Schacher!

Und das will Herr v. Bennigsen alles beweisen!
Wir glauben denn doch, daß unter solchen Umständen der
umfangreichste Beweis nicht wird abgelehnt werden können!
Denn was hier behauptet worden ist — nicht von einem Erst-
besten, von einem Unkundigen, sondern von einem hohen
Kolonialbeamten, einem Kenner der Akten und
Tatsachen — ist doch wohl das Stärkste, was bisher über
koloniale Korruption jemals behauptet worden ist!

Zunächst wird der Reichstag die Versprechungen der
Wahlpolitik zu liquidieren haben. Das gilt in erster Linie
von der Gestaltung des Steuerwesens. Ein ungeheures
Loch klafft im Reichsäckel, ein Defizit von einer Viertel-

Aber noch ist der Schacher, der Völlverrat nicht perfekt!
Noch ist das Kompromiß, durch das die 85 Prozent des ent-
rechteten Volkes geprellt werden sollen, nicht gelöst!
Appelliert der Freisinn nicht an die Massen, läßt das
Zentrum schändliche Verrätertaten: das Klassenbewußte Pro-
letariat ist auf dem Plane! Die Massen der Arbeiter ver-
folgen mit Argusaugen das Spiel, das im preussischen Ab-
geordnetenhaus getrieben werden soll!

Der Prozeß verspricht deshalb hochinteressant zu werden! Und
daß dem Peters das Herz in die Hosen fällt, daß er erklärt, bei
solcher Prozeßführung die Lust am Verfall zu ver-
lieren, ist nur doppelt geeignet, die Verhandlungen um so auf-
merksamer zu verfolgen!

Die direkten Steuern sollen nur das Schönheitspflasterchen
bilden, um die neuen indirekten Steuern milder ab-
scheulich erscheinen zu lassen. Da aber dies Mittelchen allzu
durchsichtig ist, ist insonderheit dem Freisinn bei dem
Steuerland gar nicht wohl zu mute. Gar zu gern möchte er
die Sanierung der zerrütteten Finanzen, die Deckung der
vom Freisinn bewilligten uferlosen kolonial- und welt-

Gewaltige Volkskundgebungen werden das am Vorabend
des 10. Januar allen offenen Feinden und falschen Freunden
des allgemeinen und gleichen Wahlrechts beweisen! Das Volk
der Rechtlosen wird vornehmlich sein „Cave, adsum!“ (Hüte
Dich, ich bin zugegen!) erschallen lassen!

Nach etwas Persönlichem, Herr Sello erklärte, daß es
Peters und ihm ebenso gleichgültig sei, wie der englische Bischof
Smithies über Peters geurteilt habe, wie wenn der „Vorwärts“
seinen teueren Klienten „Hänge-Peters“ genannt habe. Wir
können nur versichern, daß es uns noch unendlich gleichgültiger ist,
was Herr Sello samt seinem Peters über den „Vorwärts“ zum
Zweck peterdretterischer Stimmungsmache zum
Besten zu geben für opportun erachten!

Die Liberalen treten für direkte Reichssteuern ein.
Aber freilich bilden auch sie sich nicht ein, daß das ganze un-
geheure Defizit ausschließlich durch direkte Reichssteuern
oder „veredelte“ Kontributionsbeiträge gedeckt werden könnte.

Der Freisinn darf sich ja nicht einbilden, es dem Volke
gegenüber so leicht zu haben, wie im Zirkus Busch oder in
Frankfurt seinen geduldeten und eingesetzten Getreuen gegen-
über! Das Proletariat wird ihm nicht nur auf den Mund,
sondern auch auf die Fäuste sehn! Es sind nicht alle Jahre
Faschingswahlen! Die koloniale Seifenblase ist bereits geplatzt,
Ernüchterung und Selbstbesinnung bricht sich mehr und mehr
Bahn. Der Freisinn wird den Lohn für seine Taten ernten,
trotz aller Protektion eines Bülow und eines Lieber!

Die gleichgültige Person des Peters scheidet für uns wirklich
aus. Die gönnen wir Herrn Sello und Herrn Arendt. Aber das
System Peters werden wir um so sorgfältiger durchleuchten. —

Und wie sieht es im übrigen mit der Einlösung der
liberalen Wahlversprechungen aus? Da ist die Majestäts-
beleidigungsvorlage. Wird die etwa so unglückliche Urteile,
wie das Königsberger, künftig unmöglich machen?
Reineswegs! Denn Beleidigungen, die aus „Böswilligkeit“
und „mit Absicht“ begangen werden, sollen nach wie vor be-
straft werden. Und man braucht ja nur Sozialdemokrat
zu sein, um der Böswilligkeit und des Vorbedachts ohne
weiteres verdächtig zu sein! Konservativ und Bloß-Liberal
freilich sind über solchen Verdacht natürlich von vornherein
erhaben! So ist die famose „Reform“ nichts anderes als ein
neues Ausnahmegesetz gegen die Sozial-

Aber auch die Regierung selbst mag auf die
Helferdienste des Freisinns nicht allzuzeit bauen! Das
Volk der Rechtlosen ist nicht so einfältig, sich durch falsche Rede-
künste narren zu lassen! Es fordert sein Recht! Sein volles,
ganzes Recht, das ihm dreifacher Zuntertrug und kapitalistische
Ausbeutergier so lange schmachtvoll vorenthalten! Das Volk
läßt sich nicht länger mit Versprechungen abspesen, es
will Taten sehen!

Landesversammlung
der württembergischen Volkspartei.

Die angeblüh radikalste bürgerliche Partei, die demokratische,
hielt alter Nebung gemäß am Montag, dem Dreikönigstage, ihre
Landesversammlung in Stuttgart. Den Verhandlungen voraus
ging eine Trauerfeier für den jüngst verstorbenen Führer der
würtembergischen Volkspartei Friedrich Gaußmann, den
Zwillingsbruder des Reichstagsabgeordneten Conrad Gaußmann.
Den Parteibericht erstattete der Vorsitzende des Landeskomitees,
Landtagsabgeordneter Dr. Elsas.

Diese jammervolle Politik des Ausweichens, der Retirade
kann nicht scharf genug gebrandmarkt werden! Wenn der Frei-
sinn die enormen kolonialen Ausgaben bewilligt, wenn er
für die Marinevorlage eintritt, wenn er dadurch dem
Volke eine Milliarde neuer Ausgaben für die nächsten
Jahre aufbürdet, so kann er nicht die Verantwortung für die
aus solchen Bewilligungen erwachsenden neuen Steuern ab-
lehnen!

Die wiederholt gestundeten Wechsel sind fällig, die Ver-
sprechungen müssen eingelöst werden!
Heraus mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht!
Und seine Zukunft schneide selbst das Volk, das souveräne!

„Wie stehen wir zum Bloß?“

Die Frage warf der Berichterstatter auf und beantwortete
sie folgendermaßen: „Es läßt sich nicht leugnen, daß in den
Kreis der Parteigenossen besonders seit den letzten Ereignissen
im Reichstag verstärkter Pessimismus Blay gegriffen
hat. Wir müssen uns aber fragen, haben wir überhaupt eine
andere Wahl gehabt als vereint mit der freisinnigen Volkspartei
und der freisinnigen Vereinigung in die lose Verbindung des
„Bloß“ einzutreten? Nein! Wir haben uns sagen müssen, es
kommt auf den Versuch an, durch Ausschaltung des Ultra-
montanismus die Reichspolitik in eine liberale Richtung zu
drängen. Wir durften nicht in oppositioneller Regation verharren,
da die Möglichkeit vorlag, daß in Deutschland einmal mit einem
starken Einschlag von Liberalismus regiert werden kann. Wäh-
lingt der Versuch, geht es an unsere Grundzüge, dann heraus
aus dem Bloß!“

Ebenso bringt das Vereinsgesetz neben einigen Ver-
besserungen für einige süddeutsche Staaten direkte Ver-
schlechterungen. Das Recht der polizeilichen Auflösung
der Versammlungen öffnet der Willkür untergeordneter Polizei-
organe nach wie vor Tür und Tor! Die wirkliche Ver-
sammlungsfreiheit für das Proletariat wird durch die
Bestimmung vereitelt, daß für Versammlungen unter freiem
Himmel die behördliche Genehmigung erforderlich
ist. Vor allen Dingen aber ändert dieses gesetzgeberische Pro-
dukt konservativ-liberaler Vorung nichts an der standalösen Ent-
rechtung der ländlichen Arbeiter! Und ein genau ebenso unzu-
längliches Hindernis ist die Gewerbeordnungsnovelle, die neben
einer Reihe von Unzulänglichkeiten auch eine ganze
Reihe bedenklicher Bestimmungen enthält. Den be-
rechtigten Forderungen der Arbeiterklasse wird auch nicht an-
nähernd Rechnung getragen!

Wenn nicht alles trägt, hat den Peters nummehr in Köln die
Remesse erreicht. Wenn nicht neue Verurteilung schamboll den
Schleier über das Konquistadorentum dieses Menschen deckt, wird
er künftig, trotz des Herrn Arendt und trotz seiner neugewonnenen
literarischen Bewunderer, für die Doffentlichkeit ein toter Mann
sein. Denn in Köln steht ihm nicht ein sozialdemokratischer Re-
dakteur als Verleger gegenüber, dem die kolonialen Geheimarchive
verschlossen sind und der nur mühsam verschleierte oder gar wider-
willige Zeugen aufzutreiben vermag, sondern ein hoher Beamter,
ein ehemaliger Landrat und Kolonialgouverneur, der die Peters-
Akten genau kennt und der den Zeugen den Mund zu öffnen weis!

Ran sieht, trotz der schmerzlichen Erfahrungen kann ein
alter erfahrener Politiker, ein Demokrat aller Qualität, wie
Dr. Elsas es ist, den letzten Hoffnungsstrimmer noch nicht fahren
lassen, bei dem die Demokratie entwerenden Bloßexperiment könnte
doch noch ein demokratischer Fortschritt herauspringen. Das ist
um so bemerkenswerter, als später eben Dr. Elsas als Referent
über Vereinsrecht und Koalitionsfreiheit eine unermüderliche be-
richtende Kritik an dem Vereinsgesetzentwurf, dieser kernfaulen
Frucht der Wahlpolitik, übte.

Das ist das Ergebnis der Wahlpolitik für das Reich!
Um den Preis ungeheurerlicher Mehrbelastungen,
um den Preis von neuen indirekten, volksaus-
wuchernden Steuern in der Höhe von
Hundertern von Millionen ein paar arbeitslose
Hilfsarbeiter, die auch ohne die liberalen Handlangerdienste für
die Paarung von Weltpolitik und Agrarierum, von Wörseanern
und Antifemiten nicht zu umgehen gewesen wären!

Aber nicht nur der Peters dürfte in seiner ganzen Wöhe ent-
scheidet werden, sondern auch die ungeheuerliche koloniale Ver-
urteilungspolitik dürfte entlarvt, an den Pranger gestellt werden!

Den Reichstagsbericht

gab Reichstagsabgeordneter und württembergischer Kammer-
präsident Bayer, jetzt Herr v. Bayer, Ritter hoher Orden usw.
Seine Rede erschöpfte sich in einer krampfhaften Verteidigung
der Wahlpolitik. Früher mal einer der radikalsten Draufgänger
der Volkspartei, ein entschiedener Gegner schwächlicher Halbheiten
und gefälschter Volksmann hat sich Bayer zum kompromisselnden
Staatsmännchen umgewandelt: „Wir sind im Bloß und werden
drin bleiben, da noch kein Mensch uns eine gescheiterte Politik hat
vorschlagen können“, meinte er. Freilich, der Bloß ist nicht ge-
schaffen worden, um der demokratischen Idee zum Siegeslauf zu
berufen, nicht einmal zu Bülow's Vergnügen, sondern nur als
Notbehelf. Die Regierung hat die Gelegenheit beim Schopf er-
wischt, um den Einfluß des Zentrums zu brechen. Das mag der
Regierung sehr hart geworden sein. Wir kennen die Gründe noch
nicht alle, die zur Explosion am 13. Dezember 1906 geführt haben.
Vielleicht hat das Zentrum der Regierung eine Gegenrechnung
gestellt für die Unterstützung der Regierungspolitik, und die Re-
gierung wollte nicht zahlen, weil sie erkannte, daß sie durch die
Zahlung sich und die Interessen des Reichs schwer schädigen würde!“
So macht Herr v. Bayer seinen Leuten die Wahlpolitik schmerz-
haft! Und dann pries er die Versprechungen des Reichstagslers
Bülow als wunderbare liberale Erfolge. Ersparnisse im
Militärwesen hat der Kanzler versprochen. Leider hat auch
Herr v. Bayer von diesen „Ersparnissen“ noch nichts gemerkt.
„Wahrscheinlich habe Bülow versäumt, sich
vorher mit dem preussische Kriegsminister in
Verbindung zu setzen“, entschuldigte Herr v. Bayer Herrn
Bülow, „aber wenn das Versprechen auch nur

Um den Preis ungeheurerlicher Mehrbelastungen,
um den Preis von neuen indirekten, volksaus-
wuchernden Steuern in der Höhe von
Hundertern von Millionen ein paar arbeitslose
Hilfsarbeiter, die auch ohne die liberalen Handlangerdienste für
die Paarung von Weltpolitik und Agrarierum, von Wörseanern
und Antifemiten nicht zu umgehen gewesen wären!

Freilich versucht Peters allen Feststellungen auszuweichen. Er
kneift zum Erbarmen. Nur ein winziges Moment aus dem ver-
nichtenden Ganzen des Artikels möchte er herausfischen, um der
Doffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Und getreulich
sekundiert ihm sein Verteidiger Sello, der alles aufbieten zu
wollen versichert, um die Beweiserhebung einzulegen! Ja, selbst
der Vorsitzende des Gerichts beteuerte, alles nicht
absolut „zur Sache“ Gehörige strengstens aus der Verhandlung fern-
halten zu wollen!

Vertuichte Peters-Skandale?!

Wenn nicht alles trägt, hat den Peters nummehr in Köln die
Remesse erreicht. Wenn nicht neue Verurteilung schamboll den
Schleier über das Konquistadorentum dieses Menschen deckt, wird
er künftig, trotz des Herrn Arendt und trotz seiner neugewonnenen
literarischen Bewunderer, für die Doffentlichkeit ein toter Mann
sein. Denn in Köln steht ihm nicht ein sozialdemokratischer Re-
dakteur als Verleger gegenüber, dem die kolonialen Geheimarchive
verschlossen sind und der nur mühsam verschleierte oder gar wider-
willige Zeugen aufzutreiben vermag, sondern ein hoher Beamter,
ein ehemaliger Landrat und Kolonialgouverneur, der die Peters-
Akten genau kennt und der den Zeugen den Mund zu öffnen weis!

Freilich versucht Peters allen Feststellungen auszuweichen. Er
kneift zum Erbarmen. Nur ein winziges Moment aus dem ver-
nichtenden Ganzen des Artikels möchte er herausfischen, um der
Doffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Und getreulich
sekundiert ihm sein Verteidiger Sello, der alles aufbieten zu
wollen versichert, um die Beweiserhebung einzulegen! Ja, selbst
der Vorsitzende des Gerichts beteuerte, alles nicht
absolut „zur Sache“ Gehörige strengstens aus der Verhandlung fern-
halten zu wollen!

Ebenso bringt das Vereinsgesetz neben einigen Ver-
besserungen für einige süddeutsche Staaten direkte Ver-
schlechterungen. Das Recht der polizeilichen Auflösung
der Versammlungen öffnet der Willkür untergeordneter Polizei-
organe nach wie vor Tür und Tor! Die wirkliche Ver-
sammlungsfreiheit für das Proletariat wird durch die
Bestimmung vereitelt, daß für Versammlungen unter freiem
Himmel die behördliche Genehmigung erforderlich
ist. Vor allen Dingen aber ändert dieses gesetzgeberische Pro-
dukt konservativ-liberaler Vorung nichts an der standalösen Ent-
rechtung der ländlichen Arbeiter! Und ein genau ebenso unzu-
längliches Hindernis ist die Gewerbeordnungsnovelle, die neben
einer Reihe von Unzulänglichkeiten auch eine ganze
Reihe bedenklicher Bestimmungen enthält. Den be-
rechtigten Forderungen der Arbeiterklasse wird auch nicht an-
nähernd Rechnung getragen!

Ran sieht, trotz der schmerzlichen Erfahrungen kann ein
alter erfahrener Politiker, ein Demokrat aller Qualität, wie
Dr. Elsas es ist, den letzten Hoffnungsstrimmer noch nicht fahren
lassen, bei dem die Demokratie entwerenden Bloßexperiment könnte
doch noch ein demokratischer Fortschritt herauspringen. Das ist
um so bemerkenswerter, als später eben Dr. Elsas als Referent
über Vereinsrecht und Koalitionsfreiheit eine unermüderliche be-
richtende Kritik an dem Vereinsgesetzentwurf, dieser kernfaulen
Frucht der Wahlpolitik, übte.

Das ist das Ergebnis der Wahlpolitik für das Reich!
Um den Preis ungeheurerlicher Mehrbelastungen,
um den Preis von neuen indirekten, volksaus-
wuchernden Steuern in der Höhe von
Hundertern von Millionen ein paar arbeitslose
Hilfsarbeiter, die auch ohne die liberalen Handlangerdienste für
die Paarung von Weltpolitik und Agrarierum, von Wörseanern
und Antifemiten nicht zu umgehen gewesen wären!

Freilich versucht Peters allen Feststellungen auszuweichen. Er
kneift zum Erbarmen. Nur ein winziges Moment aus dem ver-
nichtenden Ganzen des Artikels möchte er herausfischen, um der
Doffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Und getreulich
sekundiert ihm sein Verteidiger Sello, der alles aufbieten zu
wollen versichert, um die Beweiserhebung einzulegen! Ja, selbst
der Vorsitzende des Gerichts beteuerte, alles nicht
absolut „zur Sache“ Gehörige strengstens aus der Verhandlung fern-
halten zu wollen!

Für all diese Konzessionen an die Reaktion verheißt nun
der Liberalismus Zugeständnisse in Preußen! Die preussische
Wahlrechtsreform soll die Entschädigung für alle sonstigen Ver-
zichte, für alle prinzipiellen Verrätereien des Freisinns sein!

Freilich versucht Peters allen Feststellungen auszuweichen. Er
kneift zum Erbarmen. Nur ein winziges Moment aus dem ver-
nichtenden Ganzen des Artikels möchte er herausfischen, um der
Doffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Und getreulich
sekundiert ihm sein Verteidiger Sello, der alles aufbieten zu
wollen versichert, um die Beweiserhebung einzulegen! Ja, selbst
der Vorsitzende des Gerichts beteuerte, alles nicht
absolut „zur Sache“ Gehörige strengstens aus der Verhandlung fern-
halten zu wollen!

Wie aber steht es mit der preussischen Wahlrechtsreform?
Wird sie nicht auch nur ein armseliges Scheinbrot sein? Ein
Stein statt des ruhmredig verheißenen Brotes?

Ran sieht, trotz der schmerzlichen Erfahrungen kann ein
alter erfahrener Politiker, ein Demokrat aller Qualität, wie
Dr. Elsas es ist, den letzten Hoffnungsstrimmer noch nicht fahren
lassen, bei dem die Demokratie entwerenden Bloßexperiment könnte
doch noch ein demokratischer Fortschritt herauspringen. Das ist
um so bemerkenswerter, als später eben Dr. Elsas als Referent
über Vereinsrecht und Koalitionsfreiheit eine unermüderliche be-
richtende Kritik an dem Vereinsgesetzentwurf, dieser kernfaulen
Frucht der Wahlpolitik, übte.

Das ist das Ergebnis der Wahlpolitik für das Reich!
Um den Preis ungeheurerlicher Mehrbelastungen,
um den Preis von neuen indirekten, volksaus-
wuchernden Steuern in der Höhe von
Hundertern von Millionen ein paar arbeitslose
Hilfsarbeiter, die auch ohne die liberalen Handlangerdienste für
die Paarung von Weltpolitik und Agrarierum, von Wörseanern
und Antifemiten nicht zu umgehen gewesen wären!

Freilich versucht Peters allen Feststellungen auszuweichen. Er
kneift zum Erbarmen. Nur ein winziges Moment aus dem ver-
nichtenden Ganzen des Artikels möchte er herausfischen, um der
Doffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Und getreulich
sekundiert ihm sein Verteidiger Sello, der alles aufbieten zu
wollen versichert, um die Beweiserhebung einzulegen! Ja, selbst
der Vorsitzende des Gerichts beteuerte, alles nicht
absolut „zur Sache“ Gehörige strengstens aus der Verhandlung fern-
halten zu wollen!

Für all diese Konzessionen an die Reaktion verheißt nun
der Liberalismus Zugeständnisse in Preußen! Die preussische
Wahlrechtsreform soll die Entschädigung für alle sonstigen Ver-
zichte, für alle prinzipiellen Verrätereien des Freisinns sein!

Freilich versucht Peters allen Feststellungen auszuweichen. Er
kneift zum Erbarmen. Nur ein winziges Moment aus dem ver-
nichtenden Ganzen des Artikels möchte er herausfischen, um der
Doffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Und getreulich
sekundiert ihm sein Verteidiger Sello, der alles aufbieten zu
wollen versichert, um die Beweiserhebung einzulegen! Ja, selbst
der Vorsitzende des Gerichts beteuerte, alles nicht
absolut „zur Sache“ Gehörige strengstens aus der Verhandlung fern-
halten zu wollen!

Wie aber steht es mit der preussischen Wahlrechtsreform?
Wird sie nicht auch nur ein armseliges Scheinbrot sein? Ein
Stein statt des ruhmredig verheißenen Brotes?

Ran sieht, trotz der schmerzlichen Erfahrungen kann ein
alter erfahrener Politiker, ein Demokrat aller Qualität, wie
Dr. Elsas es ist, den letzten Hoffnungsstrimmer noch nicht fahren
lassen, bei dem die Demokratie entwerenden Bloßexperiment könnte
doch noch ein demokratischer Fortschritt herauspringen. Das ist
um so bemerkenswerter, als später eben Dr. Elsas als Referent
über Vereinsrecht und Koalitionsfreiheit eine unermüderliche be-
richtende Kritik an dem Vereinsgesetzentwurf, dieser kernfaulen
Frucht der Wahlpolitik, übte.

Das ist das Ergebnis der Wahlpolitik für das Reich!
Um den Preis ungeheurerlicher Mehrbelastungen,
um den Preis von neuen indirekten, volksaus-
wuchernden Steuern in der Höhe von
Hundertern von Millionen ein paar arbeitslose
Hilfsarbeiter, die auch ohne die liberalen Handlangerdienste für
die Paarung von Weltpolitik und Agrarierum, von Wörseanern
und Antifemiten nicht zu umgehen gewesen wären!

Freilich versucht Peters allen Feststellungen auszuweichen. Er
kneift zum Erbarmen. Nur ein winziges Moment aus dem ver-
nichtenden Ganzen des Artikels möchte er herausfischen, um der
Doffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Und getreulich
sekundiert ihm sein Verteidiger Sello, der alles aufbieten zu
wollen versichert, um die Beweiserhebung einzulegen! Ja, selbst
der Vorsitzende des Gerichts beteuerte, alles nicht
absolut „zur Sache“ Gehörige strengstens aus der Verhandlung fern-
halten zu wollen!

Platonisch geliebt ist, so ist doch jetzt offiziell anerkannt worden, daß Erparnisse gemacht werden müssen." Mit dieser Erklärung hat der demokratische „Staatsmann“ Herr v. Payer wohl den Gipfel der Bescheidenheit erreicht. Strafprozeßreform, Fortführung gesunder Sozialpolitik, angelegliche Einschränkung der Kaiserthronerbindeungsprozesse wurden erwähnt. Daß aber die äußerst fragwürdigen Änderungen auf diesen Gebieten eine Frucht der Blockpolitik seien, wagt nicht einmal Herr v. Payer zu behaupten. Aber die reichsgesetzliche Reform des Vereins- und Versammlungsrechtes, die ist ein großes Fettenauge auf der sonst so mageren Blocksuppe. Tief einschneidenden Verbesserungen muß freilich auch dieser Entwurf unterzogen werden. Württemberg, Baden, Hessen und Bayern werden zwar in ihren Rechten empfindlich gekürzt, aber „gar so glänzend ist es in Württemberg auch nicht. Die Praxis ist gut, die Schattenseite ist nur, daß diese Praxis durch keine gesetzliche Unterlage garantiert wird.“ So redete Herr v. Payer noch lange Zeit fort, auch bei den radikalsten Tönen nicht vergessend, sich irgendwo ein Hintertürchen zu reservieren. Und dann beschwor er seine Parteigenossen, die Regierung doch ja nicht zu zwingen, sich in die Arme des Zentrums zu werfen. Wenn die verprochenen Gesetzeswürfe auch nicht Gesetz würden, so würden sie doch ein starkes Werkzeug in der Agitation sein. Also Geduld, und nochmals etwas Geduld!

Die Versammlung, ganz begeistert von der Geduldrede des vollparteilichen Führers, klatschte begeistert Beifall und stimmte alsdann einer Resolution zu, in der die Verschärfung liberal-demokratischer Grundzüge durch die Fraktion gubehalten und zugleich die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Herren demokratischen Parlamentarier um die Förderung der soeben beschriebenen Grundzüge sich nach wie vor entschieden bemühen werden.

Nach Payer kam sodann Dr. Eissas mit seinem Referat über Vereinsrecht und Koalitionsfreiheit.

Milde in der Form, aber scharf äußerst scharf wendete er sich gegen die Schönfärberei des Vorredners. Er wies nach, daß entgegen der Behauptung Payers die Vereins- und Versammlungspraxis in Württemberg sehr gut gesetzlich fundiert ist, und diese Praxis nicht etwa vom Bestehen der Polizei oder der Regierung abhängt. Eissas zitierte weiter das Urteil Posadowskys über die Vereins- und Versammlungsgesetze Norddeutschlands im April 1907; ein „Totengericht“ nannte er das Urteil Posadowskys. „Da hätte man doch erwarten können, daß der Gesetzentwurf etwas anders ausfallen würde, als er jetzt ausgefallen ist. Der § 7 des Gesetzentwurfes insbesondere ist unannehmbar für jeden Demokraten!“ Mit äherndem Spott behandelte der Redner sodann die anderen Bestimmungen des Entwurfes. Herr Payer sah dabei und dachte wohl: „Rede du, was du magst! Mein Freund Conrad Gauhnmann und ich, wir tun doch, was Willen will!“

Der Landtagsabgeordnete Staudenmeyer, ein neugeborener Parlamentarier, las noch einen Landtagsbericht vor, in dem der neuen sozialdemokratischen Landtagsfraktion nachgerühmt wird, daß sie unter der Führung Lindemanns „ihrer Verantwortung mehr bewußt geworden“ sei. „Zum ersten Male habe sie sich an der Eröffnung des Landtags beteiligt und den Eid in die Hand des Königs abgelegt, bis auf einen „Annenweg“, der aber dafür nachher den König und seine Familie zum Besuch Wilddads, das in seinem Wahlkreise liege, eingeladen habe. Auch die zum ersten Male erfolgte Zustimmung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zum Etat sei Zeuge der Wandlung. Ob das Herz sie zur Zustimmung veranlaßt oder die Klugheit bezog, die Rücksicht auf die Abhaltung des Internationalen Kongresses sie geboten habe, möge dahingestellt bleiben. Das andere an der Sache nichts; die Tatsachen allein sprechen eine deutliche Sprache.“

Mit den Referaten war die Tagung beendet. Diskutiert wurde nicht. Soviel läßt sich aber doch sagen: Einer ernsthaften Opposition gegen die das Parteilieben verwüsthende, die bürgerliche Demokratie bis ins Mark vergiftende Blockpolitik von Zahn bis Payer ist das Bürgerium nicht mehr fähig. Prinzig ist nichts, Schacher alles. Um so mehr Anlaß hat die Sozialdemokratie, ihre Grundzüge mit unerbittlicher Schärfe zu vertreten. —

## Die Oktobristen in der dritten Duma.

Mit der dritten Duma sind die Oktobristen zum ersten Male ins öffentliche Leben hinausgetreten; denn obwohl sie dem Namen nach bereits über zwei Jahre existieren, sind sie politisch noch Keimlinge; wobei die erste noch die zweite Duma, noch irgend ein anderes größeres politisches Ereignis des russischen Lebens haben die oktobristische Partei als solche in irgend einer aktiven Rolle, in einer einflussreichen Stellung gesehen. Das Gesetz des 8. (16.) Juni hat die Chancen der Oktobristen mit einem Schlage verändert: Aus einem bedeutungslosen Häuflein sind sie förmlich über Nacht zur ausschlaggebenden „führenden“ Partei im Parlament — wenn auch nur im rechtlosen russischen Parlament — geworden. Erst im hellen Lichte der Öffentlichkeit hat sich dann der Oktobristen wahres Wesen offenbart, als dessen Hauptwahrzeichen ihre volle Prinzipienlosigkeit in die Augen springt. In dem von der oktobristischen Parteikonferenz für die Dumafraktion ausgearbeiteten Vorschlag heißt es: ihre erste Aufgabe in der Duma solle die Bildung eines „konstitutionellen Zentrums“ sein, welches „die Eroberung der Regierungsmacht“ nicht im Auge hat! Unter „Eroberung der Regierungsmacht“ kann hier nur das Durchsetzen der Forderung eines verantwortlichen Ministeriums verstanden werden; darauf verzichten die Oktobristen also und nennen sich dabei doch „konstitutionelle Partei!“ Fürwahr, sie spotten ihrer selbst und wissen nicht viel! Trophem in demselben Scheißstück auch sonst ein Langes und Breites über Konstitution, konstitutionelle Prinzipien und dergleichen schöne Dinge mehr geredet wird, haben die Oktobristen es zustande gebracht, von den fünf Präsidiumsmitgliedern drei, d. h. die Mehrheit, den „Echt-Russischen“ abzutreten. Leuten, auf die das bloße Wort „Versammlung“ eine Wirkung ausübt, wie das rote Tuch auf den Stier.

Die stammenden „Konstitutionalisten“ haben sich auch geschaut, das Wort „konstitutionelle Staatsform“ in die Antwortadresse aufzunehmen! Sie, die den Namen des Manifestes vom 17. Oktober tragen, das — recht oder schlecht — als Ausgangspunkt der russischen „Verfassung“ gilt, haben zum Präsidenten einen Mann aus ihrer Mitte gewählt, der es nicht für nötig erachtete, dies Manifest in seiner Antrittsrede auch nur zu erwähnen! Sie, die in ihrer Deklaration so sehr auf die Rechte der Duma pochen, finden nicht den Mut, an den unbedeutenden Gesetzesvorlagen der Regierung auch nur einen 3-Punkt zu ändern; sie erklären gerade heraus, die Duma könne zwar die Regierungsvorschläge betrachten, ein Recht auf ihre Umänderung stehe ihr aber nicht zu! Vielfach kommt es in den Kommissionen vor, daß sie sich mit mündlichen Erklärungen der Regierungsvertreter zufrieden geben und auf Einsicht in die vorgelegten Dokumente verzichten! Die Presse berichtet, daß in den Kommissionen — neben den echt-Russischen — auch die oktobristischen Mitglieder sich beim Eintritt von Regie-

rungsvertretern von ihren Sätzen erheben: ein Vorgang, der in der Geschichte aller Parlamente wohl einzig dasteht. Dieses eine komische Belgeschma nicht entbehrende Gebaren ist übrigens nichts weiter als eine Widerspiegelung der gesamten Dumataktiv der Oktobristen, welche die Duma zu einer bloßen Jagomaschine, zu einem Departement des Ministeriums degradieren.

Eine bedeutende Rolle in dieser Bureaufaktisierung der Duma zu spielen, wird zweifellos dem „Block der beiden Zentren“ — desjenigen der Duma (d. h. des oktobristischen) mit dem des Reichsrats — beschieden sein. Das Reichsratszentrum besteht aber aus lauter hochgestellten Bureaufakten, Beamten und Würdenträgern. Diese Dufensfreundschaft mit dem ultra-reaktionären Reichsrat ist ein Beweis mehr für die angelegliche Reformfreundlichkeit der Oktobristen. Wie sagen: ein Beweis mehr, daß ein schlagender Beweis schon durch das Zustandekommen und das — trotz gelegentlicher Nebenreden — auf längere Zeit hinaus gesicherte Bestehen des Blocks mit den Echt-Russen gegeben ist. Dieses Bündnis hat aber neben seinem Hauptzweck (eine „arbeitsfähige“, d. h. der Regierung gehorsame Duma zu sichern) auch den, die Opposition mundtot zu machen, und der oktobristische Präsident Chomjaloff ist ganz der Mann dazu; denn obwohl er die Redefreiheit der Reichsratsredner, teilweise auch die der Kadetten, ganz energisch zu wahren versteht, fällt es ihm nicht ein, durch seine Autorität dem wilden Geheule und Gebraule, welches von der rechten Seite des Hauses ertönt, sobald ein „Linter“, besonders aber ein Sozialdemokrat die Redezeitlinie besetzt, Einhalt zu tun, ja — er mißbraucht sein Amt dazu, um den Vertretern der Opposition — und hauptsächlich wiederum den Sozialdemokraten — einfach den Mund zu verbieten, wenn sie den Nachhabern unangenehme Dinge berühren, wie es z. B. bei der Erwähnung der Gurlo-Bibbal-Affäre der Fall war. . .

Aber auch in manchem anderen kommt der reaktionäre Geist der Oktobristen, welcher der wahre Grund für den auffallenden Widerspruch zwischen Wort und Tat ist, grell zum Vorschein. Nach der berüchtigten Deklaration Stolypins, die an maßloser Grausamkeit alle Erwartungen übertraf, haben die Oktobristen als Partei kein Wort der Mißbilligung gefunden und sich mit einer einfachen Formel des Ubergangs zur Tagesordnung begnügt! Einzelne Vertreter ihres linken Flügels haben zwar oppositionelle Töne angeschlagen, die Mehrheit der oktobristischen Redner aber hielt sich auf dem Niveau der Echt-Russischen, die die Regierungserklärung natürlich „voll und ganz“ billigten. Diese rührende Uebereinstimmung mit der Rechten geht soweit, daß der echt-russische Initiativvortrag über Entschädigung solcher Personen, die durch „revolutionäre Erzeugnisse“ gelitten haben, auch von vielen Oktobristen mit unterschrieben ist.

Bezeichnend ist ferner die Stellung der Oktobristen zum Regierungsprojekt über Unfallentschädigung und Altersversorgung der in fiskalischen Unternehmungen beschäftigten Arbeiter: ihr Berichterstatter erklärte sich gegen die Vorlage — erstens, weil sie nur eine Teilmaßnahme sei (seltsame Begründung im Munde eines Oktobristen!), zweitens aber, weil dies die in privaten Unternehmungen beschäftigten Arbeiter — neblisch machen würde! —

Mit ihrem reaktionären Wesen vereinigen die Oktobristen eine bodenlose Unwissenheit und Unfähigkeit zu ernster Arbeit. Es fehlt ihnen an elementarsten Kenntnissen parlamentarischer Formen und Technik, an Spezialisten zur Betrachtung von Regierungsvorschlägen, Ausarbeitung von Berichten usw. War doch schon einmal ein von einem Oktobristen erstatteter Kommissionsbericht an die Kommission zur Überweisung worden, weil er in keiner Weise, weder nach Inhalt noch nach Form, den minimalsten Anforderungen entsprach! Dazu kommt noch jeglicher Mangel an gutem Willen. Die Kommissionen können oft ihre Sitzungen nicht abhalten, weil sich nur Mitglieder der oppositionellen Minderheit einfinden, die oktobristisch-rechte Mehrheit aber durch Abwesenheit glänzt! Wenn es nur irgend möglich ist, wird die ganze Arbeit auf Vertreter der Opposition abgewälzt usw. Im nächsten aber ist es, daß bereits in der zweiten Dumawoche der Ruf nach Ferien erscholl! . . .

Reaktionär und heuchlerisch, dabei unwissend und träge — dies ist in knappen Worten die Charakteristik der „führenden“ Partei in der dritten Duma! —

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Januar 1908.

### Gegen das Ausnahmegesetz!

Gegen die Sprachenbestimmung im neuen Vereinsgesetz spricht sich Herr Quidde in der „Frankfurter Zeitung“ mit großer Entschiedenheit aus. Er schreibt:

Für die Linksliberalen darf es in dieser Frage kein Schwanken geben. Völlig unannehmbar ist jede Fassung der Paragraphen, die der Verwaltungsbeförderung das Recht gibt, Versammlungen wegen Gebrauchs einer nichtdeutschen Sprache zu verbieten, und völlig unannehmbar wäre ein Gesetz, in das ein solcher Paragraph Aufnahme gefunden hätte. Es handelt sich da nicht um eine Nützlichkeitfrage, auch nicht einmal so sehr um unser nationales Interesse, das die Befreiung einer solchen gefährigen, aufreizenden Bestimmung verlangt, sondern um eine der heiligsten, unverrückbaren Grundaussagen der Demokratie, um unsere Bestellungen von nationaler Gerechtigkeit und Würde, die wir nicht preisgeben dürfen. Es ist deshalb kaum verständlich, wie die Reichsregierung, da sie doch auf Annahme des Gesetzes durch den Block einschließlich der Linksliberalen Wert legt und deshalb schwerlich die Absicht hatte, wie man sonst vermuten könnte, uns zu brüskieren und zu verhöhnen, einen solchen Vorschlag überhaupt machen konnte. Als selbstverständlich habe ich bis vor kurzem betrachtet, daß in dieser Frage der ganze Linkliberalismus einig sei. Zeitungsnotizen haben behauptet, daß das nicht der Fall sei, daß es Freistimmige gebe, die den § 7, wenn auch in etwas gemilderter Form, aber im Wesen unverändert, zugestehen wollten! Ich möchte einwillen annehmen, daß das, so bestimmt die Nachrichten auch lauten, unmöglich ist, und daß die Zeitungsmedien den mit Namen genannten Männern bitter Unrecht getan haben. Für uns Demokraten wäre nach meiner Auffassung die Annahme des § 7 eine Verleugnung unseres politischen Glaubens und eine Charakterlosigkeit. Als wir in Frankfurt am 11. November die große Einigungs- und Umwandlung veranstalteten, waren wir wohl alle des Glaubens, daß wir, wenn auch nicht in allen Einzelheiten, doch in solchen Grundfragen des politischen Bekenntnisses einig seien. Möge dieser Glaube nicht zuschanden werden.

Wir müssen Herrn Quidde leider seine Illusionen rauben. In Hamburg hat Herr Kaumann seine Bereitwilligkeit zum Umfall bereits angekündigt. Er will für das Ausnahmegesetz stimmen, wenn es nur für die polnischen Teile und das Elsaß nicht gilt. Er will also gerade die polnische Arbeiterbevölkerung Rheinland-Westfalens unter das Ausnahmegesetz, das ihnen das Koalitionsrecht raubt, stellen lassen. Wenn Herr Kaumann bereits so weit ist, mag sich Herr Quidde selber sagen, wogu die Heffcher und Pachnise bereit sind. Uns will scheinen, als würde Herr Quidde in der nächsten Zeit der Blockpolitik noch gründlich von seinen Illusionen befreit werden. —

## Gardens Nekrolog.

Gust haben die Konservativen, besonders die Mitglieder der Bismarck-Fronte, in Maximilian Harden den Interpreten ihrer eigenen Gefühle gesehen und schmerzhaft die Wunden der Bescheidenheit, die er gegen Wilhelm II. und das Regime Caprivi ritzte; heute, nachdem er sich im Moskito-Prozess seine Wamagie geholt hat, wird er von derselben politischen Koterie, deren Interessen er damals vertreten hat, als politischer Gaukler behandelt und mit Ahlwardt auf dieselbe politische Stufe gestellt. So schreibt die offizielle „Konserve-Korrespondenz“ in einem Vergleich Gardens mit Ahlwardt und Erzberger:

Von den drei Standalmachern war Ahlwardt der am wenigsten kluge, Harden der scharfsinnigste. Alle drei haben sich von ihren Klatsch-Zutragern täuschen lassen, aber als der leichtfertige und gemeingefährlichste von ihnen hat sich Harden erwiesen. Man sagt dem Herausgeber der „Zukunft“ tröstend nach, er sei unerfindlich für des Vaterlandes Wohl in die Schranken getreten. Harden selbst machte den Wahlspruch Huttens sich zu eigen. Aber ist das Unerfindlichkeit, wenn man sich in dunklen Andeutungen ergeht, die allerlei Anspielungen zulassen? Wenn man zwischen den Zeilen die schlimmsten Verdächtigungen lesen läßt und dann wehleidig versichert, gar nichts Uebles haben sagen wollen?

Man mühte Harden für einen der ungeschicktesten und unüberlegtesten Journalisten halten, wenn man glauben wollte, er habe nicht geschrieben, was er wirklich zu schreiben beabsichtigte. Deshalb ist auch das andere Lob, das man ihm als einem wahrheitsliebenden Menschen spendete, unbedingt zu beanstanden. Harden hat vielmehr historische seine Leser getäuscht. Er hat sie in den Glauben verlegt, als sei er über die intimsten Dinge von authentischen Seiten unterrichtet. Er hat mit Verbindungen in den höchsten Kreisen gepöhl und namentlich mit Bismarckschen Intimitäten sich gebrüsst, die immer intimer wurden, je länger der große Kanzler und sein leider so jung verchiedener Sohn Herbert tot waren. Was ist es nun mit diesen Quellen? Es kann nicht bestritten werden, daß der Herausgeber der „Zukunft“ als — glunckerer ertrappt worden ist.

Garden und Ahlwardt als wahlverwandte schöne Seelen — der bitterste Hohn! —

### Preußen in der Welt voran!

Wie fast alljährlich zur Weihnachts-, Pfingst- und Ferienzeit sind uns auch in den letzten Tagen wieder aus allen Teilen Preußen-Deutschlands Klagen über den Eisenbahnbetrieb und die bekannte Höflichkeit und Zuborkommenheit der Eisenbahngestellten zugegangen. Alle diese Beschwerden zu veröffentlichen hat keinen Zweck; den nachfolgenden Brief wollen wir aber, da er gewissermaßen typisch für unsere Eisenbahnzustände ist, dennoch zum Abdruck bringen. Ein Genosse aus Arnberg schreibt uns:

Unterjohannet hatte die Feiertage wieder einmal Berlin aufgesucht. Natürlich auf der Heimreise am 22. v. M. schon kolossaler Andrang in Stendal und eine Stunde Verspätung; aber die Rückreise spottet vollends jeder Beschreibung. Ich fuhr am 2. Januar vom Lehrter Bahnhof zurück nach Stendal. Um 2 Uhr mittags wurde der Zug in die Halle gelassen. Um 2:07 sollte die Abfahrt erfolgen. Ein furchtbarer Andrang war schon in der Vorhalle zu der Kupierung der Billets. Im Ru waren die Wagen voll und ratlos standen die Fahrgäste vor den vollen Wagen der vierten Klasse. Wir wurden von vorn nach hinten geschickt und der Veränderung wegen auch mal umgekehrt. Weder der Zugführer, noch der Schaffner, noch der Stationsassistent bemühten sich um unsere Unterbringung. Immer wieder erneute Fragen, wir wurden schließlich auf einen verlassenen dritter Klasse-Wagen verwiesen. Endlich ließ ihn der Assistent öffnen. Der Wagen war stöckdunkel, die Fenstern dicht zugefroren; aber es war ja Zeit zur Abfahrt, also nur schnell hinein. Ich rief: „Der Wagen ist ja gar nicht geheizt!“ Aber kein Beamter war zu sehen.

Wir hofften auf Erwärmung. Als wir aus der Halle waren, sahen wir erstaut auf den Fußboden. Er war wie best mit Apfelsäure und anderem Unrat, die Stige total verstaubt; noch nie, selbst auf langen Fahrten nach dem Osten habe ich eine solche Masse Unrat in einem dritter Klasse-Wagen gesehen. In Spanbau wandten wir uns an einen Unterbeamten der Zugbegleitung (ein anderer war nicht sichtbar) wegen Fehlens der Heizung; erhielten aber natürlich eine recht netterweise Antwort. Acht Erwachsene und sechs Kinder in dem kleinen Kupee. In Bismarck kam es zum Krach, der Schaffner verbot sich den Ausdruck „Stummel“ und verwies uns an den Stationsassistenten, der — schleunigst verschwand. — In Groß-Benitz hielten wir den Stationsassistenten in den Wagen, er zudte die Achsen ob der Sauberkeit. Und die Heizung? Ja der Wagen vor uns hatte ja auch keine. Es fehlte jede Verbindung. So ging's weiter. Wir stiegen die nächste Station ohne weiter zu fragen um in ein Kupee dritter Klasse. Es war 1/4 Uhr. Wann und ob die Wagen überhaupt noch Heizung erhalten haben, entzieht sich meiner Kenntnis. Ob die Notbremse wohl in Ordnung gewesen ist? Wer entschädigt und für die erlittene Erkältung? Es waren 8 Grad Celsius.

### Der Sieg in Schwabach.

Das vollständige Resultat der Erntewahl zum bayerischen Landtag in Schwabach lautet: Hierl (Sozialdemokrat) 2607, Kohl (Liberal) 2236, Hörl (Bauernbündler) 2174 Stimmen.

Das amtliche Ergebnis der Hauptwahl vom 31. Mai 1907 war: Hierl 1902, Hörl 2154, Ribot (Liberal) 2733 Stimmen.

Bei der Hauptwahl stand also die Sozialdemokratie an letzter Stelle, der liberale Kandidat hatte 800 Stimmen mehr als der Vertreter der Arbeiterpartei erhalten. Auch der Bauernbündler war dem sozialdemokratischen Kandidaten noch um 200 Stimmen voraus. Um so erfreulicher ist der Sieg. Die Liberalen haben an 500 Stimmen verloren, die Bauernbündler die ihren um nur 20 vermehrt, die Sozialdemokraten haben um 705 Stimmen gewonnen.

Die „fränkische Tagespost“, unser Nürnberger Parteiorgan, schreibt zu dem Ausgang der Sonntagswahl:

„Im Vordergrund der Erörterungen standen nicht die Forderungen an den Landtag, sondern die parteipolitische Stellung der Kandidaten überhaupt. Die Niederlage des Herrn Kohl ist die Niederlage des Liberalismus und ein Sieg des sozialistischen Programms, das unsere Redner bis zuletzt mit aller Gründlichkeit besprochen haben.“

Die Reaktion der Blockpolitik im Reich hat die Wähler erschreckt und rebellisch gemacht. Sogar in Bayern, wo ein Teil der liberalen Kammerfraktion sich alle Mühe gibt, demokratisch zu erscheinen. —

### Rußland in Weimar.

Nach einem Besuche der Duma muß die russische Gesandtschaft in Weimar die Koffer packen. Zur Abschiedsfeier hatte am Sonntag der Gesandte, Baron von Graevenitz, ein Fest veranstaltet, das — wie die bürgerliche Presse schreibt — zu den Glanzpunkten der diesjährigen Winteraison zählen und die Elite unserer ersten Gesellschaftsreise vereinigen wird. Diese „Elite“ jammert nun bitter darüber, daß Rußland aus Weimar verschwindet. Allerdings hat es Rußland verstanden, Tsawlenin in verschwendlicher Pracht zu vergeuden, derweil im eigenen Lande Hunderttausende in Elend und Not schmachten. Allein gegen

8000 R. kostete das zum Abschiedsfest extra aufgebaute Fest, ohne die Tausende, die das Fest für die „Elite“ verschlang. So ist es begreiflich, daß die bürgerliche Presse schreibt:

„Das Verschwinden der russischen diplomatischen Vertretung bedeutet für das gesellschaftliche Leben unserer Residenz einen Verlust, der nicht unerheblich ist; denn die russische Residentur gehörte zu den Mittelpunkten dieses geselligen Lebens, das sich durch Eleganz und vollendete Form auszeichnet.“

Sie sieht man, zu was eine Gefandtschaft notwendig ist. Als Gegenstück hierzu verpürt seit Jahren die Arbeiterkammer im Großherzogtum auf dem Gebiet des Versammlungswesens die russische Behandlung. Von „Eleganz und vollendeter Form“ natürlich das Gegenteil.

### Verschlechterung der Fahrkartensteuer?

Ueber die Reform der Fahrkartensteuer äußert sich Präsident v. Mühlensfeld in dem Rückblick der „Zeitg. der Ver. Deutsch. Eisenbahn-Verwaltungen“ auf das Jahr 1907:

„Die Fahrkartensteuer ist in ihrer für die Benutzung der oberen Klassen höchst schädlichen, die Abwanderung in die niederen Klassen begünstigenden Wirkung erkannt und steht einer Reform in der Richtung entgegen, daß bei Freilassung der Zweiklassigen-Klassen die drei oberen Klassen gleichmächtiger als bisher getroffen werden.“

Dies muß die Verschärfung erwecken, daß die Reform in einer relativen Erhöhung der Steuer für die dritte und zweite Klasse bestehen würde, womit das soziale Mäntelchen, womit man diese lästige und verkehrshindliche Steuer geschmückt hatte, glänzlich beseitigt wäre. Die Fahrkartensteuer für die erste und zweite Klasse ist und ziemlich gleichgültig, doch ist sie steuerpolitisch verfehlt. Die Fahrkartensteuer für die dritte Klasse verdrängt aber nur eine „Reform“, das ist ihre gänzliche Beseitigung.

**Kleinliche Mittel gegen ein Arbeitersekretariat.** Im November vorigen Jahres wurde der Arbeitersekretär Genosse Vorkenseder in Bayreuth durch richterliche Anordnung von der Vertretung Rechtsfahrender vor den dortigen Gerichten ausgeschlossen, nachdem die Anwaltschaft sich gegen eine derartige Vertretung des Arbeitersekretariats beschwert hatten. In einem späteren Fall wurde auch vom Landgericht direkt ausgesprochen, daß B. als Arbeitersekretär nicht zugelassen werden könne, schon aus Prinzip, um den Anwälten keine Konkurrenz zu machen. Gegen obige Anordnung wurde Beschwerde beim bayerischen Justizministerium erhoben. Dieses erklärt jetzt, daß es der Beschwerde nicht näher treten könne, weil die Ansetzung solcher vom Gericht getroffenen Anordnungen nach § 157 der Strafprozessordnung unstatthaft sei. In einem anderen Absatz desselben Paragraphen heißt es jedoch, daß die Vorschrift, die diesem Vorgehen zugrunde gelegt ist, auf Personen, denen durch Anordnung der Justizverwaltung das mündliche Verfahren vor Gericht gestattet ist, keine Anwendung findet. Eine solche Anordnung sollte aber gerade durch die Beschwerde bezweckt werden. Die bayerische Justizverwaltung scheint sich den Nachsatz der angeführten Gesetzesbestimmung gar nicht angesehen zu haben.

### Dreiklassenwahlrecht.

Die „Berl. Volks-Ztg.“ schreibt: „Ein wahres Beispiel für das Skandalumwühlige des Dreiklassenwahlrechts in der Kommune wird uns aus Elbing berichtet. Auch dort hat ein einziger Steuerzahler der ersten Wahlklasse sowie Wähler wie die Wähler der beiden anderen Wahlklassen zusammen. Seit sechs bis acht Jahren bildet in Elbing die ganze erste Wahlklasse allein der Geheimkommerzienrat Dr. Biese (von den Schlags-Verben). Er „wählt“ von den 90 Stadtverordneten der 68000 Einwohner zählenden Stadt Elbing ganz allein 20; mit anderen Worten: ein einziger Wähler ernannt nach Belieben den dritten Teil der Stadtverordneten. Es ist unnötig, über die Absurdität eines derartigen Wahlrechtes noch irgendein Wort zu verlieren.“

**Liberale Wahlrechtsverfassung.** Auch von liberaler Seite soll in den nächsten Tagen wieder die preussische Wahlrechtsfrage in der Öffentlichkeit behandelt werden.

Am Freitag, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, d. h. also am Abend des Tages, an dem die freisinnige Interpellation im preussischen Abgeordnetenhaus zur Verhandlung kommt, wird der Sozialliberale Verein (Berliner Ortsgruppe der Freisinnigen Vereinigung) in den Amin-Hallen, Kommandantenstraße 68/69, eine öffentliche Volksversammlung veranstalten, in der der Landtagsabgeordnete Hoff und der Reichstagsabgeordnete Gathein über das Thema sprechen werden: „Die preussische Wahlrechtsreform und der preussische Ministerpräsident.“

Es ist anzunehmen, daß gerade an diesem Tage das Interesse an der Wahlrechtsfrage besonders groß sein wird. Alle Wähler, Männer und Frauen, denen darum zu tun ist, noch am Tage der Interpellation zu der Antwort des preussischen Ministerpräsidenten, die, wie sich schon heute vermuten läßt, nicht in liberalem und demokratischem Sinne ausfallen wird, Stellung zu nehmen, sind eingeladen.

**Erlebigtes Landtagsmandat.** Wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, ist der Landtagsabgeordnete für den Wahlbezirk Frauendorf-Wissa-Kawitsch-Göhlen, Stadtrat Schmidt-Kawitsch (freisonseriöses) gestorben.

### Dänemark.

#### Kommunaler Wahlsieg über die Antisozialisten.

In Søbjerg, der mit dem landwirtschaftlichen Export Dänemarks emporgelassenen westjütischen Hafenstadt, fanden am Sonntag die Kommunalwahlen der zweiten Wahlklasse statt. Die Antisozialisten, denen die Sozialdemokratie allein gegenüberstand, führten den Wahlkampf mit einer Gewissenlosigkeit, dergleichen in Dänemark bis dahin noch nicht beobachtet werden konnte. Sie gaben am Wahltag gefälschte Kandidatenlisten heraus, die der sozialdemokratischen Liste täuschend ähnlich sahen, denselben Titel trugen und auch dieselben Kandidatenamen, mit Ausnahme des Kandidaten Sundbo, dessen Name durch den eines Dreckschmeißers ersetzt war. Die Fälschung wurde jedoch noch rechtzeitig entdeckt, sobald Sundbo mit 900 Stimmen über den Dreckschmeißer, der 871 erhielt, siegte. Im übrigen wurden die sozialdemokratischen Kandidaten mit 1019 bis 1025 gegen 812 bis 815 Stimmen der Antisozialisten gewählt.

Der besondere Haß der Antisozialisten gegen Genossen Sundbo rührt daher, daß dieser gewisse wucherische Praktiken des Unternehmertums aufgedeckt hat, was unter anderem dazu führte, daß die Stadt nun ihre Bauarbeiten in eigener Regie herstellen läßt.

### Türkei.

#### Der Konstitution entgegen.

Wie russische Zeitungen melden, fand dieses Tage auf Anregung der Partei „Dschamajun“ in Paris ein Kongreß der Vertreter der revolutionären Parteien fast aller Nationalitäten der Türkei statt. Der Kongreß beschloß, auf revolutionärem Wege ein konstitutionelles Regime in der Türkei zu erzwingen. Es wird zu diesem Zweck unter anderem ein allgemeines revolutionäres Komitee gegründet.

### Amerika.

#### Bettibone freigesprochen!

Die Grubenbesitzer hoben die zweite Niederlage in ihrem Kampfe gegen den Verband der Bergleute der West-

staaten erlitten: Wie Saywood, der erste Angeklagte im berichtigten Prozeß zu Idaho, so ist jetzt auch Bettibone, der als „Mitbeteiligter“ gegen das Leben des Gouverneurs Steunenberg angeklagt war, freigesprochen worden.

Bettibone wurde fast anderthalb Jahre in Untersuchungshaft gehalten, die er also unschuldig erlitten hat; seine Gesundheit ist schwer erschüttert. Als kranker Mann stand er vor den Geschworenen, und fünf Wochen lang dauerte der Prozeß; denn die Anklagebehörde bot noch einmal alles auf, um wenigstens bei diesem zweiten Angeklagten eine Verurteilung zu erzielen. Man wollte die großen Aufwendungen, die von Staats wegen für den Prozeß gemacht wurden, vor der öffentlichen Meinung rechtfertigen und den Grubenbesitzern die erhoffte Genugtuung geben, aber es gelang auch diesmal nicht.

Der Verbrecher Harry Orchard gab wieder den wichtigsten und wertvollsten Staatszeugen ab, der auch in diesem Prozeß drei Tage lang auf dem Zeugenstand war. Aber die Aussagen dieses vielfachen Mörders besaßen für die Geschworenen doch zu wenig Wert, um einen unbescholtenen und geachteten Mann an den Galgen zu bringen.

Der dritte Angeklagte, Charles Mayer, ist schon nach der Freisprechung Haywoodes auf freien Fuß gesetzt worden, und man darf wohl annehmen, daß das Verfahren gegen ihn nun überhaupt eingestellt wird. Er steht gegenwärtig noch unter hoher Bürgschaft.

Es muß rühmend hervorgehoben werden, daß ohne die moralische und materielle Unterstützung der sozialistischen Partei die angeklagten Führer der Bergarbeiter schwerlich einen gerechten Prozeß erhalten hätten, um so weniger als Präsident Roosevelt selbst sie ja öffentlich als „unerwünschte Bürger“ bezeichnet hatte. Die Partei war es, welche die gemeinschaftlich organisierten Arbeiter energisch aufrüttelte und sie auf die drohende Gefahr, in der sich Arbeiterführer befanden, aufmerksam machte. Daraufhin erst bewilligten die Gewerkschaften einen Teil der Gelder zur Verteidigung. Die Partei sammelte überall, sie veranstaltete Protestkundgebungen in den großen Städten und machte sorgsam darüber, daß den Angeklagten ein unparteiischer Prozeß zubilligt wurde und daß es der Verteidigung an nichts fehlte.

### Vom Mieterstreik.

Einige der Wirte, deren Mieter den eigenartigen Streik entzählten, über den wir dieser Tage berichteten, sind nun doch rabiat geworden und haben eine ganze Anzahl Exemtionen durchgedrückt. Natürlich ist durch diesen Schritt die Erregung stark angeschwollen, und es spielten sich in New York manche wilde Szenen ab, über die dem „R. L.“ privatim depechiert wird:

„Zwischen der Polizei und den streikenden Mietern kam es in New York in vier großen Versammlungen zu förmlichen Kämpfen. Ueber 20 Versammlungsteilnehmer, darunter Frauen und Kinder, wurden verwundet; auch einige Schupleute erlitten Verletzungen. Die Meetings gestalteten sich zu Kundgebungen von ausgesprochen sozialistischem Charakter; es wurden rote Fahnen entfalteter, revolutionäre Lieder gesungen und stammende Reden gegen die Regierung gehalten. Die Polizei drang in die Versammlungssäle ein und nahm von den Demonstranten, die sich weigerten, auseinanderzugehen, eine große Anzahl fest. Blutige Schlägereien waren die Folge. Die meisten der Verletzten wurden nicht in Krankenhäuser gebracht, sondern vorher von ihren Freunden weggeschafft, damit sie nicht verhaftet würden.“

Wenn der Regierung die Wahrheit gesagt und dem heiligen Hauspachtamt ein Stücklein aufgespielt wird, dann fühlt und gedenkt sich auch in der „freien“ Union die liebevolle Polizei als Schutz- und Wachekorps des Kapitalismus; sie dringt in die Versammlungen ein, löst diese auf, arretiert drauf los wie in Preußen-Rußland.

**Penonage, so heißt das System der Sklaverei in den Südstaaten der Union, vor dem die Einwanderer besonders eindrucklich gewarnt werden.** Dies System besteht darin, daß der Staat seine Strafgefangenen den Pflanzern zur schmerzlosen Ausbeutung überliefert. Häufig werden Leute, zumal Fremde, die der englischen Sprache nicht mächtig sind, unter allerlei Vorwänden gefangen gesetzt — z. B. wegen Bogabündlerens — und den Pflanzern ausgeliefert, die auf diese Weise zu billigen Landarbeitern gelangen! Die Fremden werden auch oftmals veranlaßt, Kontrakte zu unterschreiben, durch die sie irgend einem Unternehmer in die Hände gespielt werden, der sie wie Leibeigene, wie Sklaven behandelt. Sie werden nach fernen Gegenden gebracht, wo ihnen die Flucht fast unmöglich ist; sie werden roh behandelt, schlecht genährt und erhalten ein lächerlich geringes Entgelt für ihre Arbeit. Zuweilen gelingt es einem Gefangenen, eine Bitte um Erbarmen und Hilfe nach dem nächsten Ort gelangen zu lassen und den Konsul seines Heimatstaates zu benachrichtigen. Die Konsulate von Oesterreich-Ungarn und Italien wissen davon zu erzählen und haben ihre Landleute wiederholt gewarnt und sie von den Verhältnissen in Kenntnis gesetzt. — Vor kurzem erst gelang es durch das österreichisch-ungarische Konsulat in Louisiana wieder einmal, 16 Leute, darunter 5 Frauen, aus der Penonage zu erlösen. Die Befreiten waren vollständig mittellos, sie hatten weder Geld noch Gepäck bei sich und waren froh, daß sie wenigstens die Freiheit wieder genießen konnten.

## Aus der Partei.

### Haltung, Wahlrechtsdemonstration!

Die Leiter der Versammlungen in den preussischen Provinzen am Donnerstag werden gebeten, dem „Vorwärts“ noch an demselben Abend ein dringendes Telegramm über Verlauf und Teilnehmerzahl der Versammlung, sowie etwaige Zwischenfälle (Auftreten von Gegnern, Absperrung, Auflösung usw.) zu schicken.

### Redaktion des „Vorwärts“.

Die badische Parteigenossenschaft hielt im Frühjahr eine außerordentliche Delegierten-Konferenz zu Karlsruhe ab, die sich mit der Vertiefung der Organisation und Agitation befaßte. Der damalige Beschluß, in Heidelberg für die Reichstagswahlkreise 12 bis 14 ein besonderes Parteisekretariat zu errichten, ist am letzten Sonntag endgültig vollzogen worden. In nicht allzu großer Entfernung vom Heidelberger Bahnhof ist das Parteihaus der Genossen in städtischer Form errichtet und feierlich durch eine Konferenz eingeweiht worden. Wie hätte man sich vor einem Duzentium schon denken können, daß die Sozialdemokratie in der unbegreiflich schönen Universitätsstadt am Neckar so rasch sich ansässig macht! Genosse Mayer, der zuletzt der „Volksstimme“-Redaktion in Mannheim angehörte, ist Parteisekretär geworden. Möge es bald soweit kommen, daß der Heidelberger Reichstagswahlkreis, der in der Entwicklung am nächsten dazu berechtigt ist, einen Sozialdemokraten in das Reichsparlament entsenden!

**Vom Fortschritt der Presse.** Das „Dissenburger Volksblatt“ soll nach dem Beschlusse einer Konferenz der Parteigenossen, welchem vom Bundesvorstand die Genossen Weber und Willi anwohnten, erst dann dreimal wöchentlich erscheinen, wenn der bekanntlich Anfang März stattfindende Parteitag seine Zustimmung gegeben hat.

## Dolzeiliches, Gerichtliches usw.

**Redakteurfreuden.** Ein Opfer des ersten großen Bauarbeiterstreiks in Chemnitz, der sich von Pfingsten an über ein Vierteljahr abspielte, mußte am 7. Januar der verantwortliche Redakteur der „Volksstimme“, Genosse Ray Müller, das Gefängnis auf einen Monat beziehen. Wegen angeblicher Beleidigung des Baumeisters und Stadtrat Duberschütz war er zu dieser unverhältnismäßig hohen Strafe verurteilt worden. Die Grundlage der Anklage mußte der Bericht über eine Streikerversammlung abgeben, in dem geschildert wurde, auf welche unschöne Weise Streikbrecher aus Bahnen vom Polier des Baumeisters herangeholt und hier untergebracht wurden. Die Höhe der Strafe wurde seinerzeit damit begründet, daß es sich um einen bekannten Arbeitgeber handle, der sogar Stadtrat ist.

**Eine Freisprechung.** Wegen angeblicher Verharmen-Beleidigung hatte sich der Genosse Artur Polkenbühr von der „Freien Presse“ zu verantworten. Ein Genosse fühlte sich durch eine Notiz in der „Freien Presse“, in der ihm ein dienstliches Vergehen vorgeworfen wurde, beleidigt. In der Verhandlung gaben die von der Anklage geladenen Zeugen und auch der Genosse den Sachverhalt zu. Trotzdem beantragte der Ankläger die Verurteilung von zwei Monaten Gefängnis! Das Gericht schloß sich jedoch den Ausführungen des Angeklagten nicht an, sprach vielmehr der Presse das Recht zu, Mißstände zu rügen, billigte dem Angeklagten auch die Behauptung berechtigter Interessen zu und sprach unseren Genossen frei.

## Aus Industrie und Handel.

### Bewährte Wirtschaftspolitik.

Es bleibt bei der jetzigen bewährten Wirtschaftspolitik! Das war die Antwort der Regierung auf die von der Sozialdemokratie im Reichstage eingebrachte Interpellation über die Lebensmittelpreiserhöhung. Und die Junker wütherten Beifall. Sie hatten Ursache dazu! Für sie hat die neue deutsche Wirtschaftspolitik sich außerordentlich gut bewährt. Um in relativen Zahlen die Einnahmevermehrung für die Brotgetreideproduzenten zu zeigen, machen wir nachstehend eine Aufstellung, in der die Erntemengen in Preußen, die Löhnenpreise der letzten drei Jahre nach dem Durchschnitt Juli-September und der sich daraus ergebende Geldwert der Ernte zusammengestellt sind. Die Zahlen sind den Sachweisen des Reichstatistischen Amtes entnommen. Danach betrug:

	Weizen	Koggen
Ernte in Tonnen		
1905	2 803 283	7 132 854
1906	2 401 044	7 201 046
1907	2 065 405	7 231 309
Preis pro Tonne	1905	170,9
im Durchschnitt	1906	176,9
Juli/September	1907	215,5
Gesamtgeldwert	1905	308,6
in	1906	410,6
Millionen Mark	1907	445,2

Obwohl der Ertrag bei Weizen im letzten Jahre um etwas über 10 Proz. hinter dem des Jahres 1905 zurückgeblieben ist, übersteigt er dem Geldwerte nach diesen um über 13 Proz. Der Menge nach ist die letztjährige Ernte die des Jahres 1905 um 1,4 Proz., dem Geldwerte nach aber um über 34 Proz. überlegen. Von insgesamt 1478,6 Millionen Mark im Jahre 1905 stieg der Geldwert für Weizen und Koggen auf 1575,1 Millionen Mark im Jahre 1906 und auf 1902,3 Millionen Mark im Jahre 1907. Demnach hat der Konsum für die beiden Brotgetreidearten bei einer um rund 140 000 Tonnen geringeren Mengen im letzten Jahre 423,7 Millionen Mark mehr zu zahlen als im Jahre 1905. Das sind die Ergebnisse lediglich für Preußen.

Zu noch imponierenderen Zahlen gelangt die „Bank- und Handelszeitung“, indem sie für die Ernte Deutschlands die preussischen Durchschnittspreise per November eingestellt und auch Gerste und Hafer in die Rechnung einbezieht. Dabei muß noch bemerkt werden, daß in Mittel- und Süddeutschland die Getreidepreise im allgemeinen höher sind als in Preußen. Die Rechnung sieht so aus:

	1907/1908	Preis	Geldwert
Weizen	8 479 334 To.	221 R.	768 930 000 R.
Koggen	9 757 859 „	208 „	1 980 845 000 „
Gerste	3 497 745 „	178 „	695 109 000 „
Hafer	9 149 138 „	173 „	1 582 800 000 „
			4 937 684 000 R.
	1906/1907		
Weizen	3 080 563 To.	172 R.	677 604 000 R.
Koggen	9 025 738 „	158 „	1 520 888 000 „
Gerste	3 111 300 „	157 „	488 475 000 „
Hafer	8 431 379 „	159 „	1 340 589 000 „
			4 027 556 000 R.
	1905/1906		
Weizen	3 099 882 To.	170 R.	628 890 000 R.
Koggen	9 600 827 „	160 „	1 537 092 000 „
Gerste	2 921 958 „	158 „	447 058 000 „
Hafer	8 545 502 „	153 „	1 001 615 000 „
			3 614 745 000 R.

Im Jahre 1907—1908 ist also der Geldwert der deutschen Ernte in den vier Hauptartikeln Weizen, Koggen, Gerste und Hafer gegen das Vorjahr 1906—1907 allein um 910 515 000 R. gestiegen und gegen das Jahr 1905 sogar um 1 322 940 000 R.

Das ist unstreitig ein schönes Resultat — für die Empfangsberechtigten. Während die Arbeiterkassen von den Schrecken der Krise bedroht ist, winkt den Getreideproduzenten eine Einnahmesteigerung von 1 1/2 Milliarden Mark. Wer aber glaubt, daß damit die Begehrligkeit der Junker gestillt ist, der irrt. Sie schreien noch immerfort nach weiteren Liebesgaben. Weil sich die neue Schülerei für sie so ausgezeichnet bewährt hat — die absolute Höhe des Preises in Deutschland wird von den Bösen bestimmt — verlangen sie nun auch noch „Schutz“ Zoll auf Milch, Butter usw.

Den Arbeitern predigen die Minister Bescheidenheit und Zufriedenheit, die Junker verlangen weitere Liebesgaben. Und der vom Zentrum und den Wiener-Liberalen eingeseifte deutsche Reich hält Maul — zu und die Taschen offen.

### Industrielle Krise — steigender Export.

So oft die Ausnahmehaftigkeit des heimischen Marktes infolge teureren Verhältnisses sinkt, kann man die Beobachtung machen, daß das Kapital Anstrengungen macht, den Abfall nach außen zu steigern, wie ja auch die Abwanderung der Arbeiterkräfte durch wirtschaftliche Krisen wesentlich beeinflußt wird. Dafür liefern die Vorgänge in der Gegenwart fast täglich Beweise. Vor allem natürlich in Amerika. Hier wird ein starkes Anwachsen des Exports beobachtet. Baumwolle, Petroleum, Getreide wurden in den letzten Monaten, seitdem die Absatzmärkte des Inlandes mehr und mehr zu versagen begannen, in wachsenden Mengen ausgeführt. Verkäufe sind es natürlich die von der Krise besonders betroffenen Industrien, welche das Bedürfnis zeigen, den Absatz auf den ausländischen Märkten durch gesteigerten Export wettzumachen. So wird aus New York gemeldet, daß sechs Dampfer zum Transport von landwirtschaftlichen Maschinen nach Europa gechartert wurden; weitere Aufträge sollen folgen. Die Ladung dieser Schiffe wird zusammen mit den Verbindungen, die auf den anderen Schiffen innerhalb vier Monaten erfolgen

ollen, auf 25 Millionen Dollar geschätzt. In Amerika richtet man sich also auf einen wachsenden Export an Industrieprodukten ein, mit denen man die europäischen Volkswirtschaften überlegen zu können und die Konkurrenz zu überwinden hofft. Die europäische Industrie wird also in der nächsten Zeit einen forcierten Wettbewerb der Amerikaner zu gewärtigen haben. Nur die Agrarier werden von dem potenzierten Konkurrenzkampf der Industrie nicht beunruhigt; im Gegenteil: Je billiger die landwirtschaftlichen Maschinen werden, desto besser für sie. Ihre eigenen Produkte haben sie ja durch hohe Zölle geschützt und die Junker haben bei den Zollschwierigkeiten das beste Geschäft gemacht. Die weiter verarbeitende Industrie und die Arbeiter müssen die Bege bezahlen.

## Aus der Frauenbewegung.

### An die Genossinnen!

Wie durch die Presse bekannt ist, wird ein neuerlicher Aufbruch des Proletariats in Preußen gegen das erbärmliche, volksfeindliche Dreiklassenwahlrecht und für die Eroberung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts einsetzen. Ihr wißt, daß im Kampfe für dieses Recht auch für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts gekämpft wird. Das Wahlrecht, für welches die Sozialdemokratie in die Schlacht zieht, ist entsprechend dem Beschlusse des Internationalen sozialistischen Kongresses zu Stuttgart das allgemeine Wahlrecht aller Großjährigen, ohne Unterschied des Geschlechts, begreift also das Frauenwahlrecht in sich.

Genossinnen! Seid dieser Tatsache eingedenk, wie der Aufgaben, die sie Euch auferlegt! Derselbe Internationale Kongress, der die Sozialdemokratie zum Kampfe für das volle Bürgerrecht der Frau verpflichtete, machte es den Genossinnen zur Pflicht, „sich an allen Kämpfen, welche die sozialistische Partei für die Demokratisierung des Wahlrechts führt, mit aller Kraft zu beteiligen, aber auch energisch dafür zu wirken, daß in diesen Kämpfen die Forderung des allgemeinen Frauenwahlrechts nach ihrer grundsätzlichen Wichtigkeit und praktischen Tragweite ernstlich verfolgt wird.“

Genossinnen in Preußen! Sorgt dafür, daß die bevorstehenden Wahlrechtsdemonstrationen sich überall in unabweisbarer Weise auch zu Demonstrationen für das Frauenwahlrecht gestalten! Beteiligt Euch alle, bis zur letzten, an diesen Kundgebungen des proletarischen Willens. Agitiert mit Eifer dafür, daß die Frauen des werktätigen Volkes, Arbeiterinnen, wie Arbeiterfrauen, in Massen den Versammlungen zuströmen. Verweist durch Eure starke Beteiligung, daß Ihr nicht eher ruhen werdet, bis Ihr Euer Recht erkämpft habt.

Ottlie Vaader,  
Vertrauensperson der Genossinnen  
Deutschlands.

### Maschinen- und Frauenarbeit.

Die Maschine, die die flegelnde Befreierin der Menschheit werden sollte und dereinstmals auch sein wird, revolutioniert Stadt und Land und mit der zunehmenden Verkehrsverflechtung drang sie bereits bis in die entlegensten Gegenden, um die dortigen Bewohner mit ihrem „Segen“ zu beglücken. Mit souveräner Verachtung brach sie mit allen überkommenen Traditionen und pflanzte allorts ihre Standarte in Form hoher, ruhmvoller Schöte auf. So früher den Wanderer die köstliche Ruhe des schweigenden Waldes umring, arbeiten jetzt stampfend und dröhnend, zischend und rassend die Maschinen der Walz- und Sägewerke, der Hammerwerke oder der Tuchfabriken. Hat die Maschine der Menschheit in kultureller Hinsicht Unermeßliches geleistet, fabelhaften Reichtum an Gütern erzeugt und, allerdings nur einem kleinen Teil der Bevölkerung, Glück und Wohlstand verewiglichen in den Schoß geschüttelt, so folgte ihr auch andererseits Not, Elend, Hunger und Verzweiflung. Wo sie neues aufbaute, wo unter ihrer Macht grandiose Werke der Kultur entstanden, vernichtete sie zugleich die Erbsen Tausender und Aber-tausender, brachte sie Massen von Handwerkern und Gewerbe-treibenden an den Vorkriegsstand. An Stelle der bis dahin ausschlaggebenden Muskelkraft und Geschicklichkeit trat in den meisten Gewerbe-zweigen die Maschine mit ihrer nie rastenden Emsigkeit, ihrer nie veragenden Kraft und ihrer regelmäßigen, präzisen Leistung.

Der Baum des Fortschritts war gebrochen. Die neue Arbeits-form, deren Haupttätigkeit die Maschine übernahm, ermöglichte es, ungelernete Kräfte in großer Anzahl zu beschäftigen. Und da die entstehende Industrie einen Arbeitszweig nach dem anderen der Hauswirtschaft entzog, so war die notwendige Folge die Heranziehung der weiblichen Arbeiter in den modernen Produktionsprozess. Der Kapitalismus brauchte nicht nur fleißige, sondern auch willige und billige Hände, und der finstige Unternehmerrgeist hatte es gar zu bald herausgefunden, daß diese Eigenschaften am ehesten bei Frauen und Kindern vereinigt sind. Und so passierten in Scharen Mütter und Kinder die Tore der Fabrik. Dastie aber war er die überfüllten und teuren Männer, soweit sie entbehrlich waren, hinaus ins graue Elend. Es ist verständlich, daß die Arbeiter, denen jegliches Verständnis für die ökonomischen Zusammenhänge abging, die Maschinen- und Frauenarbeit als die alleinige Ursache ihres Unglücks betrachteten und diese zu verhindern suchten. Die englischen Gewerkschaften waren noch vor wenigen Jahrzehnten erbitterte und prinzipielle Gegner der Maschinen- und Frauenarbeit. Natürlich ohne jeglichen Erfolg. Die Entwicklung ging ihren ehernen Gang. Welchen Umfang die Frauen- und Kinderarbeit durch die maschinelle Produktion annahm, zeigt der Umstand, daß schon im Jahre 1788 in England in 142 Fabriken 50 000 Frauen und 48 000 Kinder beschäftigt wurden. Man kann es begreifen, daß durch eine derartige Umwälzung das gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben erschüttert und ausgerüttelt wurde. Zu Tausenden raffte der Hungertod die Proletarier hinweg, Hungerrevolten entzündeten allenthalben und wurden im Namen des Christentums blutig niedergeschlagen, wie es Gerhart Hauptmann in seinen „Webern“ in ergreifender Weise dargestellt hat. Die aufgeregte, moderne Arbeiterschaft dagegen kämpft heute nicht mehr gegen die Maschinen- und Frauenarbeit, sie hat längst erkannt, daß nicht die Technik der Produktion, sondern die der Verteilung der Güter des Lebens Ursache ist.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

**Wilmersdorf.** Die zu Donnerstag, den 9. Januar, festgesetzte Versammlung im „Louisen-Park“ fällt wegen der Protestversammlung aus, und findet am Donnerstag, den 16. Januar, abends 8½ Uhr, im „Louisen-Park“ statt. — Fräulein Kuh wird über „Sexuelle Fragen“ referieren.

**Eiegly.** Donnerstag keine Versammlung wegen Stattfindens der Wahlrechtsversammlungen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung! Metallarbeiter!** Die Firma Julius Thumann in Forst, P.-L., sucht in der „Berliner Volkszeitung“ Arbeitskräfte, ohne daß dafür genügend Platz und Material vorhanden ist. Es ist anzunehmen, daß die Firma, die zurzeit mit den dort beschäftigten Arbeitern Differenzen hat, sich auf diese Art vorerant. Redakteur: Hans Weher, Berlin. Inzeratenteil veranw.

Eventualitäten sichern will. Aus diesem Grunde ersuchen wir, den Zugang nach Forst, Nieder-Lausitz, fernzuzulassen.

Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Die in den Geldschrankschloßereien beschäftigten Metallarbeiter versammelten sich am Montagabend im Harmonieaal, Invalidenstraße. Cohen hielt einen Vortrag über „Tarifverträge“. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung lag die nochmalige Abstimmung über die von der Schlichtungskommission der Schloßer getroffene Vereinbarung betreffs eines Tarifvertrages in den Geldschrankschloßereien vor. In der letzten Versammlung hatten die Geldschrankschloßer sich gegen den Vorschlag der Kommission, durch den der Einheitstarif geschaffen werden sollte, erklärt, weil die Zugeländnisse zu gering waren, besonders für die Hilfsarbeiter. Später wurde aber die Ortsverwaltung aufgefordert, den Vorschlag noch einmal zur Beratung zu stellen, was durch die jetzt einberufene Versammlung geschah. Nach einer längeren Diskussion erklärte sich die Majorität für den Vorschlag der Schlichtungskommission und damit für den Einheitstarif unter den Schloßern, wenn auch anerkannt wurde, daß gegenwärtig nur wenig damit erreicht sei. — Die Vertrauensleute wurden aufgefordert, eine engere Verbindung mit der Verbandsleitung aufrechtzuerhalten, besonders ihre Adressen stets rechtzeitig mitzuteilen.

### Deutsches Reich.

#### Ein Mißverständnis.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ befragt in ihrer letzten Nummer die Statistik der Berliner Wahlvereine über die Organisationszugehörigkeit der einzelnen Arbeiter. Sie erörtert dabei die Tatsache, daß die Parteizugehörigkeit in den Zentralverbänden eine größere sei als in den sog. Lokalorganisationen. Dabei schreibt die „Holzarbeiter-Zeitung“ u. a.:

„Dieses werde in Gewerkschafts- und Parteikreisen tatsächlich auch geglaubt, daß die Lokalorganisationen aus lauter rabulalen Parteigenossen gebildet werden und in den Zentralverbänden sehr viele Mitglieder seien, die von diesen erst zu Klassenbewußten Arbeitern erzogen werden müssen. Kamme doch selbst der „Vorwärts“ wiederholt die Lokalorganisationen die „freien Gewerkschaften“ und die Zentralorganisationen Zentralverbände.“

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ irrt und wir stellen diesen Irrtum richtig. Wenn er an sich auch belanglos ist, könnten doch die Schlussfolgerungen aus der unrichtigen Behauptung der „Holzarbeiter-Zeitung“ von weittragender Bedeutung sein. Wir haben allerdings die Zentralverbände ganz richtig so genannt, wie sie sich selbst nennen. „Freie Gewerkschaften“ haben wir im Gegensatz dazu aber nicht die Lokalorganisationen, sondern in völliger Uebersinnung mit dem Sprachgebrauch in Arbeiterkreisen gerade die Zentralorganisationen im Gegensatz zu den Disziplin-Dunderschen, christlichen und gelben Gewerkschaften genannt. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ läßt sich dadurch täuschen, daß wir von den Lokalorganisationen neuerdings mehrfach als von „freien Vereinigungen“ sprachen, einen Namen, den wir aber nicht erfunden haben, sondern den sich die Lokalfisten selbst gaben, ebenso wie die Verbände den ihren.

Eine bayerische Textilarbeiterkonferenz fand in Augsburg statt. Der Textilarbeiterverband hat im letzten Jahre besonders in Nordbayer gute Fortschritte gemacht. In Südbayern vermochten die fast in allen Betrieben erfolgten gelben Gründungen den Verband nicht umzubringen, ihn immerhin aber im Fortschreiten vorübergehend zu hemmen. Die Denunziation feiert Orgien. In manchen Betrieben getraut sich kein Arbeiter dem anderen mehr seine Mitgliedschaft beim Verbande zu verraten. Nach 32 Dienstjahren wurden Arbeiter, die von ihrem gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht Gebrauch machten, rückwärts entlassen. Aus einem schwäbischen Textilort berichtete ein Delegierter, daß organisierte Arbeiter nachts bei Regenwetter in den Fabrikwohnungen (Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen) gesaß, mit Weib und Kind und hat und Gut nach gewaltsamer Erbrechung der Wohnungstüren ihres Obdachs beraubt auf die Straße gesetzt worden sind. In Trentlinsheim haben die organisierten Textilarbeiter aus Furcht vor dem Terrorismus des Unternehmers sich tatsächlich verkauft. Sie gingen auf einen schändlichen Handel ein, wonach sie 1 Mk. pro Woche Zulage erhielten, dafür aber aus der Organisation austreten mußten. Trotz der unerhörten Vergewaltigung der Arbeiter durch die Unternehmer hält der Deutsche Textilarbeiterverband doch stand. Dagegen ist die Disziplin-Dundersche Organisation durch die gelben Streikbrechervereine vollständig aufgelöst worden.

### Ausland.

#### Niederländische Gewerkschaftskongresse.

Wie alljährlich haben auch diesmal wieder gegen Ende des Jahres verschiedene niederländische Gewerkschaften ihre Verbandskongresse abgehalten. Besonders Interesse mußte die Jahresversammlung des Verbandes der Schiffs- und Bootsarbeiter erwecken, der ja, außer anderen Konflikt, in Rotterdam einen schweren Kampf mit dem Unternehmertum zu bestehen hatte. Große Fortschritte hat die Organisation im verfloffenen Jahre nicht gemacht; es konnte nur festgestellt werden, daß die Mitgliederzahl nicht zurückgegangen ist. Innere Streitigkeiten, die auch ein gut Teil der Jahresversammlung in Anspruch nahmen, haben offenbar dazu beigetragen, daß der Verband sich nicht stärker entwickelte. Der Verband der Fachverbände hatte es bekanntlich abgelehnt, den Streik in Rotterdam zu unterstützen, dem Grundsatze entsprechend, wonach diese Zentrale der niederländischen Gewerkschaften nur die ihr angeschlossenen Organisationen in ihren Kämpfen unterstützt. Der Jahresversammlung lag nun ein Antrag auf Anschluß an den Verband der Fachverbände vor, der vom Hauptvorsitzenden Molendijk und einigen anderen Vorstandsmitgliedern verteidigt wurde. Er wurde jedoch mit 6 Stimmen bei 3 Stimmhaltungen verworfen. Man machte auch dem Internationalen Sekretariat der Transportarbeiter den Vorwurf, den Streikenden in Rotterdam die nötige Unterstützung vorenthalten zu haben, während dies bei dem Kampf in Antwerpen nicht der Fall gewesen sei. Johade habe Unterstützung zugesagt, aber sein Wort nicht gehalten. Auch habe das Internationale Sekretariat nicht für Fernhaltung der Streikbrecher gesorgt. — Der internationale Sekretär Johade antwortet auf diese Vorwürfe mit einem Eingangs in der nächsten Nummer von „Het Volk“. Er bestritt, daß er den Vertretern des Niederländischen Schiffs- und Bootsarbeiterverbandes irgendwelche bestimmte Zusage auf Unterstützung gemacht habe. Die Leitung der Internationalen Transportarbeiterföderation habe den Aufruf für die Unterstützung verhandelt, wenn darauf nicht genügend Geld eingekommen sei, so sei das nicht Schuld des Sekretariats. Den Kampf in Antwerpen habe das Sekretariat erst unterstützt, nachdem 8 bis 10 000 Arbeiter einige Wochen lang ausgesperrt waren. In Rotterdam aber, wo es sich um einen Streik handelte, habe man schon nach acht Tagen um die internationale Unterstützung nachgefragt, und doch sei auf den internationalen Kongressen festgestellt, daß die Organisationen ihr Kämpfe so viel wie möglich mit eigenen Mitteln führen sollten, ehe sie die internationale Solidarität in Anspruch zu nehmen hätten. Die für die Unternehmer brauchbaren Streikbrecher seien vor allem aus Holland selbst gekommen, und das zu verhindern, sei zunächst Sache der Organisation des eigenen Landes gewesen.

Von den anderen Organisationen, die ihre Kongresse abhielten, ist der Allgemeine Verband der Handels- und Kontorgehulfe zu erwähnen, der dem Verbande der Fachverbände angeschlossenen ist und sich kräftig entwickelt. Seine Mitgliederzahl ist im verfloffenen Jahre von 341 auf 557 gestiegen. Eine verwandte Organisation ist der Allgemeine Verband des Handelspersonals, der ebenfalls seinen Kongreß abhielt. Im verfloffenen Jahre haben Verhandlungen über Verschmelzung der beiden Verbände stattgefunden, sie waren jedoch erfolglos.

Dagegen beschloß die Jahresversammlung des Tapezierer- und Dekorateurverbandes, ihren Verband mit dem der Möbelsticker zu verschmelzen. Jener Verband zählt 500, dieser 570 Mitglieder; beide sind dem Verband der Fachverbände angeschlossen.

Der über 1700 Mitglieder starke Malergesellenverband ist ebenfalls dem Verband der Fachverbände angeschlossen. Seine Jahresversammlung ermächtigte den Verbandsvorstand, zwecks Unterstützung von Lohnkämpfen in anderen Berufen der Zentrale der Gewerkschaften jährlich bis zu 500 Gulden zur Verfügung zu stellen. Ferner wurde beschloffen, die Regierung aufzufordern, eine gründliche Untersuchung über die Kleinrentenleistungen im Malerberuf zu veranlassen.

Der Christliche Textilarbeiterverband „Unitas“, der 3406 Mitglieder gegenüber 2050 Mitglieder des dem Verbande der Fachverbände angeschlossenen Allgemeinen Textilarbeiterverbandes zählt, sprach sich auf seiner Jahresversammlung entschieden gegen die konfessionellen Zersplitterungsversuche der Geistlichkeit aus. „Unitas“ soll nach wie vor eine christliche, aber interkonfessionelle Organisation bleiben.

Der stärkste Verband, der seine Jahresversammlung abhielt, war der Verband der niederländischen Lehrer. Er hatte vor einem Jahre in 300 Ortsabteilungen 7076 Mitglieder, jetzt sind es 202 Abteilungen mit 7435 Mitgliedern. 5033 Lehrer und 2402 Lehrerinnen sind in diesem Verbande organisiert. Im Verbandsorgan „De Bode“ und in Versammlungen wurde im verfloffenen Jahre ein heftiger Kampf geführt über die Frage, ob sich die Organisation mit Politik befassen solle oder nicht. Dem Kongreß lag nun ein Antrag vor, der dem Verband wie den Ortsabteilungen die Beteiligung an der Maidemonstration und an den Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht verbieten sollte. Der Antrag wurde jedoch mit 183 gegen 110 Stimmen abgelehnt. Danach steht es also den Ortsabteilungen des Lehrerverbandes frei, sich, wie das in vielen Orten schon geschieht, nach wie vor an den großen Demonstrationen der organisierten Arbeiterschaft zu beteiligen. Ein zweiter Antrag, wonach der Kampf für das allgemeine Wahlrecht in das Programm des Verbandes aufgenommen werden sollte, wurde allerdings auch abgelehnt. Ebenfalls verworfen wurde ein Antrag, den Schullehrern Aufnahme in den Verband zu gewähren. Es bestehen in Niederland starke Interessengegenstände zwischen den „Schulhauptern“ und den Klassenlehrern, weshalb diese in ihrer Mehrheit eine gemeinsame Organisation nicht für zweckmäßig erachten. Beschloffen wurde, den Kampf für die religiös und politisch neutrale Schule so energisch wie möglich fortzusetzen. Der Umstand, daß die Geistlichkeit der verschiedenen Konfessionen ihre „besonderen“ Schulen immer mehr ausbreiten sucht und darin von der Regierung unterstützt wird, kann das abschreckende Beispiel, das Belgien in dieser Hinsicht bietet, lassen diesen Kampf um die Neutralität der Schule um so notwendiger erscheinen. Der Kongreß nahm dann unter anderem noch eine Resolution zum Schutze der Kinder gegen Ausbeutung und Verwahrlosung an.

Lohnbewegungen schwedischer Bauarbeiter. Zum Frühjahr wird es in Stockholm, Kalmars und anderen Städten Schwedens zu Lohnbewegungen im Baugewerbe kommen. Die Unternehmer planen Lohnherabsetzungen und hoffen damit leichter über die herrschende Krise hinwegzukommen; die Arbeiter halten wegen der steigenden Teuerung Lohnherabsetzungen für unbedingt notwendig. In Stockholm haben in einigen Branchen des Baugewerbes die Arbeiter die Kündigung der geltenden Tarifverträge beschloffen; die Unternehmer beschloffen nun ihrerseits die Kündigung der Tarifverträge aller übrigen Branchen. In Kalmars sind die Tarifverträge von den Arbeitgebern gekündigt worden.

Die Krise im Baugewerbe ist keineswegs durch einen Ueberschuß an Wohnungen verschuldet. In Stockholm mußten zum 1. Dezember des verfloffenen Jahres über 1000 Obdachlose, eine größere Zahl als je zuvor, die Asyl aufsuchen. Die Ursachen sind Mangel an kleinen Wohnungen, ungeheure Höhe der Mieten und dazu die Arbeitslosigkeit. Nach Auslage eines Armeninspektors ist in der schwedischen Hauptstadt die Wohnungsnot und die Uebersättigung der Wohnungen in der Arbeiterbevölkerung schlimmer als jemals.

Der Autobuststreik in London. Es wird erwartet, daß die bestehenden Streitigkeiten durch eine Konferenz zwischen Vertretern der Union und der Omnibusgesellschaft beigelegt werden. Sollte die Konferenz fehlschlagen, dann will die Union einen Appell um Unterstützung an die bemittelten Unionen Englands richten. Die Streikenden erhalten eine Unterstützung von 1 Pf. Sterl. (30 M.) pro Woche, und sie verfügen über keine große Kasse. Sie paradierten mit Fahnen und Bannern durch die Straßen Londons und halten Versammlungen im Hyde Park ab, um den Zusammenhalt zu pflegen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Ein Reim mit festen Wurzeln.

München, 7. Januar. (B. G.) Die die „Münch. N. Nachr.“ erfahren, sind die Versuche hoher Persönlichkeiten, General Reim zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen, endgültig gescheitert.

### Nur für „bessere“ Kreise.

Bonn, 7. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Wegen der Knappschaffsangelegenheit sollte heute im Viktoriasaal eine Versammlung stattfinden, in demselben Saal, wo vor 8 Tagen die Generalversammlung des Knappschaffsvereins stattfand. Wie gemeldet wird, hat der Besitzer des Saales die Vergabe desselben zu dem Zweck verweigert. Die Versammlung hat nicht stattfinden können und mußten deshalb Tausende von Menschen vor dem Lokal wieder umkehren.

### Ungetreuer Beamter.

Essen a. Ruhr, 7. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Essener Strafkammer verurteilte heute den Strafanstaltssekretär Mohr aus Hamm wegen Unterschlagung amtlicher Gelder zu vier Monaten Gefängnis.

### Familien drama.

Teier, 7. Januar. (B. G.) Die aus drei Köpfen bestehende Familie Otto hatte sich heute Mittag durch auskramende Gase vergiftet. Die Leichen wurden in der Wohnung, die gewaltsam geöffnet werden mußte, aufgefunden.

### Verbrannt.

Königsbütte, 7. Januar. (B. G.) Die Frau des Bergarbeiters Besold verbrannte bei lebendigem Leibe. Die Frau war am Ofen eingeschlafen, als ein Funken aus dem Ofen die Kleider in Brand setzte.

### Reue Kämpfe in Marokko.

Paris, 7. Januar. (B. L.) Nach Meldungen aus Casablanca vom 4. Januar soll die Mahalla Rulay Raschids auf ihrem eiligen Marfäde nach der Rasbah Sattat erst von dem Uad Jenan und dann von den Wakra geschlagen und ausgeplündert worden sein, nachdem sie sich gewarigert hatte, sich mit ihnen gegen die Europäer zu verbünden. Die Trümmer der Mahalla sollen ödlich erschöpft in Sattat angekommen sein.

Prozeß Peters—v. Bennigsen.

Beleidigungsklage Dr. Karl Peters gegen die „Kölnische Zeitung“ und Gouverneur a. D. v. Bennigsen.)

Köln, 7. Januar 1908.

(Telegraphischer Bericht.)

Der Beleidigungsprozeß, den der frühere Reichskommissar Dr. Karl Peters gegen den verantwortlichen Redakteur der „Kölnischen Zeitung“ Gustav Brüggemann und ihren Berliner Mitarbeiter, den früheren Gouverneur von Neu-Guinea, Rudolf v. Bennigsen angehängt hatte, nahm heute früh vor dem hiesigen Schöffengericht seinen Anfang.

Am 20. März 1906 veröffentlichte die „Kölnische Zeitung“ einen Artikel, der sich mit den am Tage vorher stattgehabten Reichstagsdebatten über den Fall Peters und über den vom Abgeordneten Webel seinerzeit vorgebrachten

Zusatzbrief

beschäftigte. In dem Artikel findet sich folgende, den Gegenstand der gegenwärtigen Anklage bildende Stelle: „Von größerer Wichtigkeit für den Fall Peters ist, daß in dem Altenmaterial ein Brief vorhanden ist, den dieser an den englischen Bischof Woodwood von Ragula gerichtet hat und der mit dem Inhalt des gefälschten Luderbriefes großes Ähnlichkeit hat.“

ganze koloniale Tätigkeit des Dr. Peters

erzählen. Auf Antrag der Verteidigung hat das Gericht als Zeugen geladen: den früheren Gouverneur von Ostafrika Staatsminister v. Soden-Stuttgart, den Afrikaforscher Grafen Joachim Pfeil, Vizemirial v. Schleinig-Fremont, Oberleutnant Hoeschelmann-Lauban, Eisenbahndirektor Mittelstedt-Berlin, v. Huhn, Tiermaler Kuhnert-Berlin, Hauptmann Bond-Berlin, Bezirkshauptmann v. Elpous-Bern, Politassistent Reuhauß-Altona, Ingenieur Hermes-Gnoien in Mecklenburg, Eisenbahnsassistent Wittstock-Berlin, Registrarssekretär Wilhelm Schöneberg, den früheren Lazaretthelfer Wilhelm Münden, Prof. Wolken-Dahlem, Major Kallenberg, Kaufmann Strandens-Hamburg, Rechtsanwalt Heine-Deffau und Fräulein Brunnstein-München.

In einem seiner Schriftsätze führt Dr. Peters zur Begründung der Klage an: Die Behauptung, der Privatkläger habe an Bischof Woodwood einen Brief geschrieben, der mit dem Inhalt des gefälschten Luderbriefes große Ähnlichkeit hat, ist für ihn beleidigend. Denn sie befaßt nicht anderes, als daß der Privatkläger diejenigen großen Verbrechen gegen Recht und Gerechtigkeit, deren er sich in dem gefälschten Luderbriefe schuldig bekannt haben soll, den Bischof Woodwood gegenüber tatsächlich zugestanden und deshalb zweifellos begangen hat.

Kleines feuilleton.

Auf der Wacht am Vesuv. In dem Augenblick, da die Kämpfer der Wissenschaft droben am Vesuv warnend die Stimme erheben, ist eine Schilderung der Gefahren von besonderem Interesse, denen die Vulkanforscher ins Anlitz schauen müssen, um der Natur ihre Geheimnisse zu rauben und die Menschheit auf kommende Katastrophen beizugehen. Ein früherer Mitarbeiter des Professors Matteucci, der ehemalige Assistent am Vesuvobservatorium, Franz A. Perret, erzählt einige fesselnde Einzelheiten aus dem Tagewerk des Vulkanforschers. Raum einen Vesuv mag es geben, der mehr seltsame Erregungen mit sich bringt. Tag und Nacht, Winter und Sommer, die glühendste Hitze und eisiger Frost lösen sich von den Bedingungen des Abtags. Das Dunkel der Nacht wird bei der Beobachtung der leuchtenden Feuerorgane zur Tageshelle, der Tag in schwarzem Nebelregen zu undurchdringlicher Nacht.

von dem auf Anordnung des Gerichts als Zeugen geladenen Staatsminister Freiherr von Soden-Stuttgart die Mitteilung zugegangen sei, daß er aus dienstlichen und gesundheitslichen Rücksichten unmöglich persönlich kommen könne. Vielleicht lasse sich ohne ihn auskommen, sonst erlaube er um seine kommissarische Vernehmung in Stuttgart. — Rechtsanw. Fall: Ich beantrage die kommissarische Vernehmung und bitte einen Tag dafür anzubekommen, da ich der Vernehmung des Herrn Ministers beiwohnen will. — Justizrat Sello: Ich halte die Vernehmung des Herrn Staatsministers v. Soden auch für wichtig, denn er ist der wichtigste, wenn nicht der einzige Zeuge, auf den wir Wert legen. Er ist aber kein Tatzeuge. — Vors.: Aber er hat schon 1892 am Klimandscharo die Verhältnisse amtlich untersucht. — Rechtsanw. Fall: Ich würde es am liebsten sehen, wenn der Vorsitzende Gelegenheit nehmen würde, diesen Zeugen in Stuttgart persönlich zu vernehmen. Ich nehme an, daß Kollege Sello diesem Wunsche beipflichten wird. — Justizrat Sello: Es bedarf dazu nur der amtsgewöhnlichen Genehmigung. Ich möchte aber bemerken, daß ich nur für den 7. Januar hier geladen bin. Nun erfahre ich aber, daß

5 bis 7 Verhandlungstage

festgesetzt worden sind. Am 13. und 14. Januar findet in Leipzig vor dem Reichsdisziplinarhofe die Berufungsklage des Gouverneurs von Pottlamer statt. Ich war Verteidiger in erster Instanz und es ist absolut unmöglich, daß an meine Stelle ein anderer treten kann. Wenn die Verhandlung hier länger dauern sollte, muß ich den Antrag stellen, am 13. und 14. Januar keine Verhandlung stattfinden zu lassen. — Vors.: Ich hoffe, daß wir viel früher fertig sein werden, Ende der Woche. — Rechtsanw. Fall: Ob wir fertig sein werden, entzieht sich meiner Kenntnis. Wenn das aber nicht der Fall ist, so ist es wohl selbstverständlich, daß die beiden Tage sittingsfrei bleiben. — Dr. Peters: Ich habe am 11. Januar in Berlin einen Prozeß gegen den „Vorwärts“ und kann an dem Tage auch nicht hier sein. — Vors.: Ja, da kann ich mir aber nicht helfen, wir können nicht Rücksicht nehmen auf die Prozesse, die die einzelnen Parteien führen. Ihr persönliches Erscheinen ist ja auch gar nicht angeordnet. Sie könnten sich durch Justizrat Sello vertreten lassen.

Der Vorsitzende entläßt dann die Zeugen, indem er sie auf die Wichtigkeit ihrer Aussagen aufmerksam macht und darauf hinweist, daß es sich um einen Prozeß handle, der in der

Deffentlichkeit großes Aufsehen erregen werde.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses nimmt sodann Justizrat Dr. Sello das Wort für eine Erklärung.

Justizrat Sello: Ich sehe mich genötigt, die Verhandlung zu beginnen mit einem so klammernden und geharnischten Protest wie irgend nur möglich, gegen die ansehende von der Gegenpartei beabsichtigte Art der Verhandlung. Der Privatkläger und ich haben uns in diesem Prozeß, der seit anderthalb Jahren schwebt, auf's strengste bemüht, im Rahmen des Eröffnungsbeschlusses zu bleiben. Es handelt sich danach in diesem Prozeß um den einzigen Punkt, die von dem Dr. Brüggemann und dem Herrn v. Bennigsen in die Welt gesetzte Behauptung, Dr. Peters habe an den Bischof Woodwood von der englischen Mission einen Brief geschrieben, in dem er die Hinrichtung des Regemädchens Jagodja aus gesellschaftlichen Motiven zugestanden habe. Das ist der Punkt, wegen dessen Privatklage erhoben worden ist und der hier zur Verhandlung steht. In unserem großen Erstaunen haben wir jetzt aus den Sachverständigen und Zeugenladungen der Gegenpartei entnehmen müssen, daß es ihre Absicht ist, den Peters-Standart im weitesten Umfange zu erweitern, d. h. die amtliche Tätigkeit des Reichskommissars im Rahmen dieser Schöffengerichtsverhandlung noch einmal von vorne aufzuroffen. — Vors.: Das Gericht würde einem solchen Verfahren widersprechen. — Justizrat Sello: Ich werde bei jeder Zeugenvernehmung dem Veruche, die Prozeßverhandlung auf ein anderes Gebiet, als auf die Frage der Gründe, die am 5. Juni 1892 am Klimandscharo zur Hinrichtung der Jagodja geführt haben,

nicht mit allen proffessionellen Mitteln aufs äußerste widersehen.

Ich fange damit an, indem ich erkläre, daß die Ladung von 20 Zeugen und Sachverständigen in dieser Sache, die wie gesagt seit anderthalb Jahren schwebt, nur am 2. oder 3. Januar ds. Js. mitgeteilt worden ist. Diese Mitteilung traf mich zu einer Zeit, in der ich, wie derjenige Herr, der sie mir zukommen ließ, natürlich genau wußte, in einem anderen großen unfer ganzes Vaterland bewegenden

Prozeß tätig und während mein Klient in London war. Eine solche Benachrichtigung muß ich geradezu als Farce bezeichnen. Ich stelle demgegenüber prinzipiell den Antrag, daß die Gegenpartei uns diejenigen Punkte bezeichnen soll, über die die von ihr geladenen Zeugen vernommen werden sollen, damit ich eventuell eine Ausziehung der Verhandlungen zwecks Einholung von Informationen beantragen kann. Der Privatkläger, der doch das große Interesse hat, seine Ehre wieder hergestellt zu sehen, hat sich darauf beschränkt, einen einzigen Zeugen zu dieser Verhandlung zu laden, umso mehr muß ihm Gelegenheit gegeben werden, sich gegen über diesem Ueberfall zu rechtfertigen und sachgemäß zu verteidigen.

Vort. Rechtsanw. Fall: Was der Herr Privatkläger über die Art der Zeugenladung sagt, kann uns völlig gleichgültig sein. Es ist richtig, daß der Kollege Sello sehr spät in den Besitz der Zeugenliste gekommen ist. Ich kann das nicht leugnen, aber die Gründe dafür sind sehr einfach. In gewissen Zeitungen ist von Dr. Peters und seinen Freunden in allen möglichen Artikeln immer und immer wieder betont worden, in Köln müsse die Sache

gründlich aufgerollt und alles Klargestellt

werden. Immer wieder haben wir in einigen Zeitungen von Herrn, die dem Herrn Dr. Peters sehr nahe stehen, die Ankündigung gelesen, daß der Zeuge So und So nach Köln vorgeladen werden solle. Da haben wir selbstverständlich erwartet, ob wir eine Mitteilung über diese Zeugenladung erhalten würden. Wir haben sie nicht bekommen und als es uns zu lange wurde, haben wir endlich die Zeugenladungen selbst vorgenommen. Wir werden jedenfalls nichts tun, um zuzulassen, daß man in diesem Prozeß

einen einzelnen Punkt herausgreift

und den Versuch macht, den Zusammenhang anders darzustellen, als er wirklich ist. Es ist Anklage wegen des ganzen Artikels erhoben worden. In diesem Artikel bildet der Brief, den Dr. Peters an Bischof Smithies geschrieben hat, bloß einen Punkt. Ob dieser Punkt große Bedeutung hat oder nicht, ist eine Sache für sich. Der Artikel zielt in dem Sinne:

Wenn das gesamte Material gegen Dr. Peters bekannt würde, dann würde kein Mensch mehr wagen, ihn zu verteidigen,

auch Dr. Arendt nicht mehr, der sich bisher die größte Mühe für Dr. Peters gegeben hat. Die Zeugen, die ich geladen habe, sollen ausnahmslos dazu dienen, dieses darzutun. — Dr. Peters: Ich kann nur beklagen, was Justizrat Sello sagte, daß ich heute morgen 1/2 Uhr zum ersten Male mit ihm von der langen Zeugenliste gehört habe. Ich kenne die Zeugen zum Teil noch nicht einmal dem Namen nach. — Vors.: Es ist selbstverständlich, daß die Verhandlung im Rahmen des Eröffnungsbeschlusses bleibt, es wird also nichts von falscher Berichterstattung, nichts von Verfälschungen zur Sprache kommen, denn davon steht in dem Artikel kein Wort. Es wird hierauf der inkriminierte Artikel verlesen. Vors. (zum Angeklagten v. Bennigsen): Sie wollen also betreiben, daß Dr. Peters die Tötung des Mahrul und der Jagodja nicht aus solchen Gründen hat vornehmen lassen, sondern aus Eifersucht und aus seguellen Motiven.

Angekl. v. Bennigsen:

Für mich kommt es darauf an, weil ich infolge dieses Artikels so schwer angegriffen wurde, darzulegen, wie ich zu meiner Stellungnahme gekommen bin, und ob überhaupt dieser Artikel als Beleidigung aufgefaßt werden kann. Aus dem Zusammenhang des Artikels geht klar hervor, daß er sich überhaupt gar nicht gegen Dr. Peters, sondern

gegen Dr. Arendt

richtet, der in der betreffenden Reichstagsitzung wieder einmal den Versuch machte, den angeblichen Luder-Brief dem Hg. Webel als Schimpf vorzuhalten und durch unrichtige Darstellung des Tatbestandes die Affäre Peters in falsches Licht zu rücken. Gegen dieses Ausstreichen des Dr. Arendt habe ich mich gewendet und dabei auseinandergelegt, wie es sich mit dem Luder-Brief wirklich verhält. Es mußte mir, der ich die Verhältnisse genauer kannte, daran liegen, bei dieser Gelegenheit noch einmal in das richtige Licht zu rücken, wie es mit der Sache des Luderbriefes steht. Der Luderbrief hat in den Reichstagsverhandlungen vom März 1896 nicht

— Der Sieger. Der Münchener Waffenschriftsteller, den das Kaim-Dehseher vor einigen Tagen boykottierte, erklärt hohnlachend, daß er sich nicht einschüchtern ließ und erst dann den Saal verließ, als das unterbrochene Konzert in seiner Anwesenheit längst seinen Fortgang genommen hatte und er als unzweifelhafter Sieger das Lokal verlassen konnte.

— Französischer Oberleutnant und König. preussischer Professor in einer Person wird voraussichtlich Henri Martin darstellen, dessen Vererbung als Nachfolger Joachim's wir gestern meldeten. Herr Martin sehr die Presse davon in Kenntnis, daß bei seiner Vererbung kaiserliche Wünsche mitspielen und daß er auch in der amtlichen Stellung an der Berliner Waisenhochschule Franzose und Oberleutnant der Reserve im französischen Heere zu bleiben gedenke. Vorausgesetzt, daß der Herr Minister die Vererbung gutheißt. (Über Herr Martin, bei der Prozeß!) Die Waise genügt demnach in Preußen die in zivilisierten Ländern übliche internationale Gastfreundschaft, was man von anderen Gebieten bekanntlich nicht behaupten kann.

— Gustaf af Geijerstam, der durch seine zahlreichen Romane und Novellen sich nicht allein in seinem Heimatland Schweden, sondern auch im übrigen Europa und namentlich in Deutschland einen großen Leserkreis erworben hat, vollendet am 6. Januar sein 50. Lebensjahr. Sein erstes Buch, eine Novellensammlung, veröffentlichte er im Jahre 1852. Er war ein eifriger Anhänger der in Schweden Ende der vierziger Jahre emporkommenden naturalistischen Richtung. Er hat diese Erzählungen aus dem Leben seiner Leute geschrieben, die von starkem Menschlichkeitsgefühl zeugen. Seine späteren Werke zeichnen sich vor allem durch intime Schilderung des Seelenlebens aus, der zuweilen ein Zug ins Mystische anhaftet. Die Psychologie des Gelebens und dessen Fortdauern treten in dem Roman „Die Komödie der Ehe“, und die Gesellschaft des Familienlebens in seinem „Buch vom Bräutigam“ stark und lebendig hervor. Als eines seiner besten Werke gilt sein Roman „Als Luise ihren Vater und seine Mutter“. Die genannten wie mehrere andere seiner Bücher sind in deutscher Uebersetzung erschienen.

— Die Kommune auf der Bühne. Im Pariser Odéon-Theater fand die Generalprobe von Gustave Geffroy's Schauspiel „Die Arbeiter in“ statt, das während der Belagerung von Paris und der Kommune spielt. Antoine's realistische Inszenierung und Suzanne Després leidenschaftliche Darstellung der Arbeiterin sicherten dem Drama, auf das wir ausführlicher zurückzukommen werden, den Erfolg.

— Sozialreform im Theater. Der Direktor des Berliner Schillertheaters, Dr. Löwenfeld, hat einige lobenswerte, wenn auch nur infolge der sonst üblichen Verflattung der Schauspielerei bemerkenswerte Reformen eingeführt. Gage und Spielgeld sind in ein bestimmtes Verhältnis gesetzt, nach dem die Gage drei Viertel und das Spielgeld ein Viertel ausmachen und das Spielgeld nur 150mal garantiert und der Abzug in Behinderungs-fällen auf das halbe Spielgeld beschränkt wird. Außerdem ist auf die Verächtliche Kündigung im Problemum verzichtet worden.

Notizen.

— Vorträge. Ueber Rembrandt hält Frey Stahl am Mittwochabend 9 Uhr einen durch zahlreiche Lichtbilder erläuterten Vortrag im Schiller-Saal, Charlottenburg. Dieser Vortrag eröffnet eine Reihe von 14 durch Lichtbilder erläuterten Vorträgen: „Mastfächer der bildenden Kunst“. Abonnementpreis für den ganzen Zyklus von 14 Vorträgen zum Preise von 6 M. (auch in 2 Hälften zu je 3 M.) und Einzelkarten zum Preise von 0,60 M. (einschließlich Vorberede) sind an den Kassen beider Schiller-Theater und abends an der Kasse des Schiller-Saales zu haben.

die Rolle gespielt, die man ihm später zuwies. Der Luderbrief ist damals vom Abg. Webel verlesen worden, aber ebenso auch die anderen gegen Dr. Peters vorliegenden Beweismittel. Im Laufe der Verhandlungen, als Kolonialdirektor Dr. Kayser sich diesem Beweismaterial gegenüber in die Länge geduldet hätte, aus den vorliegenden Akten außerdem noch tatsächliche Mitteilungen zu machen, ergab sich dann:

### **Dass diese tatsächlichen Mitteilungen viel schwererer Natur waren als der Luderbrief.**

Das ist in jenen Reichstagsitzungen ganz klar zum Ausdruck gekommen. Das hat nicht nur der freisinnige Abgeordnete Lenzmann, nicht der Zentrum-Abgeordnete Sieber, sondern auch der konservative Abgeordnete v. Massow gesagt.

Also in der ganzen Peters-Affäre ist es von außerordentlicher Bedeutung, zu betonen, daß der Luderbrief niemals irgend welche Bedeutung für das Urteil über Peters gehabt hat. Mit Schuld an der Verdrehung ist leider auch der verstorbene Kolonialdirektor Kayser selbst, der sich in den Reichstagsitzungen des Jahres 1896 ebenso ängstlich an den Luderbrief geklammert hat, wie später Dr. Peters und seine Freunde. Kayser hat das getan, weil er sich schuldig fühlte. Weil er das Aktenmaterial kannte,

### **auf Grund dessen er längst gegen Dr. Peters hätte vorgehen müssen.**

Da hielt er sich dann an den Luderbrief als einem Roburum fest, um endlich die neue Untersuchung gegen Dr. Peters einleiten zu können. Es ist aber nicht richtig, wenn Dr. Peters behauptet, daß nur auf Grund des Luderbriefes die dritte Untersuchung gegen ihn eingeleitet worden sei. Wir wissen ja nun alle, wie es mit dem Luderbrief steht. Als Luderbrief existiert er nicht; aber es besteht ein Brief an den englischen Bischof Smithies, der mit dem Luderbrief große Ähnlichkeit hat. Er ist ebenfalls an einen englischen Bischof gerichtet und enthält die Mitteilung über einen Ehebruch des gefangenen Boys Mabral und die Hinrichtung der Jagodja. Dem Dr. Peters selbst war die Existenz dieses Briefes überhört peinlich. In der Disziplinaruntersuchung hat er sie bis zum letzten Augenblick geleugnet und erst nach hartem Drängen des Untersuchungsrichters hat er dem damaligen Vorgesetzten des Briefes, dem Major v. Genrio, die gewünschte Genehmigung zur Auslieferung des Briefes an die deutsche Botschaft in London erteilt. Noch in einer öffentlichen Erklärung im August 1906, die in der „Post“ erschienen ist, bestreitet Dr. Peters die Existenz eines zweiten Briefes an den Bischof Smithies mit dem Bemerkten: „Der einzige Brief, den ich in dieser Angelegenheit an den Bischof geschrieben habe.“ Damit ist die Existenz dieses Briefes also erwiesen. Aber ganz abgesehen hiervon ist es überhaupt für Dr. Peters gar keine Verleumdung, wenn man sagt, daß er den fraglichen Brief an den Bischof Luder geschrieben habe. In dem Luderbrief sollte Peters noch den Mitteilungen Webers in dem Reichstage geschrieben haben, daß er mit der aufgehängten Jagodja gewissermaßen nach afrikanischem Gebrauch verheiratet gewesen sei und daß ihm nach afrikanischem Recht zu stand, die Ehegattin mit dem Tode zu bestrafen. In derselben Reichstagsitzung, in der Webel von dem Inhalt des angeführten Luderbriefes Kenntnis gab, äußerte schon der Zentrum-Abgeordnete Sieber, als der Kolonialdirektor Kayser aus dem nach den Akten bereits vorliegenden tatsächlichen Material Mitteilungen gemacht hatte, diese Darstellung sei für Dr. Peters in seinen Augen fast noch entwürdigender, wie die Weber'sche Darstellung, und der freisinnige Abgeordnete Lenzmann sagte sogar hinzu, daß, wenn das, was der Kolonialdirektor vorgetragen habe, auf Wahrheit beruhe,

### **Peters entweder verrückt oder ein Schensal sei.**

In der Disziplinaruntersuchung gegen Dr. Peters ist dann tatsächlich festgesetzt worden, daß er sich in Unterredungen mit den Zeugen Bronsart v. Schellendorf, Ruhnert, Mittelstedt, Hermes usw. auf den Standpunkt gestellt habe, daß er ein Recht gehabt habe, den Mabral bzw. auch die Jagodja

wegen Ehebruchs zu hängen.

Meine fragliche Behauptung kann aber auch schon deshalb keine strafbare Verleumdung des Dr. Peters sein, weil ich den Beweis dafür antreten werde, daß für die Hinrichtung sowohl des Mabral wie der Jagodja

### **die geschlechtlichen Beziehungen maßgebend gewesen sind.**

In ganz Deutsch-Ostafrika ist von Eingeborenen und Europäern der Tatbestand stets so aufgefaßt worden. Gouverneur v. Soden, Bischof Smithies und Herr v. Welow, die sich zunächst mit dieser Frage zu beschäftigen hatten, haben die Ueberzeugung gehabt, daß Mabral und die Jagodja wegen geschlechtlichen Beziehungen ihr Leben am Galgen verloren haben. Auch war man in Deutsch-Ostafrika allgemein des Glaubens, daß die folgenden drei schweren Expeditionen des Leutnants v. Wilow, der am Kilimandscharo seinen Tod fand, v. Mantaufels, die erfolglos blieb, und v. Seheles, der erst durch seine große Energie etwas erreichte, nur notwendig geworden waren durch das menschenwürdige Verhalten des Dr. Peters. „Kilimandscharo“, sagt Dr. Peters, soll es sein, aber davon kann nach dem Umstände der hier anwesenden Sachverständigen nicht die Rede sein. Auch ich selbst halte es unverrückbar an der Ueberzeugung fest, daß Peters den Mabral und die Jagodja aus geschlechtlichen Motiven hängen lassen! Ich habe niemals, wie Dr. Peters behauptet, den Standpunkt der Disziplinarurteile vertreten. Ich habe vielmehr immer die Ansicht vertreten, daß sie nach Form und Inhalt

viel zu milde

sind und dieser Ansicht häufig in der deutlichsten Form Ausdruck gegeben. Schon ehe ich nach Afrika ging, hatte ich in der Provinz Hannover über die Verhältnissen des Peters viel gelesen gehört und meinen Vater, der mit Peters in kolonialpolitischen Beziehungen stand, mit Erfolg gebeten, dafür zu sorgen, daß, wenn Peters unser Haus besuche, ich nicht mit ihm zusammenträfe. Auch sonst habe ich es stets vermieden, die persönliche Bekanntschaft von Peters zu machen. Ueber die Kilimandscharo-Affäre waren damals schon dunkle Nachrichten hinaufgedrungen. Mich hatte es sehr geirrt, daß, als ich, der seit vielen Jahren preussischer Landrat war und bei Vorlesungen und Unterredungen das größte Ansehen genoss, beschloffen hatte, nach Afrika zu gehen, von allen Seiten hören mußte: Was wollen Sie denn da unten?

Da gehen ja nur Leute hin, die etwas auf dem Karthago haben, nur schlechte Elemente. Ich nahm mir vor, diesen Gerüchten besonders sorgfältig nachzugehen. Schon von dem Dampfer aus schrieb ich noch auf der Hinreise nach den vielfachen Gesprächen, die ich mit den an Bord befindlichen alten Afrikanern gehabt hatte, an meine Mutter einen Brief, in dem ich ihr mitteilte, daß ich erfahren hätte, daß Dr. Peters einen schwarzen Diener und eine schwarze Dienerin aus persönlichen Gründen hängen lassen. Die in diesem Briefe niedergeschriebene Ansicht über Dr. Peters fand ich am Kilimandscharo

überall bestätigt.

Ich erfuhr auch, daß die Gerichtssitzungen, die Dr. Peters auf dem Kilimandscharo den Hinrichtungen hatte vorausgehen lassen,

Scheinungen

waren zur Verdeckung strafbarer Handlungen. Ich hatte den jetzt verstorbenen Begleiter des Dr. Peters am Kilimandscharo, Jahnske, während der 3 Monate, die ich Wilimann als Gouverneur von Deutsch-Ostafrika vertrat, kommissarisch im Gouvernementsdienst angestellt, ohne zu ahnen, daß er an der Kilimandscharo-Affäre beteiligt sei. Als ich später von seiner gutgespielten Verriäterei hörte, ließ ich ihn sofort kommen und vernahm ihn zu Protokoll.

Ich hielt ihm in ersten Worten vor, wie er dazu gekommen wäre, sich zu einer solchen Tat mißbrauchen zu lassen. Jahnske hat dann, ohne einen ernstlichen Versuch der Rechtfertigung zu machen, den ganzen Vorfall damit zu entschuldigen versucht, daß er dem Befehle seines Vorgesetzten habe nachkommen müssen! Ich habe ihm geglaubt und ihn im Dienste gelassen, habe aber später erkennen müssen, daß ich leider nicht in der Person dieses Jahnske doch getäuscht hatte. Schon ehe die dritte Untersuchung gegen Dr. Peters angeordnet war, stand bei mir auf Grund meiner Erfahrungen und der Aktenkenntnis fest, daß die beiden ersten Untersuchungen nur Scheinuntersuchungen gewesen waren und den Namen Untersuchung gar nicht verdienten,

daß man sie absichtlich hatte im Sande verlaufen lassen. Damals war ich geneigt, die ganze Schuld dem verstorbenen Kolonialdirektor Kayser zuzuschreiben. Seitdem habe ich mich überzeugt, daß bei dieser Gelegenheit ebenso wie bei allen späteren Versuchen, Peters wieder in den Reichsdienst zu bringen, Kayser die schwersten Vorwürfe gar nicht verdient, die ihm von vielen Seiten gemacht worden sind. Er war ein ungewöhnlich fleißiger, gewissenhafter, unterrichteter und tüchtiger Beamter und wurde zu seiner ganzen Haltung in der Peters-Affäre nur durch die

### **Drohungen und Machinationen der Peters-Presse und der Peters-Freunde gezwungen.**

Leider war Kayser ein sanfter, schwacher, nachgiebiger Charakter. Das war in diesem Falle sein Unglück; denn die Peters-Affäre hat wie ein Sturm an seinem Marke gezehrt und ihn frühzeitig ins Grab gebracht. (Mit erhobener Stimme.)

### **Das werden wir beweisen!**

Als der Auftrag zur dritten Untersuchung nach Ostafrika gelangte, da entsinne ich mich, daß mein Freund Freiherr v. Montauffel, ein Mann auf den man sich vollkommen verlassen konnte, zu mir sagte: „Bennigsen, dieser... — ich vermeide den Ausdruck, den er gegen Peters gebrauchte — hat zu allen anderen Schandtaten auch noch eine Aktenfälschung

in der Kilimandscharo-Affäre auf dem Gewissen.“ Ich fing daraufhin an die Akten zu studieren und fand, daß Peters den unbegründeten Feldzug gegen den Häuptling Malamia, statt wahrheitsgemäß mit dem Fortlaufen der Weiber, mit dem Fortlaufen eines Mannes und der Spionage der Jagodja erklärt hatte, immer von der Meinung ausgehend, daß auch die dritte Untersuchung nur eine

### **Scheinuntersuchung**

sein werde, habe ich es durch Hinweise in den Akten, durch Aufzählung und durch einen Sonderbericht, den ich erstattete, den Herren in Berlin möglichst schwer gemacht, diesen Punkt zu übergehen. Denn wir waren drüben außerordentlich mißtrauisch gegen Berlin geworden. Immer wieder tauchte die Nachricht auf, daß Peters Gouverneur von Deutsch-Ostafrika werden sollte. Ich habe damals öffentlich erklärt — und wer mich kennt, weiß, daß ich meine Erklärungen wahr mache — daß im Falle der Ernennung des Peters ich aus dem Kolonialdienste ausscheiden und mein Abschiedsgesuch damit begründen würde, daß ich unter einem Peters nicht Beamter bleiben könne. Gleichzeitig kündigte ich an, daß ich die ganze Kilimandscharo-Affäre veröffentlichen würde. Wie

### **nahe damals das Unglück**

war, das über unser schönes Deutsch-Ostafrika hereinzubrechen drohte, haben wir zu unserem Schrecken erfahren, als im Jahre 1896 in dem gegen den berechtigten Friedrich Schröder geführten Prozeß ein Brief einer sehr nahen Verwandten von Schröder verlesen wurde, in dem es dem Sinne nach hieß:

Sorge dich nur dafür, daß man eine Zeitlang in Deutschland nichts Uebles von Dir hört, denn nun ist es bald so weit, daß

### **Peters Gouverneur wird,**

und dann sollst Du ein hoher Beamter in Deutsch-Ostafrika werden. Also den Schröder, der damals in der ersten Instanz für ein Sammelurteil von Verbüchsen 15 Jahre Zuchthaus erhalten hatte, in zweiter Instanz leider nur noch 6 1/2 Jahre Gefängnis, den Schröder, den Herr v. Liedemann als Zeuge im Münchener Prozeß mit den Worten charakterisierte: Der Bruder von Dr. Schröder war vielleicht ein Mensch, auf den der Ausdruck „Tropenkoller“ zutrif, der ist ein ganz bekanntes Schensal, und der ist nach Afrika gezogen worden, obwohl er schon hier fortwährend am Tropenkoller litt, dieser Schröder sollte nach dem Willen des Dr. Peters und seiner Freunde ein hoher Beamter in Deutsch-Ostafrika werden.

Auch glaube ich, daß der und seine Freunde von Berlin aus (äußernd über Schröder die Hand geschüttelt hat. Die Akten, die die Peters-Affäre wahrnehmen, haben damals Herrn v. Reden, meinen Freund, als Richter, und den Kolonialdirektor Dr. Kayser angegriffen, obwohl der letztere auch nicht das geringste mit der Einleitung und Durchführung des Prozesses zu tun hatte. Seitdem bin ich den gefährlichen Aspirationen Dr. Peters' und seiner Freunde stets wie auch in dem inkriminierten Artikel entgegengetreten. Nach meiner Ansicht kann es nicht gebildet werden, daß jemand mit einer solchen afrikanischen Vergangenheit wie Dr. Peters in unserem öffentlichen Leben eine Rolle, sei es als Beamter, sei es als Politiker, spielt. Das aber ist noch immer das Ziel, das Peters und seine Freunde zu erreichen suchen. Erst kürzlich mußte die nationalliberale Partei des Reichstags in ihrem offiziellen Organ

### **eine nationalliberale Reichstagskandidatur des Doktor Peters energisch von sich abschütteln.**

Das ist der Zweck, zu dem milde Urteile unseres obersten Disziplinarkollegiums großlich geschimpft werden, und zu dem jeder Mann, der jemals als Beamter, Zeuge oder Schriftsteller dem Dr. Peters entgegentritt, durch die ganze Welt verfolgt oder nach seinem Tode als geistig minderwertig hingestellt wird! Wie viele Männer sind schon ganz grundlos der Mitarbeit am Luderbrief beschuldigt worden. Als bekannt wurde, daß ich der Verfasser des inkriminierten Artikels sei, habe ich, der bis dahin noch unbescholten war, in kurzer Zeit folgende Worte gegen mich in der Peters-Presse gefunden: „Mit-arbeiter am Luderbrief, Helfer der Sozialdemokratie, Kolonialspekulant, treibende Kraft in allen möglichen Angelegenheiten, er gebraucht den Titel Gouverneur a. D., um Mißverständnisse

herborzurufen, er hat die Südeinseln einmal gußerniert.“ Ich brauche wohl kein Wort zu erwähnen darüber, daß ich niemals, besonders auch nicht in der Peters-Affäre mit der Sozialdemokratie in Verbindung stand. Mich lähren diese Beschuldigungen nicht und wenn noch mehr kommen, so lege ich sie den übrigen über einmal haben mir doch die Peters'schen Angriffe gegen einen Beamten sehr schwere Stunden bereitet. Als der Vorgänger des Dr. Peters am Kilimandscharo, Herr v. Ely, seinen mutigen

### **offenen Brief an Dr. Peters**

erschienen ist, um die Vorgänge am Kilimandscharo ins rechte Licht zu setzen, fiel die Peters-Presse wie toll über ihn her. Wir gingen damals, als Stellvertreter dem Gouverneur, nach Dar-es-Salaam die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ zu, in denen v. Ely aus seinem früheren Leben Wechselfälle und andere schwere Vorwürfe gemacht wurden! Ely soll ja allerdings vor seinem Eintritt in die Kolonialverwaltung, die übrigens Dr. Peters herbeiführte, ein etwas abenteuerliches Leben geführt haben. Aber er war die ganzen Jahre am Kilimandscharo für uns tätig und hat sich große Verdienste erworben. Was sollte ich tun? Ich habe nach reiflichem Ermessen die Zeitung in einen eingeschriebenen Brief gepackt und an Ely geschickt mit dem Auftrage, entweder sofort den Abschied einzureichen oder öffentlich gegen die Zeitung zu klagen. Nach einiger Zeit erhielt ich den Brief zurück und besam die Nachricht von dem

### **plötzlichen Tode v. Ely.**

Ich schrieb den Tod meinem Briefe zu, nachher erfuhr ich, daß das Hinscheiden des Ely die Folge einer Tropenkrankheit gewesen sei. Er war so seinen Verfolgern durch den Tod entgangen und schweres Leid ist ihm erspart geblieben. Aus persönlichen Gründen habe ich Dr. Peters nie bekämpft, ich kenne ihn auch nicht, er ist mir ganz gleichgültig. Ich bin ihm aus sachlichen Gründen entgegen getreten, weil der beuene Grundlag: Was mich nicht brennt, das laße ich nicht, meiner Natur völlig entgegen läuft und weil ich in allererster Linie eine öffentliche Verleumdung des Dr. Peters in unserer allgemeinen wie in unserer Kolonialpolitik für verderblich halte. Die Gründe für meine Anschauung liegen für einen ersten nachdenklichen Menschen, der sich mit der Peters-Angelegenheit näher beschäftigt hat, offen auf der Hand.

### **Darauf nahm**

### **Dr. Peters**

das Wort zu einer kurzen Erklärung: Herr Präsident! Ich werde nur kurz antworten. Es scheint, daß hier solche Dinge vorgebracht werden, die erst Gegenstand einer längeren Beweisführung sein sollen. Herr v. Bennigsen hat Beschuldigungen wiederholt, die bereits als vollständig unwahr nachgewiesen sind. — Vorl.: Es handelt sich hier zunächst erst um einseitige Behauptungen der Gegenpartei. — Dr. Peters: Herr v. Bennigsen sagte, ich hätte ihn verlegt auf den ganzen Artikel hin. Das ist nicht richtig. Ich habe ihn verlegt wegen der Behauptung, daß der Luderbrief in ähnlicher Form existiert. Der Inhalt des Luderbriefes ist gekennzeichnet durch die Rede des Abg. Webel. Wenn ein solcher Brief geschrieben worden wäre, so gebe ich zu, wäre die Kennzeichnung Webers richtig gewesen. Es ist aber längst nachgewiesen, daß der Brief und die in demselben behaupteten Tatsachen unrichtig sind. Die ganze Entstellung des Reichstages, des Herrn Lenzmann und der anderen Herren waren nur darauf begründet, daß die Angaben Webers richtig seien. Nun haben aber alle Erhebungen längst ergeben, daß die Hinrichtung des Mabral und der Jagodja nicht im Zusammenhang mit stillosen Verleumdungen steht. Es ist längst nachgewiesen, daß Mabral und Jagodja keine Beziehungen zu einander hatten. Ich habe durch den Grafen v. Arnim-Muslaw im Reichstage mein Ehrenwort schriftlich abgegeben und verlesen lassen, daß ich einen Brief solchen Inhalts weder an Luder noch einen anderen Bischof geschrieben habe, noch daß ich derartige Handlungen begangen oder zugegeben habe. Trotzdem tritt Herr v. Bennigsen auf und erklärt, daß ich einen solchen Brief geschrieben habe, wenn auch nicht an Luder, so doch an Bischof Smithies. Die Uebereinstimmung, die in Wirklichkeit zwischen dem Luderbrief und dem Brief an Smithies besteht, ist lediglich die, daß beide Male der Adressat ein englischer Bischof ist und beide Briefe mit Tinte auf Papier geschrieben sind. Der Inhalt ist ein ganz anderer. In dem einen Briefe soll ich geschrieben haben, ich habe die Hinrichtung Mabral's und Jagodja's wegen ihres Verlebens mit einander vornehmen lassen, während in dem anderen an Smithies gerichteten Brief das gerade Gegenteil steht. Diesen unwahren Behauptungen will ich nun endlich ein Ende machen, deshalb klage ich überall in Deutschland. Auf die übrigen Behauptungen des Herrn v. Bennigsen einzugehen, habe ich keine Veranlassung. Er hat es hier so dargestellt, wie es ja auch in München verhandelt worden ist, als ob eine hinterlistige Clique hinter mir stünde und hat gestritten von einer Peters-Presse und einer Peters-Neuzeit. Wir ist von der Existenz einer Peters-Presse gar nichts bekannt, es gibt in Deutschland nicht eine einzige Zeitung, über die ich verfüge. Mir ist auch nicht bekannt, daß in Deutschland eine einzige Zeitung schändlich die Hände über mich hält. Ich muß mich dagegen wehren, daß Dinge heringebracht werden, die gar nicht zur Sache gehören. — Vorl.:

### **Das Gericht wird schon dafür sorgen, daß die Beweis-**

### **aufnahme in ihren Grenzen bleibt.**

Bert. Rechtsanw. Falk: Ich möchte doch endlich wissen, wodurch Herr Peters denn beleidigt worden sein soll. — Vorl.: Das wird das Urteil ergeben. — Verteidiger Rechtsanw. Falk: Ich möchte gern die Auffassung der Gegenpartei hören. — Justizrat Sells: Ich bitte eine längere Pause einreden zu lassen, damit ich mich mit dem völlig unvorhergesehenen Privatkläger besprechen kann. Es sind hier mit einer Anzahl Leuten als Zeugen und Sachverständige geladen worden und wir müssen nun unsere Bemerkungen darlegen, durch Zubringung von Zeugen auch unentgeltlich eine ausreichende Gerechtigkeit herbeizuführen.

Nach einer längeren Pause verliest dann der Vorsitzende zunächst ein Schreiben des Justizministers Dr. Bessler, wonach dem Bezirkshauptmann v. Elyhous die Genehmigung erteilt wird, über die im Antrage des Gerichts genannten Gegenstände auszusagen, ebenso über alle anderen Umstände, die nicht die Amtsverschwiegenheit betreffen. Derselbe Genehmigung hat der Staatssekretär des Reichskolonialamts dem Freiherrn v. Soden erteilt, während für Herrn v. Reden die Genehmigung des Auswärtigen Amts zur Auslage noch aussteht. Ferner ist dem Bericht zugegangen ein Schreiben an den Bischof Smithies vom 8. April 1896 im Original, sowie die Auslage des Leutnants a. D. Bronsart von Schellendorf und die Auslage des verstorbenen Konsuls Baumann. — Bert. Rechtsanw. Falk beantragt, das Schreiben an den Bischof Smithies, das in englischer Sprache abgefaßt ist, durch gerichtlichen Dolmetscher ins Deutsche übertragen zu lassen. — Privatkläger Peters: Der vorgelegte Brief ist nicht derjenige, den ich an den Bischof Smithies abgeschickt habe. Diesen Brief habe ich an Smithies abschicken wollen. Als der Brief aber gefälscht war, habe ich mir geglaubt, daß ich nicht einem englischen Bischof Verdict über amtliche Vorgänge erstatten könne. Ich habe daher einen anderen kürzeren Brief an ihn abgeben lassen. — Beklagter v. Bennigsen: Von uns wird behauptet, daß es sich um einen Entwurf handelt. Ich frage den Kläger.

### **ob er nicht diesen Brief dem englischen Major Genric zur Beförderung übergeben hat.**

Dr. Peters: Ich schrieb am Morgen an Bischof Smithies diesen Brief oder wenn man will, den Entwurf, aber er ist nicht abgehandelt worden. Als ich einige Zeit später den Major am Kilimandscharo traf, gab ich ihm den anderen Brief und diesen Briefentwurf zur Einsicht, aber nicht, damit er

### **Dr. Peters: Ich schrieb am Morgen an Bischof Smithies diesen Brief oder wenn man will, den Entwurf, aber er ist nicht abgehandelt worden.**

Als ich einige Zeit später den Major am Kilimandscharo traf, gab ich ihm den anderen Brief und diesen Briefentwurf zur Einsicht, aber nicht, damit er

Ich an Smithies abgebe. Das wäre unheimlich gewesen, denn an Smithies hätte ich schon den Brief abgehandelt. In beiden Briefen aber steht das Entgegengesetzte von dem, was in dem Luderbriefe angeblich gestanden haben soll. — Das Gericht beschließt die Uebersetzung dieses Briefes durch einen Dolmetscher vornehmen zu lassen. — Dr. Peters: Herr Präsident! Ich habe mich noch zu den Anträgen zu äußern. Ich fühle mich natürlich nicht beleidigt durch eine sachliche Kritik der „Kölnischen Zeitung“ und ihres Mitarbeiters über meine amtliche oder sonstige Tätigkeit. Ich fühle mich auch nicht beleidigt, wenn Herr v. Bennigsen meine amtliche Tätigkeit als ein Unglück für Deutsch-Ostafrika bezeichnet. Das ist keine Sache. Beleidigt fühle ich mich durch den Vorwurf, der mir vorwirft, ich hätte einen Brief an den Bischof Woodwood geschrieben, der sich hinsichtlich mit den Angaben des Luder-Briefes hat. Daraus muß der Leser den Eindruck gewinnen, daß ich einen Brief geschrieben habe, worin ich zugebe, daß ich mich mit dem aufgehängten Mädchen nach afrikanischen Verhältnissen verheiratet und sie nach afrikanischen Brauche als Ehebrecherin mit dem Tode bestraft habe, daß ich also den ganzen Inhalt der Behauptungen des Abg. Vebel im Reichstoge durch den Brief zugegeben habe. Ich fühle mich beleidigt, einmal weil ich zugegeben haben soll, einen solchen Brief geschrieben zu haben, zweitens, weil behauptet wird, ich hätte an den englischen Bischof eine derartige alberne Erklärung abgegeben. Als drittes kommt hinzu, daß ich im Reichstoge mein Ehrenwort verpländert habe, einen solchen Brief nicht abgeschrieben zu haben und einer solchen Handlung nicht fähig zu sein. Darum fühle ich mich beleidigt, aber nicht durch alles das, was über meine amtliche Tätigkeit gesagt worden ist. Hier handelt es sich um unwahre Behauptungen. — v. Bennigsen: Ich habe nicht behauptet, daß der Luderbrief geschrieben worden ist, ich bin aber überzeugt, daß eine Namensverwechslung vorliegt. Wir werden ja wohl noch im Laufe der Verhandlung Klarheit über den Luderbrief erhalten. Herr Dr. Peters behauptete ja im Juli vorigen Jahres, daß er es wisse, wer den Luderbrief geschrieben habe, ja man behauptete sogar, daß ich der Hintermann des Luderbriefes bin. Ich habe mich darauf beschränkt, der „Post“ eine Verichtigung zuzufügen. Aber eine Namensverwechslung liegt zweifellos vor. Man hat in Afrika von einem Briefe gesprochen, und man hat als naheliegend konstruiert, daß der Empfänger Luder gewesen sei, der Bischof am Allmandscharo, und man hat nicht an den Bischof von Nagia gedacht. Derjenige, welcher solche Kombinationen gemacht hat, hat zweifellos gehört, daß Briefe existieren und er hat auch gesagt, daß Dr. Peters renommirt hat, solche Sachen zu haben. Ich habe nur von einer Namensverwechslung gesprochen, und ich weiß nicht, weshalb gerade hierin eine Beleidigung liegen soll. — Rechtsanw. Falk: Ich möchte nunmehr meine Anträge begründen. Ich bin bisher der Meinung gewesen, daß der ganze Artikel zur Anklage steht. So heißt es auch im Eröffnungsbeschlusse. Ich hielt gerade für die schwerste Beleidigung den Satz: „Wenn alles, was in den Akten über Dr. Peters steht, bekannt wäre, würde auch selbst Dr. Andre von dessen Verteidigung Abstand nehmen.“

Wenn aber Dr. Peters sich dadurch nicht beleidigt fühlt, so würde unsere Uebersetzung wesentlich erleichtert werden. Ich bin jedoch der Meinung, daß der Gegenstand der Beweisaufnahme die Behauptung sein muß, daß Dr. Peters sich gewisse Verletzungen hat zuschulden kommen lassen. Als ich bei der vorigen Verhandlung der Vorsitzende fragte, ob ein Vergleich möglich sei, erwiderte Justizrat Sello: Ich kann mich nicht vergleichen, bevor nicht das Materielle der Eiterbeule aufgestochen ist. Es kommt mir nun nicht darauf an, zu beweisen, ob der Brief geschrieben ist oder nicht, sondern daß Dr. Peters sich Verletzungen schuldig gemacht hat. — Vors.: Wie sie ihm vom Abg. Vebel vorgeworfen sind? — Rechtsanw. Falk: Das steht nicht in dem Artikel, aber meinerseits auch da. Wir behaupten:

1. Dr. Peters hat den Wadral zu Tode prügeln lassen, ohne Recht durch ein Verfahren, das kein Verfahren war, bloß aus sexuellen Motiven. 2. Auch die Hinrichtung der Jagodja ist bei Peters als geschlechtliche Beziehung zurückzuführen. 3. Dr. Peters ist sich bewußt gewesen, ein Unrecht sowohl an Wadral als auch an der Jagodja begangen zu haben. Beweis dafür ist, er hat in dem Bericht an seinen Vorgesetzten Freiherrn v. Soden den Vorgang nicht richtig dargelegt. 4. Eine ganze Reihe von Zeugen weiß, daß Dr. Peters am Allmandscharo mit dem Vorgange renommirt hat. Und nun kommt der Zusammenhang mit den Briefen, Er hat sich gerühmt, er habe so verfahren, wie es in Afrika üblich ist, so wie jeder Häuptling verfahren würde. Diesen Beweis treten wir an. Nun ist in der Disziplinarverhandlung, welche mit der Amtsenthebung endete, ihm im Urteile zugute gehalten worden, daß ihm seine Auffassung über die Zustände auf der Station mildernd zur Seite stehen müssen. Wir wollen den Beweis führen, daß sich in dieser Beziehung

#### das Urteil gerirt hat

und daß die Zustände auf der Station und in der Umgegend bei den Negerstämmen ihm gar keine Veranlassung geben konnten, so vorzugehen. Eine Rehnlichkeit finden wir darin, daß Dr. Peters es für notwendig befunden hat, seine Handlungen zu beschönigen und zwar dem englischen Missionsbischof gegenüber, der erklärt hatte: Mit diesem Wädral will ich nichts zu tun haben. Den empfangen ich nicht. Wir behaupten, daß Dr. Peters in dem Briefe falsche Angaben gemacht hat und sich dessen bewußt war. In dem zweiten Brief, der ein Entwurf sein soll — ich behaupte aber, daß es ein Brief war — ist die Rede von dem ehebrecherischen Verhalten einer Dienerin, von welcher jetzt behauptet wird, daß sie die Konkubine des Freiherrn v. Pechmann sei. Der Verteidiger begründet hierauf ausdrücklich seine Beweisanträge. Er beantragt, den Schriftsteller v. Duhn und noch andere Zeugen zu vernehmen, falls gesagt werden sollte — was in den Voracten geschieht — daß in den beiden ersten Untersuchungen die Unschuld des Dr. Peters dargetan worden sei. Die Zeugen sollen bekunden, daß die Untersuchung nicht so geführt worden ist, wie sie hätte geführt werden müssen, weil Kolonialdirektor Dr. Rahrer einem außerordentlichen Druck von Seiten des Dr. Peters und seiner Freunde erliegen ist.

Justizrat Sello: Ich vertrete der Gerechtigkeit und Würdigkeit des Gerichtshofes, daß er nach dem Grundsatze: Auditor et altera pars auch gegenüber den von anderer Seite benannten Zeugen und Sachverständigen unseren Anträgen auf Ladung von Sachverständigen nachkommt. Ich beantrage, den als Zeugen geladenen Herrn v. Pechmann ebenfalls als Sachverständigen zu laden sowie ferner den früheren Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Generalleutnant v. Liebert und den Afrikaner v. Thielmann. Generalleutnant v. Liebert ist einer der ältesten Afrikaner und hat als Begleiter des Dr. Peters die Emin Pascha-Expedition mitgemacht. Er kennt die ganze menschliche und kolonialpolitische Tätigkeit des Dr. Peters nicht nur von Hörensagen und kann uns am besten Auskunft geben über die gesamte Individualität des Dr. Peters als Mensch, Beamter und Kolonist. — Vert. Falk: Der Ladung der Herren v. Liebert und Thielmann stimme ich zu, dagegen widerspreche ich der Vernehmung des Herrn v. Pechmann. Dieser war von Dr. Peters abhängig und ist

#### der Mißthats verdächtig

an der Dr. Peters zur Last gelegten Handlung. — Das Gericht beschließt die telegraphische Ladung der Herren v. Liebert und Thielmann als Sachverständige unter der Voraussetzung, daß ein Kostenvorschuß von 400 M. seitens des Privatklägers geleistet werde. (Weiterleit.) — Justizrat Sello: Ich möchte nochmals daran erinnern, daß wir auf dem Standpunkte stehen, daß es sich im gegenwärtigen Prozeß lediglich um die Frage handelt, ob Dr. Peters einen Brief ge-

schrieben hat, der Rehnlichkeit mit dem Briefe hat, den er nach Auslage des Abgeordneten Vebel geschrieben und in dem er ein Geständnis abgelegt haben soll. Wir werden deshalb nicht der Erörterung aus dem Wege gehen können, ob Dr. Peters diese Handlungen begangen zu haben zugestanden hat. Jeder weiteren Ausdehnung der Verhandlung werden wir uns widersetzen, nicht weil wir einer ausgedehnten Erörterung aus dem Wege gehen wollen, sondern weil ein solcher Peters-Prozess bereits schwebt. Er schwebt in München, wo er in erster Instanz für Dr. Peters einen sehr günstigen Ausgang genommen hat, und er kommt demnächst in zweiter Instanz zur Verhandlung, da von beiden Seiten Berufung eingelegt worden ist. Wir haben keinen Anlaß, diesen Peters-Prozess zu verdoppeln, nicht weil wir Feinde des Dr. Peters sind und den afrikanischen Rehnlichkeit fürchten, sondern wir widerlegen uns der Ausdehnung auf das britische Gebiet. Hier handelt es sich darum, ob Dr. Peters am 8. April 1903 einen ähnlichen Brief, wie ihn der Abg. Vebel bezeichnet hat, geschrieben hat. — Dr. Peters: Ich habe in Deutschland jetzt oftmals Veranlassung gehabt, wegen Beleidigung zu klagen. Wenn jeder Prozeß, den ich für den Rest meines Lebens führe, sich andrücken soll zu einem Tribunal über mein ganzes Leben als Afrikaner, Beamter und Kolonist, so könnte ich davon Abstand nehmen, künftig wegen Beleidigung zu klagen. Ich habe nicht Lust, eine solche Ausweitung des Klageverfahrens zuzulassen. Der Verteidiger hat auf Grund eines Briefes, den er nicht kennt, schon Schlußfolgerungen gezogen und Behauptungen aufgestellt. Ich konstatiere hier öffentlich, mit welchen Mitteln die Verteidigung arbeitet. — Verteidiger Falk: Dr. Peters hat es für richtig befunden, von einer Ausweitung des Privatlebens zu sprechen und von den Mitteln der Verteidigung. Ich erkläre, die Beweisaufnahme kann hier in keinem Punkte abgeschritten werden, selbst wenn sie nicht zum Thema probandi gehört. Ich verlange darum — ich bitte — daß mit Rücksicht auf das Strafmaß Beweis erhoben werde. Es ist ein Unterschied, ob ich jemand beleidige, der ein tabellarischer Ehrenmann ist, oder jemand, der sich irgend etwas hat zu schulden kommen lassen. Ich kenne genau die beiden Uebersetzungen des Briefes, die existieren: die Uebersetzung der „Kölnischen Zeitung“ und die Uebersetzung bei Dr. Scharlach.

Das Gericht lehnt die weitere von Dr. Falk beantragte Zeugenernehmung ab. — Vert. Sello zieht den Antrag auf Vernehmung des Herrn v. Pechmann als Sachverständigen zurück. Dann tritt wiederum eine längere Pause ein.

Nach der Pause wird zunächst beschlossen, daß zu der kommissarischen Vernehmung in Stuttgart auch der Protokollführer des Gerichtshofes aus Köln mitgenommen werden soll. Es werden dann sofort Disziplinarurteile gegen Peters verlesen. Sowohl die Disziplinarkammer für Reichsbeamte wie der Disziplinarkhof in Leipzig haben bekanntlich die Amtsenthebung gegen Dr. Peters ausgesprochen. Dr. Peters hat sich, wie noch erinnertlich sein dürfte, in dem Münchener Prozeß im Sommer vorigen Jahres lange gekräutert, die Urteile herauszugeben; er erklärte, daß sie auf unrichtigen Voraussetzungen beruhten und er infolgedessen genötigt sein würde, wenn er sie herausgäbe, gleichzeitig einen umfangreichen Gegenbeweis anzutreten. Das Auswärtige Amt, die damals dem Reichskolonialamt noch übergeordnete Behörde, hatte gleichfalls die Herausgabe der Peters-Akten abgelehnt. Alsdann aber Peters' Prozeßgegner einen Gerichtsbeschluß herbeizuführen suchte, der Dr. Peters die Herausgabe der Akten auferlegen sollte, legte diese beiden Urteile vor. Ihr Inhalt ist seitdem bekannt, der Vorfall auch in einer im Verlage der „Münchener Post“ erschienenen Broschüre veröffentlicht. In der Verhandlung wird zunächst das erste Urteil verlesen. Nach Vernehmung der Verlesenen nimmt Dr. Peters das Wort: Diese Urteile sind von uns niemals als juristisch einwandfreie Dokumente akzeptiert worden. Ich wenigstens habe das niemals getan. Ich will nicht die bona fides der Herren, die die Urteile gefaßt haben, bezweifeln. Auf zwei Punkte möchte ich jetzt gleich antworten. Mein Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Rosenthal in München, hat auch mehrere juristische Einwände gegen die Urteile erhoben. Ich beantrage auch seine Broschüre nachher zu verlesen. — Justizrat Sello (zu Dr. Peters): Das ist prozessual unzulässig. Wir können den Inhalt nur mündlich vortragen. — Dr. Peters: Dann für jetzt nur einen Punkt. Man hat mir in den Urteilen den Vorwurf gemacht, daß ich an den Gouverneur v. Soden falsche Berichte erstattet hätte. Diesen Vorwurf habe ich immer besonders unheimlich empfunden. Man hat gesagt, daß ich die Expedition gegen den Häuptling Malamia dadurch hervorgerufen hätte, daß ich die Herausgabe der drei weggelaufenen Weiber verlangte. Das erkläre ich hier öffentlich für eine Unwahrscheinlichkeit. Ich möchte gar nicht, wo die drei weggelaufenen Weiber waren. Ich schickte zu dem mir befreundeten Häuptling Mareale, um ihn um Auskunft zu bitten, ob er wisse, wo die Weiber seien. Er erklärte mir, daß er es nicht wisse, daß ich aber zu Malamia schicken könnte, bei dem der Vater eines der Mädchen wohne. Sie können mir glauben, es handelte sich da nicht um sexuelle Fragen, sondern um etwas ganz anderes, wenn Eingeborene weglassen. Ich erkläre, daß damit endlich diese Anschuldigungen aus der deutschen Presse verschwinden: Ich habe durchaus nicht falsch berichtet. Ich ließ nun zu Malamia hinschicken und verlangte, daß er mir den Mann herüberbringen sollte, damit ich ihn nach dem Verbleib der Leute vernehmen könnte. Malamia verhödete meine Abgesandten, riß die deutsche Flagge herunter, tanzte auf ihr herum und sagte: Die Deutschen seien Schlappschwänze, sie hätten sich auch von den Wägen schlagen lassen. Ich schickte dem Mann

#### einige Granaten

in sein Lager herüber, da hatte er die Unverschämtheit — jeder Afrikaner wird mir zugeben, daß das eine Unverschämtheit ist, zu sagen: das sei kein Kunststück, aus der sicheren Station die Granaten herüber zu schinden, ich sollte einmal in seine Residenz kommen. Das habe ich auch getan. Ich schickte den Unteroffizier Wilhelm herüber, der auch eine Nagia abhielt. — Vors.: Das sieht ja aber alles in den verlesenen Urteilen.

Dr. Peters: Das sieht aber auch das Falsche, daß ich die Herausgabe der drei Weiber verlangt hätte, das ist nicht richtig. — Vert. Rechtsanw. Falk: Auf diese Aussage haben wir sehr energisch, aber auch sehr energisch und ansäuflich zu erwidern: Dr. Peters: Ich habe noch einen weiteren Punkt zu berühren. Die Station am Allmandscharo soll nicht gefährdet gewesen sein. Tatsächlich war sie es aber von allen Seiten, besonders von der Rückseite, wo der Sohn des Häuptlings mit den Rebellen ging, während ich dem Häuptling die deutsche Flagge gegeben hatte. Er stand allein unter meinem Schutze und hat mich um Schutz, als er von den anderen Häuptlingen angegriffen wurde. Ich befand mich also in großer Bedrängnis. Drei meiner Voten waren dazu aufgegriffen und in schändlichster Weise verurteilt worden. Ich stand dort unten als kaiserlicher Kommissar und hatte von Dr. Majestät den Auftrag erhalten, das dortige Gebiet der deutschen Herrschaft einzuverleiben. Durfte ich da tatlos bleiben, zumal ich mich stark genug fühlte? Es ist wahrlich kein Vergnügen, in Afrika zu stehen. Wenn ich den Weg der kriegerischen Lösung betrachte, so tat ich das, weil ich es für notwendig hielt. Niemand kann mich deswegen zur Verantwortung ziehen. Das sei hiermit vor aller Öffentlichkeit festgestellt (Dr. Peters wendet sich während seiner Ausführungen wiederholt direkt zu dem überfüllten Zuschauerraum). Ich brauchte auch bei der Hinrichtung des Wadral und der Jagodja keinen Beistand zuzuziehen, ich hatte diktatorische Gewalt über Leben und Tod der Schwarzen. Ich wurde nach dem Allmandscharo geschickt, nachdem ich die Emin Pascha-Expedition durchgeführt hatte. Ich hatte sie durchgeführt, teilweise mit Diplomatie, teilweise aber mit Kriegsgewalt. Aus meiner Verurteilung zum Reichskommissar an

den Allmandscharo entnahm ich, daß die Mittel, die ich angewendet hatte, gebilligt wurden. Man gab mir ja auch volle Freiheit in meinen Entscheidungen, und erst nach Jahren wurde ich damit wegen eines bestimmten Falles unter Anklage gestellt. Ich will, daß die Wahrheit endlich an den Tag kommt, deshalb projiziere ich gegen jene Herren. Ich beschwöre mich über die „Kölnische Zeitung“ und Herrn v. Bennigsen, weil sie kritisch die alten Unwahrheiten weitergetragen haben. Ich soll zu den Leuten am Allmandscharo gesagt haben, sie sollten alles verschweigen, sonst belämen sie keine Träger. In Wirklichkeit habe ich die betreffenden Herren

#### 12 Stunden hängen lassen,

damit sie jeder sehen könnte. Es gibt übrigens kein Mittel, etwas unter den Farbigen zu verbreiten, als wenn man ihnen sagt, sie sollten nicht verraten. Ich wollte im Gegenteil mit meinen harten Mitteln die rebellischen Häuptlinge einschüchtern. Dann sagt man, ich hätte die Hinrichtung durch den Jungen Wiest nicht vornehmen lassen dürfen ohne Zustimmung des führenden Offiziers. Darauf kann ich nur sagen, daß es mir gar nicht möglich gewesen wäre, über den Kopf des früheren Offiziers Bronzart v. Schellendorf hinweg dem Unteroffizier zu beschließen die Hinrichtung auszuführen. Wenn ich es dennoch getan hätte, hätte Bronzart v. Schellendorf sofort nach Dar-es-Salaam berichten müssen. Das hat er aber nicht getan. Er hat noch nach diesem Verfahren bis 1905 mit mir freundschaftlich verkehrt und hat in Briefen seine Anerkennung für meine Tätigkeit am Allmandscharo zum Ausdruck gebracht. Erst 1905 lagte er plötzlich, ich hätte aber seinen Kopf hinweg einem Unteroffizier einen militärischen Befehl erteilt. Ich will die bona fides der Herren, die das Urteil gegen mich gefaßt haben, nicht bezweifeln, aber für mich sind die Urteile in keiner Weise maßgebend. — Vert. Dr. Falk: Die Erklärungen, die irgend ein Angeklagter gegen die ihn aburteilenden Richter und gegen die Urteile selbst losläßt, können natürlich die Feststellungen des Urteils in keiner Weise entkräften. Es wird Sache der freien richterlichen Beweiswürdigung sein, zu prüfen, welche Bedeutung die Feststellungen dieser beiden Urteile für das Igl. Schöffengericht in Köln haben. Ich will Herrn Dr. Peters deshalb nicht folgen, sondern an ihn nur die kurze Frage richten: Hat Exzellenz Gouverneur v. Soden ausgefragt, daß Dr. Peters ihm nicht zu berichten brauchte? Ist das richtig?

Peters: Bei gerichtlichen Maßnahmen, wie der Hinrichtung des Wadral und der Jagodja brauchte ich nicht zu berichten. Allerdings will ich zugeben, daß es Exzellenz v. Soden vielleicht erwartet hat — Dr. Falk: Soll das der Inhalt der Aussage des Freiherrn v. Soden in dem Prozeß gegen Dr. Friedl Martin sein. — Justizrat Sello: Nein, gegen die „Münchener Post“. — Vert. Falk: In dem Prozeß gegen Dr. Martin hat Exzellenz v. Soden eidlich bekundet, daß ein Bericht

#### notwendig

gewesen sei. — Justizrat Sello: Dann bitte ich Herrn v. Soden über diesen Widerspruch zu befragen. — v. Bennigsen: Ueber die Lage am Allmandscharo können wir uns erst klar werden, wenn die Zeugen und Sachverständigen vernommen sind. Ich werde erst dann Gelegenheit nehmen, meinen Standpunkt darzulegen. Ich bitte Herrn Dr. Peters, folgende Fragen zu beantworten: Er hat erklärt, er habe nicht gewußt, wo die Jagodja gewesen sei, ob bei dem Wadral oder bei dem Mariale oder beim Malamia. Wo sollte denn eigentlich die Jagodja spinirt haben? — Dr. Peters: Zuerst nahm ich an, daß sie zu Mariale gegangen sei. Beim Malamia fand ich sie aber auch nicht, folglich mußte sie bei Wadral sein und spinirt haben. Sie soll schließlich bei Malamia gewesen sein, den ich wegen Rebellion zum Tode verurteilt hatte, den ich aber nicht bekommen hatte, so daß er wahrscheinlich heute noch lebt. (Weiterleit.) Dagegen belam ich den Vater und Bruder des Malamia; aus deren Aussagen und aus den Behauptungen der Stationsweiber erfahre ich, daß die Jagodja alle Mädchen zu Malamia führen sollte. — Vors.: Und deshalb haben Sie wohl auch die Jagodja für die Mörderin gehalten? — Dr. Peters: Ja, außerdem gelangt sie es selbst zu. — v. Bennigsen: Gibt Dr. Peters zu, daß Bischof Smithies kein Deutschenfeind war und daß er erklärt hat, einen Mörder empfangen zu nicht, mit dem wolle er nichts zu tun haben? — Dr. Peters: Das Smithies hinter meinem Rücken über mich gesagt hat, weiß ich nicht. Wenn er es mir gesagt hätte, würde er etwas anderes von mir zu hören bekommen haben. Im übrigen kann ich nur sagen, daß ich damals trotz aller Sympathien für England gegen die britischen Missionen sehr vorsichtig war. Ich wachte, daß britische Juristen gegen Deutschland im Werke waren, daß man uns das Allmandscharogebiet freitig zu machen suchte. Ob speziell Smithies deutschfreundlich oder feindlich war, weiß ich nicht. Ich sagte mir nur beim Schreiben des fraglichen Briefes: warum sollte du dich vor dem britischen Missionar rechtfertigen? — Deshalb unterließ ich die Abhandlung des ersten Briefes und sandte den zweiten Brief ab, der weniger entgegenkommend, ja ein bißchen höhnisch gegenüber Smithies war. — Rechtsanw. Falk: Wir wollen durch das Zeugnis des Vater Uder beweisen, daß Smithies kein Deutschenfeind, sondern ein vornehmer und loyaler Mann war, gleichwohl hat er über Dr. Peters gesagt, daß er mit einem Mörder nichts zu tun haben wolle. — Vors.: Wollen Sie auch beweisen, daß der Kläger um diese Anerkennung gewußt hat? — Rechtsanw. Falk: Nein das nicht. — v. Bennigsen: Ich möchte durch das Zeugnis des Vater Uder auch noch feststellen, daß Smithies überhaupt nichts mit dem Allmandscharo zu tun hatte. Bischof für den Allmandscharo war Luder und Bischof für Janyibar war Smithies. — Justizrat Sello: Das Herr Smithies über Herrn Dr. Peters gesagt hat, ist für uns ebenso gleichgültig, als wenn etwa die Redaktion des „Vorwärts“ den Dr. Peters „Hängepeters“ nennt. Die Anträge der Gegenpartei gehen auf Stimmungsmacherei hinaus und sind für die Beurteilung des vorliegenden Falles ganz belanglos. — Vert. Rechtsanw. Falk: Wir sollten doch vermeiden, einander persönlich anzugreifen. Wenn wir Anträge stellen, so tun wir es nicht um einer Stimmungsmacherei willen, sondern weil wir sie für erheblich halten. Das, was die Gegenpartei dazu sagt, betrifft unsere Auffassung nicht im geringsten. — Es wird dann das Urteil der kaiserlichen Disziplinarkammer in Leipzig, der Berufungsinstanz verlesen. — Justizrat Sello verläßt währenddessen den Saal. Als auch Peters den Saal verlassen will, macht ihn der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß ein Vertreter der Gegenpartei anwesend sein müsse. — Dr. Peters: Ich wollte nur hinausgehen, weil ich dachte, daß ich das, was in den Disziplinarurteilen steht, schon genügend kenne. Peters setzt sich also wieder, als jedoch Justizrat Sello den Saal wieder betritt, verläßt er ihn schleunigst. Die Verlesung des zweinstanzlichen Urteils wird nicht mehr zu Ende geführt. — Rechtsanw. Falk: Ich stelle den Antrag, den Sachverständigen Vater Uder auch als Zeugen über den Charakter des Bischof Smithies und die Erklärungen zu hören. Ich bitte ferner, die von mir genannten Zeugen durch das Gericht direkt laden zu lassen. — Vors.: Ja, vorausgesetzt, daß Sie für die Kosten aufkommen. — Justizrat Sello: Als die Gegenpartei hat es nicht nötig, einen Kostenvorschuss zu hinterlegen. — Vors.: Nein, die Gegenpartei ist in ganz Köln als sehr zahlungsfähig bekannt. (Große Heiterkeit.) Die weitere Verhandlung wird auf Mittwoch 9 Uhr vertagt.

### Der Wechsel im Berliner Polizeipräsidium.

Nun ist es doch wahr geworden, was kürzlich als unbewährtes Gerücht umherlief, daß der Polizeipräsident v. Porries seinen jetzigen Posten verläßt, um eine höhere Stellung einzunehmen. Zwar geht er nicht, wie manche Leute anfänglich wissen wollten, als Regierungspräsident nach Arnberg, aber doch in eine gleiche

Stellung nach Magdeburg. Wie sich Herr v. Vorries einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatt“ gegenüber geäußert hat, sei ihm die Ernennung eines Nachfolgers vollständig überraschend gekommen; allerdings habe er vor einiger Zeit den Minister des Innern gebeten, ihn mit Rücksicht auf seine Neigen auf einen ruhigeren Posten zu versetzen. Ob das Amt eines Regierungspräsidenten für Magdeburg ein solches ist, entzieht sich unserer Kenntnis, es muß aber wohl angenommen werden, da Herr v. Vorries „oben“ sehr in Gunst stand und man gewiß bereit war, seinen Wünschen zu entsprechen. An seine Stelle tritt der Landrat des Kreises Teltow-Weesow, Herr v. Stubentrauch.

Wie immer, wenn in hohen Stellen ein Wechsel eintritt, beizt sich die bürgerliche Presse, den scheidenden Personen Weisrausch zu streuen und die neuen mit großen Hoffnungen zu empfangen. Das geschieht auch im vorliegenden Falle. Wir haben keine Ursache, in diesen Ton einzustimmen. Ein Personenwechsel in leitenden Stellen ist für uns von sehr sekundärer Bedeutung; das System bleibt, das können wir auch von dem gegenwärtigen Wechsel im Berliner Polizeipräsidenten sagen.

Das „Berliner Tageblatt“ rühmt dem scheidenden Polizeipräsidenten nach:

„In den fünf Jahren, die er als Nachfolger des Herrn v. Windheim Chef der Berliner Polizeiverwaltung gewesen ist, hat sich vieles geändert. Herr v. Vorries genießt trotz seines zurückhaltenden Wesens, trotz seiner Scheu, persönlich aufzusehen in den Vordergrund zu treten, eine gewisse Popularität in Berlin — ein Beweis, daß seine Leitung des Polizeiwesens den Wünschen und Gewohnheiten der Berliner Bevölkerung entgegenkam. Auch Herr v. Vorries sind nicht alle Mühenräume gerecht, viele Aufgaben waren nach ihrer Lösung; aber die Schaffung der Verkehrskommandos nach Londoner Muster, die radelnden Schutzmannspatrullen, ein höflicher Ton der ausführenden Organe dem Publikum gegenüber, das sind Verdienste, die Anerkennung fordern. Der wachsenden Bedeutung Berlins als Fremdenstadt hat der demnächst scheidende Polizeipräsident auch auf seinem Arbeitsgebiet seine Rechnung getragen, und man kann ihm das Zeugnis nicht verweigern, daß er das Verkehrswesen von Groß-Berlin mit Anteil verfolgt hat.“

Was hier das „Tageblatt“ von dem Wirken des Herrn v. Vorries zu sagen weiß, ist nicht allzuviel und auch nicht einmal vollständig richtig. Soweit uns bekannt ist, eine durchgreifende Reform auf dem Gebiete des Polizeiwesens unter der Leitung des Herrn v. Vorries nicht erfolgt. Es ist richtig, daß der scheidende Polizeipräsident den Wunsch hatte und ihn auch durchzuführen suchte, daß die Polizei dem Publikum gegenüber sich eines höflichen Tones bedienen sollte. Diese läbliche Absicht hat er aber nicht durchzuführen vermocht und polizeiliche Uebergriffe gegen das Publikum sind unter ihm keineswegs seltener geworden. Viele Personen, die schon auf der Polizeiwache zu tun hatten, werden uns diese Behauptung gern bestätigen.

Dagegen aber müssen wir uns wenden, wenn Herrn v. Vorries in puncto der Verkehrspolitik ein Loblied gesungen wird. Das „Berliner Tageblatt“ braucht sich nur bei einigen ihm besonders nahestehenden Berliner Stadtverordneten zu erkundigen, in welcher Weise gerade die Stadt Berlin in dieser Beziehung behandelt worden ist. Man komme nicht mit der Ausrede, daß der Berliner Polizeipräsident nur Mittler zwischen der Stadt und dem Eisenbahnministerium gewesen sei. Auch auf sein Konto sind langjährige Verzögerungen zu setzen. Monats- und jahrelange Mühe oft die Stadt auf einfache Anfragen an den Polizeipräsidenten warten, wie in einer im Vorjahre vom Magistrat vorgelegten Vorlage betreffend die Ausführung städtischer Linien urkundlich nachgewiesen wurde.

Ob und inwieweit das unter dem neuen Präsidenten Herrn v. Stubentrauch geändert werden wird, steht noch dahin. Dem neuen Manne wird nachgeredet, daß er gerade auf dem Gebiete des Verkehrswesens in seinem bisherigen Wirkungskreise durch die Förderung des Teltower Kanalprojektes und der Uebernahme der Schifffahrt und verschiedener Privatbahnen auf den Kreis einen „weiten Blick“ offenbart habe. Wenn es hiernach auf diesem Gebiete besser werden sollte, so sollte uns das sehr freuen.

Soweit die Arbeiterbewegung in Frage kommt, wird wohl durch den Wechsel keine erhebliche Aenderung eintreten. Eine reaktionäre Geseßgebung und Verwaltung benützt ja die Polizei nur als Mittel, um die aufstrebende Arbeiterbewegung niederzuhalten. Und der neue Mann hat ja nach dieser Richtung bereits den Befähigungsnachweis durch seine Verfolgung der Jugendorganisationen erbracht. Die „Post“ scheint speziell diese Aufgabe als die höchste anzusehen, indem sie schreibt:

„Die unter seinem Vorgänger Herrn v. Vorries eingeleitete erfolgreiche Bekämpfung der russischen Terroristen und ihrer sozialdemokratischen Gefolgschaft in Berlin wird von Herrn v. Stubentrauch sicherlich kräftig weitergeführt werden. Auch der immer gefährlicher auftretenden sozialdemokratischen Jugendorganisation wird Herr v. Stubentrauch in seinem neuen Amte besonders wirksam entgegenzutreten können. Die frische und herzbegehrende Art, mit der er den Bestrebungen organisationsbedürftiger „Stifte“ im Kreise Teltow entgegengetreten ist, sind noch in bester Erinnerung.“

Unsere Meinung nach gäbe es für einen geschickten Leiter des Berliner Polizeiwesens bessere Aufgaben als die Vergeudung zahlreicher Kräfte in einer nutzlosen, gänzlich überflüssigen Tätigkeit, wie es die Ueberwachung und Verfolgung der politischen Bewegungen und Vereine eine ist. Man nehme die Kräfte und benutze sie dazu, der Kriminalpolizei frisches Blut zuzuführen, damit die Zahl der unentdeckten Morde sich wenigstens in etwas vermindert. Daran wird man aber nach Lage der Sache kaum denken dürfen.

Wir glauben vielmehr, alles in allem genommen, daß der alte Jaden auch unter dem neuen Chef der Polizeiverwaltung ruhig weitergesponnen werden wird. Die Arbeiterbewegung wird das nicht weiter alterieren, sie wird unbefümmert um polizeiliche Schikanen und Drangsalierungen ihren Weg weitergehen.

## Gerichts-Zeitung.

**Ist das Verteilen von Bohrtottsflugblättern grober Unfug?**  
 Trotz der wiederholten Verneinung dieser Frage durch das Reichsgericht und Kammergerichte versuchen Gerichte unterer Ordnung und die Staatsanwaltschaft wiederholt zu einer entgegen-gesezten Auffassung in dieser klaren Frage zu gelangen. Wir können heute über drei Fälle berichten, in denen diese Frage abgeurteilt ist. Der erste Fall wurde vom Schöffengericht Lübben, die beiden anderen Fälle vom Kammergerichte entschieden.

Das Schöffengericht Lübben verurteilte, wie wir bereits kurz meldeten, 15 Arbeiter zu insgesamt 980 M. Geldstrafe (2 zu je 100 M., 13 zu je 60 M.) wegen „groben Unfugs“, weil 3 von ihnen Flugblätter verbreitet hatten, die von der Bohrtottierung des Lokals des Gastwirts Schneider in Steinkirchen Kenntnis gaben, die anderen 12 Passanten in anständiger Art von dem Sachverhalt in Kenntnis setzten. In diesem Fall liegt jetzt das schriftliche Erkenntnis vor. Die schriftliche Urteilsbegründung gipfelt in dem lapidaren Rechtsbegriff: „Nach der ständigen Rechtsprechung ist der Bohrtott überhaupt nur zur unmittelbaren Erlangung besserer Lohnbedingungen zulässig, die Bohrtottierung eines Lokals demnach in jedem Fall strafbar“. Die Berufungsinstanz wird wohl zur Freisprechung der Angeklagten kommen.

2. und 3. Fall: In den beiden dieser Tage vor dem Kammergerichte verhandelten Prozessen endete der eine mit der Freisprechung

der Angeklagten, während im zweiten vorläufig die Aufhebung ihrer Verurteilung erzielt wurde. Im ersten Prozeß handelte es sich um die Delegierten zum Brenzlauer Gewerkschaftstreffen, im zweiten um Genossen aus Venrath bei Düsseldorf. Der Sachverhalt war wie folgt:

Schulz, Klant, Schmidt, Jüschdorf und Schemel, die Mitglieder des Gewerkschaftslokals in Brenzlau, hatten unter den Mitgliedern der von ihnen vertretenen Gewerkschaften Flugblätter verbreitet, die ihnen den Besuch der einen Wirtschaft von Reicher nahelegten und zum Meiden der übrigen Lokale aufforderten, weil die Lokale ihre Räume zu Arbeiterversammlungen nicht hergaben. Das sollte nach dem Willen der Staatsanwaltschaft grober Unfug sein. Das Landgericht sprach jedoch die Angeklagten frei und führte aus: Die Absicht sei gewesen, den im Flugblatt aufgeführten Wirten die Arbeiterkundenschaft zu entziehen und sie so in ihrem Einkommen zu schmälern. Nach Verbreitung der Blätter sei auch ein Niedergang des Verkehrs eingetreten. Eine Belästigung und Beunruhigung der betroffenen Wirte sei mit der Handlung verbunden gewesen. Eine solche, durch Verbreitung von Flugblättern bewirkte Aufforderung zum Boykott sei an sich noch nicht strafbar. Wohl aber könne es strafbar sein als grober Unfug, wenn durch die Art und Weise der Verursachung oder durch die Art ihrer Veröffentlichung das Publikum in seiner Allgemeinheit unmittelbar belästigt werde, und zwar dergestalt, daß in dieser Belästigung zugleich eine Verletzung oder Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung zur Erscheinung komme. Die Belästigung oder Beunruhigung müsse hiernach eine unmittelbare Wirkung der fraglichen Handlung sein und sich direkt gegen das Publikum richten. Nicht aber sei der Tatbestand des groben Unfugs schon dann gegeben, wenn die gefährdende Handlung sich zunächst auf einen ganz bestimmten Personenkreis erstreckt. Sollte man auch im vorliegenden Falle annehmen, daß die Beunruhigung der Wirte auf andere (ihre Lieferanten usw.) weiterwirke, so wäre das doch keine unmittelbare Wirkung der Flugblattverbreitung, wie sie der Begriff des groben Unfugs erfordere, sondern nur eine mittelbare. Im übrigen sei nicht anzunehmen, daß die Handlung für sich allein geeignet gewesen wäre, den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung zu verletzen. Das Vorliegen groben Unfugs sei somit zu verneinen bei der hier in Betracht kommenden Handlung, die sich unmittelbar nur gegen einen bestimmten Personenkreis richtete.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein, der Rechtsanwalt Theodor Liebkecht vor dem zweiten Strafsenat des Kammergerichts mit Rechtsausführungen entgegen trat. Gemäß seinem Antrage verwarf der Senat die Revision der Staatsanwaltschaft mit der Begründung, daß kein Rechtsirrtum vorliege. Entscheidend sei die Feststellung, daß unmittelbar nur die bohrtottierten Gastwirte belästigt oder beunruhigt worden seien. Grober Unfug könne aber nur in Frage kommen, wenn das Publikum in seiner Allgemeinheit unmittelbar durch die Bohrtottierung belästigt wurde. Die Angeklagten seien mit Recht freigesprochen.

In der Venrather Sache liegen die Dinge infolgedessen anders, als die Angeklagten Arbeiter, Hüllehüter und Gruben, des Sonntags die Bohrtottzettel, herausgegeben von der Lokalkommission, auf der Strafe an Passanten verteilt hatten. Es handelte sich um die Bohrtottierung zweier Gastwirtschaften. Die Angeklagten wurden vom Landgericht Düsseldorf wegen groben Unfugs und wegen Verletzung einer öffentlich bemerkbaren Arbeit am Sonntag (Verordnung über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage) verurteilt. Das Düsseldorf Landgericht rechnete an sich mit dem Begriff des groben Unfugs, wie er im obigen Fall definiert worden ist, und führte dann aus: Die Verteilung der Bohrtottblätter sei geeignet gewesen, eine Beunruhigung und Belästigung herbeizuführen, nicht bloß bei den bohrtottierten Wirten, sondern bei allen Geschäftleuten, die von der Arbeiterkundenschaft abhängig seien. Aber auch die Möglichkeit einer Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung sei vorhanden. Es läge die Möglichkeit nahe, daß von den Wirten abhängige Personen und auch gewisse Gäste zu offenem Widerstand gegen die Bohrtottierung und ihre Maßnahmen angereizt würden und daß es so vielleicht zu Menschenansammlungen vor dem Lokal und zu Zersplitterungen kommen könne. Es sei also auch die Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung zu befürchten und damit die weitere Voraussetzung des groben Unfugs gegeben.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts, der in dieser Sache zu verhandeln hatte, gab am 6. Januar der von Rechtsanwalt Dr. Krawinkel aus Düsseldorf vertretenen Revision statt, hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Die Feststellungen reichten in bezug auf groben Unfug nicht aus. Es sei nur die abstrakte (allgemeine) Möglichkeit einer Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung festgestellt. Das genüge jedoch nicht. Im bestimmten Einzelfalle müsse der äußere Bestand der öffentlichen Ordnung gefährdet erscheinen. Das sei nachzuprüfen. Ferner seien noch nähere Feststellungen hinsichtlich der Anwendbarkeit der Verordnung über die äußere Heiligung der Sonntage erforderlich.

## Sports-Belaidigungsprozesse.

Ein Belaidigungsprozeß, dessen Ergebnis in Sportkreisen seit mehreren Monaten mit großer Spannung erwartet wurde, wurde gestern vor der 147. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte verhandelt. Wegen Belaidigung des bekannten englischen Jockeys Barne war der Sportredakteur der „V. Z. am Mittag“, Dr. Donath angeklagt. — In einer Nummer der „V. Z. am Mittag“ erschien im November v. J. ein Artikel, welcher sich mit der Lizenzverweigerung gegenüber dem Jockey Barne beschäftigte. Diesem war von der technischen Kommission des „Union-Klubs“ mitgeteilt worden, daß ihm jedes weitere Lizenzgesuch für die hiesigen Rennbahnen in Zukunft verweigert würde. Begründet wurde diese Lizenzverweigerung damit, daß Barne wiederholt fahrlässig geritten war. In den Kreisen der Leute, die in Ermangelung anderen Verdienstes „mit Pferdeverstand“ ausgedrückt sein wollen, wollte man jedoch noch mehr darüber wissen, weshalb dem sehr erfolgreichen Jockey die Lizenz verweigert worden war. Es wurden allerlei Gerüchte in diesen Kreisen folpertiert, denen die „V. Z. am Mittag“ Raum gab. In dem zur Anklage stehenden Artikel wurde u. a. auf einen Vorfall auf der Dresdener Rennbahn Bezug genommen. In dem „Preis von Struppen“ ritt Barne ein Pferd „Vera“, welches allgemein als Favorit galt und hoch bewertet wurde. „Vera“ landete aber als Leher im Feld, während der Sieg von „Koralie“ davongetragen wurde. Es wurde nun die Behauptung aufgestellt, Barne habe „Vera“ „gegullt“, um der von ihm selbst gewählten „Koralie“ zum Siege zu verhelfen. In dem Artikel wurde dem Kläger deshalb der Vorwurf „betrügerischen Reitens“ gemacht. Wegen dieses Vorwurfs stellte Barne Strafantrag wegen Belaidigung gegen Dr. Donath, der den fraglichen Artikel verantwortlich gezeichnet hatte. Nach einer mehrstündigen Beweisaufnahme, in der eine Reihe Zeugen vernommen wurden, kam folgender Vergleich zustande: Nachdem die Verhandlung keinen Beweis für ein betrügerisches Reiten des Herrn Barne ergeben hat, nimmt der Beklagte die in dem Artikel der „V. Z. am Mittag“ ausgesprochene Behauptung des betrügerischen Reitens zurück. Das Verfahren wurde hierauf eingestellt.

## Zur Lage der Postbeamten.

Ein Postbeamter mußte sich gestern in der Person des Oberpostamts August Lehmann vor der I. Strafkammer des Landgerichts II wegen Unterschlagung im Amte verantworten. — Der Angeklagte ist seit vielen Jahren bei der Postbehörde angestellt und hat stets seinen Dienst gewissenhaft und treu versehen, so daß ihm seine Vorgesetzten das beste Zeugnis ausstellten. Zuletzt war er, auf dem Postamt 20 in der Bergmannstraße in der Briefabfertigung beschäftigt. Im Herbst d. J. liefen eine große Anzahl Beschwerden ein, daß Briefe, die bei dem Postamt 20 ausgegeben oder dort eingelassen waren, entweder vollkommen verschwunden oder Spuren zeigten, daß sie schon einmal geöffnet worden waren. Da die verschwundenen Briefe sämtlich kleinere Geldsummen und

Papiere enthielten hatten, lag der Verdacht nahe, daß auf dem Postamt ein Postmarder sein Wesen trieb. Auf den Angeklagten fiel nicht der geringste Verdacht. Erst als mit Hilfe besonders präparierter Briefe festgestellt wurde, daß die übrigen dort angestellten Postbeamten nicht die Täter sein konnten, wurde ein derartiger Brief auch unter die Postfächer gemischt, die durch die Hände des Angeklagten gingen. Nunmehr stellte es sich heraus, daß Lehmann tatsächlich der Briefmarder war. Eine Durchsuchung förderte aus seinen Taschen noch mehrere andere Briefe zutage, die der Angeklagte an demselben Tage unterschlagen hatte. Der auf frischer Tat ertappte Angeklagte legte sofort ein offenes und räumliches Geständnis ab und bekannte unter Tränen, daß ihm die Not, in die er durch eine schwere Krankheit seiner Frau geraten sei, zu den Verfehlungen verleitet habe. In der gestrigen Verhandlung gab außerdem Beizinalrat Dr. Hoffmann sein Gutachten dahin ab, daß bei dem Angeklagten eine erhebliche geistige Minderwertigkeit vorliege. Das Gericht erkannte auf 4 Monate Gefängnis und beschloß eine bedingte Vergnügung des Angeklagten zu bewilligen.

## Heilmittelschwindel „Augenwohl“.

In einer großen Anzahl bürgerlicher Zeitungen erschien vor einiger Zeit die Gesellschaft „Augenwohl“ große marktärztliche Augen, in denen sie unter der Bezeichnung „Augenwohl“ ein Mittel empfahl, durch dessen Gebrauch das Tragen von Brillen überflüssig, jähwache und kranke Augen gesund würden. Der Stadtrat zu Chemnitz veranlaßte ein Strafverfahren gegen den Geschäftsführer der Gesellschaft, Kaufmann Müller in Berlin, der vom Schöffengericht Chemnitz wegen Uebertretung der sächsischen Verordnung vom 14. Juli 1907, den Verkauf von Heilmitteln betr., mit 150 Mark Geldstrafe belegt wurde. Dagegen hatte Müller Berufung eingelegt. Das Landgericht verworf diese. — Vom gerichtlichen Sachverständigen wurde „Augenwohl“ unzweifelhaft als völlig wertlos und der dafür verlangte Preis als weit über den Wert seiner Ingredienzen hinausgehend bezeichnet. Es besteht „Augenwohl“ aus Kochsalz, Borsaure, Glyzerin und Alkohol, ist gelb gefärbt und mit Rosenöl parfümiert.

Unverständlich ist, weshalb bei diesem Tatbestand nicht gegen die für die Gesellschaft Verantwortlichen wegen Betruges und gegen die bürgerlichen Blätter wegen Weisung hierzu vorgegangen wurde.

## Vermischtes.

**Der verhungerte Pfarrer!** Wie der „Landesbote“ in Baden-Baden meldet, fand man den Pfarrer der altthätigen Kirchengemeinde, der nach Ablauf seiner Probezeit von dem Kirchenausschuß nicht gewählt und dessen Verletzung nach Zustimmung auf den 6. Januar vorgesehen war, halb verhungert und erfroren in seinem Bette, so daß die Ueberführung ins Krankenhaus erforderlich war. Schon zur Abhaltung der Weihnachtsfeier war der Pfarrer nicht erschienen. Er war damals nirgends aufzufinden, bis am 4. Januar die Tür erbrochen wurde.

**Erfroren aufgefunden** wurde nach einer Meldung aus St. Ingbert der Waldarbeiter Adam Reger aus Hohenecken und ein 66-jähriger Invalide von Reichenbach.

**Gelesen!** Ein von Flume nach Belgia abgegangenes Segelschiff wurde einer Meldung aus Triest zufolge vom Sturme zum Kentern gebracht. Trotzdem ein Regierungsdampfer zur Rettung abgegangen, konnte weder von dem Schiffe noch seinen Insassen eine Spur gefunden werden.

**Gerettet.** Eine Meldung aus Duca-Ston von gestern besagt: Der Dampfer der Canadian Pacific-Eisenbahngesellschaft „Mount Royal“ von Antwerpen nach St. John (New-Braunswick) mit 281 Auswanderern unterwegs, der seit 17 Tagen überfällig war passierte heute Kinfaul auf dem Wege nach Lunenburg.

**Berliner Marktpreise.** Aus dem amtlichen Bericht der Reichsstatistik-Direktion. (Großhandl.) Getreidestück 1a 70—72, 2a 68—70, 3a 64—66, 4a 58—60, 5a 54—56, 6a 50—52, 7a 46—48, 8a 42—44, 9a 38—40, 10a 34—36, 11a 30—32, 12a 26—28, 13a 22—24, 14a 18—20, 15a 14—16, 16a 10—12, 17a 6—8, 18a 2—4, 19a 2—4, 20a 2—4, 21a 2—4, 22a 2—4, 23a 2—4, 24a 2—4, 25a 2—4, 26a 2—4, 27a 2—4, 28a 2—4, 29a 2—4, 30a 2—4, 31a 2—4, 32a 2—4, 33a 2—4, 34a 2—4, 35a 2—4, 36a 2—4, 37a 2—4, 38a 2—4, 39a 2—4, 40a 2—4, 41a 2—4, 42a 2—4, 43a 2—4, 44a 2—4, 45a 2—4, 46a 2—4, 47a 2—4, 48a 2—4, 49a 2—4, 50a 2—4, 51a 2—4, 52a 2—4, 53a 2—4, 54a 2—4, 55a 2—4, 56a 2—4, 57a 2—4, 58a 2—4, 59a 2—4, 60a 2—4, 61a 2—4, 62a 2—4, 63a 2—4, 64a 2—4, 65a 2—4, 66a 2—4, 67a 2—4, 68a 2—4, 69a 2—4, 70a 2—4, 71a 2—4, 72a 2—4, 73a 2—4, 74a 2—4, 75a 2—4, 76a 2—4, 77a 2—4, 78a 2—4, 79a 2—4, 80a 2—4, 81a 2—4, 82a 2—4, 83a 2—4, 84a 2—4, 85a 2—4, 86a 2—4, 87a 2—4, 88a 2—4, 89a 2—4, 90a 2—4, 91a 2—4, 92a 2—4, 93a 2—4, 94a 2—4, 95a 2—4, 96a 2—4, 97a 2—4, 98a 2—4, 99a 2—4, 100a 2—4, 101a 2—4, 102a 2—4, 103a 2—4, 104a 2—4, 105a 2—4, 106a 2—4, 107a 2—4, 108a 2—4, 109a 2—4, 110a 2—4, 111a 2—4, 112a 2—4, 113a 2—4, 114a 2—4, 115a 2—4, 116a 2—4, 117a 2—4, 118a 2—4, 119a 2—4, 120a 2—4, 121a 2—4, 122a 2—4, 123a 2—4, 124a 2—4, 125a 2—4, 126a 2—4, 127a 2—4, 128a 2—4, 129a 2—4, 130a 2—4, 131a 2—4, 132a 2—4, 133a 2—4, 134a 2—4, 135a 2—4, 136a 2—4, 137a 2—4, 138a 2—4, 139a 2—4, 140a 2—4, 141a 2—4, 142a 2—4, 143a 2—4, 144a 2—4, 145a 2—4, 146a 2—4, 147a 2—4, 148a 2—4, 149a 2—4, 150a 2—4, 151a 2—4, 152a 2—4, 153a 2—4, 154a 2—4, 155a 2—4, 156a 2—4, 157a 2—4, 158a 2—4, 159a 2—4, 160a 2—4, 161a 2—4, 162a 2—4, 163a 2—4, 164a 2—4, 165a 2—4, 166a 2—4, 167a 2—4, 168a 2—4, 169a 2—4, 170a 2—4, 171a 2—4, 172a 2—4, 173a 2—4, 174a 2—4, 175a 2—4, 176a 2—4, 177a 2—4, 178a 2—4, 179a 2—4, 180a 2—4, 181a 2—4, 182a 2—4, 183a 2—4, 184a 2—4, 185a 2—4, 186a 2—4, 187a 2—4, 188a 2—4, 189a 2—4, 190a 2—4, 191a 2—4, 192a 2—4, 193a 2—4, 194a 2—4, 195a 2—4, 196a 2—4, 197a 2—4, 198a 2—4, 199a 2—4, 200a 2—4, 201a 2—4, 202a 2—4, 203a 2—4, 204a 2—4, 205a 2—4, 206a 2—4, 207a 2—4, 208a 2—4, 209a 2—4, 210a 2—4, 211a 2—4, 212a 2—4, 213a 2—4, 214a 2—4, 215a 2—4, 216a 2—4, 217a 2—4, 218a 2—4, 219a 2—4, 220a 2—4, 221a 2—4, 222a 2—4, 223a 2—4, 224a 2—4, 225a 2—4, 226a 2—4, 227a 2—4, 228a 2—4, 229a 2—4, 230a 2—4, 231a 2—4, 232a 2—4, 233a 2—4, 234a 2—4, 235a 2—4, 236a 2—4, 237a 2—4, 238a 2—4, 239a 2—4, 240a 2—4, 241a 2—4, 242a 2—4, 243a 2—4, 244a 2—4, 245a 2—4, 246a 2—4, 247a 2—4, 248a 2—4, 249a 2—4, 250a 2—4, 251a 2—4, 252a 2—4, 253a 2—4, 254a 2—4, 255a 2—4, 256a 2—4, 257a 2—4, 258a 2—4, 259a 2—4, 260a 2—4, 261a 2—4, 262a 2—4, 263a 2—4, 264a 2—4, 265a 2—4, 266a 2—4, 267a 2—4, 268a 2—4, 269a 2—4, 270a 2—4, 271a 2—4, 272a 2—4, 273a 2—4, 274a 2—4, 275a 2—4, 276a 2—4, 277a 2—4, 278a 2—4, 279a 2—4, 280a 2—4, 281a 2—4, 282a 2—4, 283a 2—4, 284a 2—4, 285a 2—4, 286a 2—4, 287a 2—4, 288a 2—4, 289a 2—4, 290a 2—4, 291a 2—4, 292a 2—4, 293a 2—4, 294a 2—4, 295a 2—4, 296a 2—4, 297a 2—4, 298a 2—4, 299a 2—4, 300a 2—4, 301a 2—4, 302a 2—4, 303a 2—4, 304a 2—4, 305a 2—4, 306a 2—4, 307a 2—4, 308a 2—4, 309a 2—4, 310a 2—4, 311a 2—4, 312a 2—4, 313a 2—4, 314a 2—4, 315a 2—4, 316a 2—4, 317a 2—4, 318a 2—4, 319a 2—4, 320a 2—4, 321a 2—4, 322a 2—4, 323a 2—4, 324a 2—4, 325a 2—4, 326a 2—4, 327a 2—4, 328a 2—4, 329a 2—4, 330a 2—4, 331a 2—4, 332a 2—4, 333a 2—4, 334a 2—4, 335a 2—4, 336a 2—4, 337a 2—4, 338a 2—4, 339a 2—4, 340a 2—4, 341a 2—4, 342a 2—4, 343a 2—4, 344a 2—4, 345a 2—4, 346a 2—4, 347a 2—4, 348a 2—4, 349a 2—4, 350a 2—4, 351a 2—4, 352a 2—4, 353a 2—4, 354a 2—4, 355a 2—4, 356a 2—4, 357a 2—4, 358a 2—4, 359a 2—4, 360a 2—4, 361a 2—4, 362a 2—4, 363a 2—4, 364a 2—4, 365a 2—4, 366a 2—4, 367a 2—4, 368a 2—4, 369a 2—4, 370a 2—4, 371a 2—4, 372a 2—4, 373a 2—4, 374a 2—4, 375a 2—4, 376a 2—4, 377a 2—4, 378a 2—4, 379a 2—4, 380a 2—4, 381a 2—4, 382a 2—4, 383a 2—4, 384a 2—4, 385a 2—4, 386a 2—4, 387a 2—4, 388a 2—4, 389a 2—4, 390a 2—4, 391a 2—4, 392a 2—4, 393a 2—4, 394a 2—4, 395a 2—4, 396a 2—4, 397a 2—4, 398a 2—4, 399a 2—4, 400a 2—4, 401a 2—4, 402a 2—4, 403a 2—4, 404a 2—4, 405a 2—4, 406a 2—4, 407a 2—4, 408a 2—4, 409a 2—4, 410a 2—4, 411a 2—4, 412a 2—4, 413a 2—4, 414a 2—4, 415a 2—4, 416a 2—4, 417a 2—4, 418a 2—4, 419a 2—4, 420a 2—4, 421a 2—4, 422a 2—4, 423a 2—4, 424a 2—4, 425a 2—4, 426a 2—4, 427a 2—4, 428a 2—4, 429a 2—4, 430a 2—4, 431a 2—4, 432a 2—4, 433a 2—4, 434a 2—4, 435a 2—4, 436a 2—4, 437a 2—4, 438a 2—4, 439a 2—4, 440a 2—4, 441a 2—4, 442a 2—4, 443a 2—4, 444a 2—4, 445a 2—4, 446a 2—4, 447a 2—4, 448a 2—4, 449a 2—4, 450a 2—4, 451a 2—4, 452a 2—4, 453a 2—4, 454a 2—4, 455a 2—4, 456a 2—4, 457a 2—4, 458a 2—4, 459a 2—4, 460a 2—4, 461a 2—4, 462a 2—4, 463a 2—4, 464a 2—4, 465a 2—4, 466a 2—4, 467a 2—4, 468a 2—4, 469a 2—4, 470a 2—4, 471a 2—4, 472a 2—4, 473a 2—4, 474a 2—4, 475a 2—4, 476a 2—4, 477a 2—4, 478a 2—4, 479a 2—4, 480a 2—4, 481a 2—4, 482a 2—4, 483a 2—4, 484a 2—4, 485a 2—4, 486a 2—4, 487a 2—4, 488a 2—4, 489a 2—4, 490a 2—4, 491a 2—4, 492a 2—4, 493a 2—4, 494a 2—4, 495a 2—4, 496a 2—4, 497a 2—4, 498a 2—4, 499a 2—4, 500a 2—4, 501a 2—4, 502a 2—4, 503a 2—4, 504a 2—4, 505a 2—4, 506a 2—4, 507a 2—4, 508a 2—4, 509a 2—4, 510a 2—4, 511a 2—4, 512a 2—4, 513a 2—4, 514a 2—4, 515a 2—4, 516a 2—4, 517a 2—4, 518a 2—4, 519a 2—4, 520a 2—4, 521a 2—4, 522a 2—4, 523a 2—4, 524a 2—4, 525a 2—4, 526a 2—4, 527a 2—4, 528a 2—4, 529a 2—4, 530a 2—4, 531a 2—4, 532a 2—4, 533a 2—4, 534a 2—4, 535a 2—4, 536a 2—4, 537a 2—4, 538a 2—4, 539a 2—4, 540a 2—4, 541a 2—4, 542a 2—4, 543a 2—4, 544a 2—4, 545a 2—4, 546a 2—4, 547a 2—4, 548a 2—4, 549a 2—4, 550a 2—4, 551a 2—4, 552a 2—4, 553a 2—4, 554a 2—4, 555a 2—4, 556a 2—4, 557a 2—4, 558a 2—4, 559a 2—4, 560a 2—4, 561a 2—4, 562a 2—4, 563a 2—4, 564a 2—4, 565a 2—4, 566a 2—4, 567a 2—4, 568a 2—4, 569a 2—4, 570a 2—4, 571a 2—4, 572a 2—4, 573a 2—4, 574a 2—4, 575a 2—4, 576a 2—4, 577a 2—4, 578a 2—4, 579a 2—4, 580a 2—4, 581a 2—4, 582a 2—4, 583a 2—4, 584a 2—4, 585a 2—4, 586a 2—4, 587a 2—4, 588a 2—4, 589a 2—4, 590a 2—4, 591a 2—4, 592a 2—4, 593a 2—4, 594a 2—4, 595a 2—4, 596a 2—4, 597a 2—4, 598a 2—4, 599a 2—4, 600a 2—4, 601a 2—4, 602a 2—4, 603a 2—4, 604a 2—4, 605a 2—4, 606a 2—4, 607a 2—4, 608a 2—4, 609a 2—4, 610a 2—4, 611a 2—4, 612a 2—4, 613a 2—4, 614a 2—4, 615a 2—4, 616a 2—4, 617a 2—4, 618a 2—4, 619a 2—4, 620a 2—4, 621a 2—4, 622a 2—4, 623a 2—4, 624a 2—4, 625a 2—4, 626a 2—4, 627a 2—4, 628a 2—4, 629a 2—4, 630a 2—4, 631a 2—4, 632a 2—4, 633a 2—4, 634a 2—4, 635a 2—4, 636a 2—4, 637a 2—4, 638a 2—4, 639a 2—4, 640a 2—4, 641a 2—4, 642a 2—4, 643a 2—4, 644a 2—4, 645a 2—4, 646a 2—4, 647a 2—4, 648a 2—4, 649a 2—4, 650a 2—4, 651a 2—4, 652a 2—4, 653a 2—4, 654a 2—4, 655a 2—4, 656a 2—4, 657a 2—4, 658a 2—4, 659a 2—4, 660a 2—4, 661a 2—4, 662a 2—4, 663

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Steglich. Die Parteigenossen werden aufgefordert, zur Flugblattverbreitung am heutigen Abend 7 Uhr, vor dem Zahlabend, möglichst zahlreich zu erscheinen.

Leutwyh. Am heutigen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Rettger, Calandrellistr. 27/29, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Abrechnung, Bericht des Vorstandes und der Funktionäre, Wahl des Vorstandes und der Funktionäre, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Mitglieder. Der Vorstand.

Brig. Die Genossen werden ersucht, zu einer heute abend stattfindenden Handzettelverbreitung sowie zum Zahlabend recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Lichtenberg. Die Parteigenossen werden auf den am Sonntag, den 11. Januar, in den „Frachthäfen des Ostens“, Franzfurter Str. 151/152, stattfindenden Unterhaltungsabend aufmerksam gemacht. Billetts sind bei sämtlichen Bezirksführern zu haben. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Grünau. Heute abend findet um 7 Uhr von der „Grünen Eck“ aus eine Flugblattverbreitung statt, an derselben teilzunehmen ist Pflicht aller Parteigenossen. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Donnerstag, den 9. Januar, abends 9 Uhr, im Saale der Witwe Verbe, Rundteil: Volksversammlung. Tagesordnung: „Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zum preussischen Landtag“. Arbeiter! Parteigenossen! Erscheint zahlreich in der Versammlung.

Schmargendorf. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Mittwoch, den 9. Januar, abends 7 Uhr, vom Wirtshaus Schmargendorf aus eine Handzettelverbreitung stattfindet. Die Parteigenossen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen. Der Vorstand.

Potsdam. Am Donnerstag, den 9. Januar, abends 8 Uhr, findet im „Biliorgarten“ eine große Protestversammlung gegen das preussische Dreiklassen-Wahlrecht statt. Die Parteigenossen wollen für zahlreiche Besuch der Versammlung Sorge tragen. Die diesmonatliche Wahlvereinsversammlung findet infolgedessen erst acht Tage später, am Mittwoch, den 15. Januar, statt.

Falkenhagen-Seefeld bei Spandau. Die erste Generalversammlung des neugegründeten Wahlvereins findet am 9. Januar im Vereinslokal (Schöneberg) in Falkenhagen statt. Die reichhaltige Bibliothek befindet sich bei A. Staruppe, Falkenhagen 411. — Am Sonntag, den 12. Januar, öffentliche Volksversammlung im neuen Saal bei Schöneberg; Tagesordnung: „Der Wahlrechtskampf in Preußen“. Hierzu Donnerstag von Schöneberg aus Handzettelverteilung. Alle Genossen müssen erscheinen. Der Vorstand.

Tegel. Am heutigen Mittwoch, abends 8 Uhr, Handzettelverteilung von den bekannten Bezirkslokale aus. Nach dem Zahlabend, Donnerstag, 9. Januar, abends 8 Uhr, Volksversammlung in Trebesch's Festsälen, Bahnhofstraße 1. Parteigenossen! Es ist eure Pflicht, für Massenbesuch Sorge zu tragen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Gefindel.

Die Kaufmannsgerichtswahlen in Berlin, die für Handlungsgewerbetreibende am 9. Februar stattfinden, werfen ihre Schatten voraus. Gegen die Flugblätter, die die klassenbewußte Handlungsgewerbetreibenden-Organisation, der Zentralverband der Handlungsgewerbetreibenden und Geschäftsinhaber Deutschlands, verbreitet hat, können die gegnerischen Vereine nichts sachlich erwidern, infolgedessen arbeiten sie nach der alten bewährten Methode des Verleumdens.

Die Leiter des antisemitischen Deutschnationalen Verbandes haben nicht umsonst während der letzten Reichstagswahl ihre Organisation in den Dienst des Reichstagswahlkampfes gestellt, sie wenden seine Taktik des gewissenlosen Verleumdens auch bei dieser Wahl an. Jedes Mittel ist ihnen recht, und da sie unter Ausfluß der Öffentlichkeit agitieren, sind ihre Lügen selten zu kontrollieren. Gemein und feige, das ist die Devise dieser Herren.

In der letzten Nummer der „Brandenburgischen Wacht“ (Berliner Organ des antisemitischen Deutschnationalen Verbandes) muß der Verleumdungsredakteur zwar die Tätigkeit der Verleumder des Zentralverbandes im Ausschluß des Berliner Kaufmannsgerichts anerkennen, aber herabgesetzt muß der Zentralverband doch auf jeden Fall werden, und deshalb werden seine Verleumder einfach persönlich angepöbel. Es wird dort gesagt, daß die Verleumder des Zentralverbandes in einem kleinen Berliner Vorort wiederholt bestraft seien, darunter einer wegen Verleumdung und Widerstand mit vier Monaten Zuchthaus (11) und wegen vorsätzlicher Brandstiftung mit fünf Jahren Zuchthaus, Ehrverlust und Polizeiaufsicht. Für wie dumm müssen die geistigen Führer des antisemitischen Verbandes ihre Mitglieder halten, daß sie es wagen, ihnen solche Märchen aufzutischen. Sie sollten doch einmal das Strafgesetzbuch studieren, damit die Strafen, die sie erfinden, auch im Einklang mit dem Gesetz stehen. So sind aber die Größen des antisemitischen Verbandes. Was ihnen an Geist und Wissen fehlt, ersetzen sie doppelt durch — Wahrheitsliebe. Und wie grifflich denken die Herren: Sie wollen Milde walten lassen und den Ort der Geschichte nicht nennen, um die Verleumder zu schonen. Nur schade, daß es böse Menschen gibt, die behaupten, daß die Herren nur aus Freigiebigkeit den Ort nicht nennen, weil sie eine Klage fürchten, bei der sie den Wahrheitsbeweis antreten müßten. Diesmal wird ihnen aber ihre „Anständigkeit“ nichts nützen. Einer der Herren war nämlich noch nicht genug geschult in der Taktik des Reichstagswahlkampfes; er verriet in öffentlicher Versammlung den Ort dieser schrecklichen Begebenheit. Jetzt werden sich nun die früheren Kandidaten dieses Ortes ein Vergnügen daraus machen, vor Gericht von den Herren zu erfahren, wann sie im Zuchthaus gewesen haben. — Und nun, ein Schauspiel für Götter! Die ganze vom Reichstagswahlkampf gespeiste Presse druckt diese Moritat nach. — Ja, Friedrich der Große hatte doch recht, als er nach der Schlacht bei Jorndorf sagte, mit solchem Gefindel muß man sich herumschlagen. —

Nicht immer freilich glückt es, derartige Verleumder für ihr schneidendes Vorgehen zu belohnen; häufig erfahren die Betroffenen gar nicht, daß sie von unsauberen Elementen verleumdet worden sind. Daß aber die stille, ehrabschneidende Tätigkeit dem antisemitischen Deutschnationalen Verbande den gewünschten Erfolg bringen wird, glauben wir noch nicht.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 9. Januar d. J., nachmittags 5 Uhr. Berichterstatter über die Vorlage betreffend die Einrichtung einer Halberholungsstätte für 200 schwächliche und schulpflichtige Kinder auf dem Gelände des städtischen Rittergutes Buch. — Vorlage betreffend Begründung eines Verkehrsverbandes mit den Vorortgemeinden. — Berichterstatter über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Uebernahme von städtischen Arbeiten in eigener Regie der Gemeindeverwaltung. — Berichterstatter über die Vorlage betreffend den Abschluß eines Vertrages mit dem königlichen preussischen Fiskus über den ehemaligen Botanischen Garten hierseits und die Festsetzung einer neuen Verkaufslinie für die Grunewaldstraße vorläufig dieses Geländes. — Vorlagen betreffend die Verwendung des städtischen Geländes an der Ecke der Plantagen- und Antonstraße für eine Gemeindeparkanlage — die Anrechnung von Pflanzholz auf das Besoldungsdienstalter der Oberlehrer an den städtischen Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, Realschulen, Realschulnastklassen für Mädchen und höheren Mädchenschulen — die Ueberweisung eines Grundstücks an den Zentralverein der Deutschen Luther-Stiftung — die Freilassung des fiskalischen Grundstücks Am Lustgarten Nr. 5/8 von der Grundsteuer, solange es als öffentlicher Schmuckplatz dient — den Verkauf eines im Dorfe Buch gelegenen, der Stadtgemeinde Berlin gehörigen Grundstücks — das spezielle Projekt für den Bau eines Anschlußgleises von der Fleischverrichtungsanstalt bei Albrechtshof nach dem Gutsdorfer Bahnhof. — Abstandnahme von der Erbauung von vier Feldscheunen auf den städtischen Piesfeldern und Verwendung der dafür bewilligten Mittel zum Anlauf von zwei Riesendrehmaschinen — und den Erwerb einer zur Freilegung der Reinickendorfer Straße erforderlichen Fläche. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Ueberwachung der Zahnplätze der Schulkinder in Berlin.

Der „Wahre Jakob“ ist einen Tag später eingetroffen und gelangt erst heute zur Ausgabe, was die Leser beachten wollen.

Seiten der Zeit!

Bei den Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen Berlins stieg der Mitgliederbestand bis Anfang Dezember 1907 auf nahezu drei Viertel der ersten Million, genauer: auf 749 503. Im ganzen hat aber das Jahr 1907 einen ungewöhnlich geringen Zuwachs gebracht; für den Zeitraum von Dezember bis Dezember betrug er diesmal noch keine 13 000 Mitglieder, während in 1906 noch 32 000 Mitglieder, in 1905 sogar 48 000 Mitglieder hinzugekommen waren. Man sieht, um wieviel inzwischen der Bedarf an Arbeitskräften sich verringert hat und wie sehr die Arbeitsbewegung bereits im Gange ist. Im Kreislauf des Jahres hat unter allen Monaten in der Regel der Dezember den höchsten Mitgliederbestand. Aber schon bis Januar vollzieht sich dann ein rascher und so tiefer Abstieg, daß die Zahl des Dezembers erst wieder vom Mai an überschritten wird. Wie tief mag diesmal zu Beginn des neuen Jahres der Mitgliederbestand gefallen sein?

Sehr bemerkenswert ist die Tatsache, daß das letzte Jahr der Zahl der männlichen Krankenkassenmitglieder im Endergebnis überhaupt keinen Zuwachs mehr gebracht hat. Einen Zuwachs hat diesmal nur noch die Zahl der weiblichen Mitglieder gehabt. Anfang Dezember 1906 und Anfang Dezember 1907 waren in allen Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen Berlins 470 573 bzw. 470 477 männliche Mitglieder und 266 346 bzw. 279 116 weibliche Mitglieder. Anfang Dezember 1907 stand also die Zahl der männlichen Krankenkassenmitglieder um rund 100 tiefer, die Zahl der weiblichen um rund 13 000 höher als Anfang Dezember 1906. Auch das verdient Beachtung, daß die Gruppe derjenigen Mitglieder, die als freiwillig Versicherte weiterzahlen, stark zugenommen hat, was das regelmäßige in Zeiten der Betriebsstörungen und Arbeiterentlassungen zu beobachten ist. Anfang Dezember 1906 und Anfang Dezember 1907 waren die freiwilligen 14 800 bzw. 15 628 männliche Mitglieder und 23 604 bzw. 26 702 weibliche Mitglieder. Im letzten Jahre stieg ihr Anteil an der Zahl aller Versicherten bei den männlichen Mitgliedern von 3 Proz. auf jetzt 3 1/2 Proz., bei den weiblichen von nicht ganz 9 Proz. auf jetzt 9 1/2 Proz.

Begehrliche Armenkommissions-Vorsteher. Der begehrliche Schiedsmann, über dessen Bitte um Gewährung eines Amtszimmers oder einer Entschädigung für Hergebe seines eigenen Zimmers die Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung verhandelten, steht mit solchem Wunsch nicht allein da. Das „Gemeindeblatt“ des Magistrats veröffentlicht in der neuesten Nummer das Protokoll der letzten Versammlung der Armenkommissions-Vorsteher. Wir sehen da, daß gleich ein ganzer Armentreib, d. h. eine zusammenhängende Gruppe von Armenkommissionen eines Stadtteils, einen Antrag auf „Erhöhung der Entschädigung“ eingebracht hat. Eine Entschädigung überhaupt zu fordern, haben die Armenkommissions-Vorsteher nicht mehr nötig; eine solche kriegen sie schon lange, sie beträgt gegenwärtig 25 M. pro Monat. Im Armentar wird zwar gesagt, daß bei einer Entschädigung für die mit der Führung des Vorsteheramtes verbundenen baren Auslagen, in Wirklichkeit aber stellt sich dieser Betrag doch nur als Entschädigung für das hergegebene Zimmer dar. Im 16. Armentar war die Mehrheit der Vorsteher zu der Ansicht gelangt, daß die 300 M. pro Jahr noch zu wenig seien, und so wurde von dort aus eine Erhöhung beantragt. Der Antrag hat allerdings in der allgemeinen Vorsteherversammlung noch keine Mehrheit gefunden. Er wurde begründet, und nachdem dann keiner der Antragsteller noch weitere Worte der Empfehlung hinzugefügt hatte — wohl deshalb nicht, weil sie das nicht für nötig und den Antrag für hinreichend begründet hielten —, ging die Versammlung zur Tagesordnung über. Wir zweifeln nicht, daß er wiederkehren wird. Und auch davon sind wir überzeugt, daß eines Tages sich in der allgemeinen Vorsteherversammlung eine Mehrheit finden wird, die diese Forderung zu der ihrigen macht. Es wird dann auch nicht mehr lange dauern, bis die Armenkommissionen, der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung dem mehr oder minder sanften Druck der notleidenden Hausbesitzer, Rentiers usw. usw., die die Armenkommissionen leiten, in williger Gefügigkeit nachgeben und die geforderte Entschädigungserhöhung gewähren. Der Schwach, daß die Inhaber solcher kommunalen Ehrenämter grundsätzlich keine Entschädigung kriegen sollen, ist zwar in der letzten Stadtverordneten-Sitzung von Rednern des Freisinn wieder vorgebracht worden, um auf gute Manier den begehrlichen Schiedsmann abtun zu können. Aber ernst genommen hat diesen Einwand wohl kein Mensch in der Stadtverordneten-Versammlung, auch keiner der Freisinnigen, schon deshalb nicht, weil die Armenkommissions-Vorsteher, wie gesagt, längst eine Entschädigung kriegen und darum keineswegs geringer von ihrer Würde denken. Immerhin berührt es etwas eigentümlich, daß viele Armenkommissions-Vorsteher mehr an sich als an die Armen denken. Eine Befür-

wahrung der Erhöhung der niedrigen Unterstützungssätze wäre eher angebracht.

Gegen die Pfefferkuchen-Revolution. Am gestrigen Dienstag war bei Hildebrand in der Spandauerstraße „Führer Strauss“, doch heißt Verkauf der weihnachtlichen Pfefferkuchen. Reste zu „Wohltätigkeitspreisen“, solange der Vorrat reicht. Um 8 Uhr früh hatten sich etwa hundert Personen beiderlei Geschlechts, meistens aus bürgerlichen Kreisen, bei dem Laden eingefunden, und zur Ordnung dieser Leute, die sich durchaus ruhig und gesittet betrug, war ein sechsöpfiges Schutzmannaufgebot zur Stelle. Ein Wachtmeister stand entblößten Hauptes hinter der Ladentür, fünf Schutzmänner bildeten eine dichte Kette über die ganze Seite des Bürgersteiges hinweg, und dahinter standen Kopf an Kopf die hundert „Pfefferkuchen-Revolutionäre“. So war also glücklich der gesamte Bürgersteig gesperrt. Alle Passanten, die an dieser lebhaften Verleumdung während der Vormittagsstunden nach vielen Tausenden zählen, mußten den Umweg über den gefährlichen Fahrdamm machen. Richtiger und einfacher wäre es doch wohl gewesen, der Länge nach nur die Hälfte des Bürgersteiges für die Pfefferkucheninteressenten zu sperren. Aber „viele Köpfe, viele Sinne“ — und deshalb wurde es verkehrt gemacht. Ob nicht zwei Schutzeute für die paar Menschen auch genügt hätten? Der süße Laden der besorgten königlichen Hoflieferantenfirma wäre sicherlich nicht gestürmt worden.

Der neue Omnibustarif

Ist seit dem 1. Januar in Kraft getreten. Bekanntlich hatte die städtische Verkehrsdeputation anfänglich der Gesellschaft auf ihren Antrag zugestimmt, anstatt 5 Pfennig für die Teilstrecke, 6 Pfennig erheben zu dürfen. Die Gesellschaft lehnte dieses Zugeständnis, weil zu geringfügig, ab und es kam durch Vermittelung des Polizeipräsidenten auf dessen Vorschlag ein Tarif zustande, nach welchem die Strecke 10 Pf. kostet, zwei Teilstrecken 15 Pf. und fünf Teilstrecken 30 Pf. Wie nun in einer von Aktionären der Gesellschaft einberufenen außerordentlichen Generalversammlung mitgeteilt wurde, ist die Wirkung dieses neuen Tarifs für die Gesellschaft eine sehr ungünstige. Die Wagen fahren vielfach leer und wo das nicht der Fall ist, macht die Ausgabe der neuen verchiedenartigen Fahrtscheine erhebliche Schwierigkeiten. Es wird so kommen, wie auch schon vorausgesetzt wurde, daß die Gesellschaft durch die Aufhebung der fünfpfennigstreten schweren Schaden erleidet. Interessant ist aber, daß da, wo die Gesellschaft Konkurrenz hat, noch fünfpfennigstreten bestehen.

Von dem neuen Tarif der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft werden nämlich drei Linien der Gesellschaft nicht betroffen. Es sind dies die Linien Nr. 17 Großgörschen-Bahnhof-Dönhofsplatz, Nr. 25 Blücherplatz-Mittdorfer Ringbahnhof und Nr. 60 Blücherplatz-Schöneberger Amisdorfer. Auf diesen Linien gibt es noch die alten Teilstrecken zu 5 Pfennig, und zwar geschieht dies deshalb, weil die Wagen des Berliner Spediturvereins, auf denen die ganze Fahrt 5 Pfennig kostet, einen großen Teil derselben Tour durchfahren wie die drei Omnibuslinien.

Wenn die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft bald nach dem Inkrafttreten des neuen Tarifs diesen durchbricht, so hat sie damit selbst diesem famosen „Tarif“ das Urteil gesprochen. Die Verwaltung wird wohl bald zu dem Erkenntnis gelangen, daß es das Beste für sie wäre, sich mit der Verkürzung der Teilstrecken zu begnügen und auf allen Linien zu dem alten fünfpfennigtarif zurückzuführen.

Das Glätteis.

Das sich am Montagabend und nachts bildete, hat schweren Schaden angerichtet, es sind zahlreiche Personen mehr oder weniger schwer verletzt worden. Gegen 9 Uhr abends ging über Berlin ein Gewitter nieder, welches mit ziemlich heftigem Regen begleitet war. Im Laufe einer halben Stunde wurden sechs elektrische Entladungen beobachtet, doch konnte der Donner nicht gehört werden. Die kalten Regentropfen vereisten sofort auf den Bürgersteigen und Straßendämmen und bedeckten diese mit einer Eisdunst von 2 bis 3 Millimeter Höhe. Für die Straßenpassanten gestaltete sich die Situation außerordentlich gefährlich, da es kaum möglich war, auf dem glatten Pflaster zu gehen, und fortgesetzt stürzten Personen zu Boden. Viele Passanten suchten sich dadurch zu helfen, daß sie sich Tücher um die Schuhe banden, um so einigermassen Halt zu gewinnen. Die Straßenbahnwagen wurden gestürzt, um so mehr, als auch auf der Hochbahn durch die Vereisung der Schienen Kurzschluss und Betriebsstörung herbeigeführt worden war. Auf den Unfallstationen und Rettungswachen hatten die Aerzte und Heilgehilfen ununterbrochen mit dem Verbinden und Schienen solcher Personen zu tun, die bei der Glätte gestürzt waren und Knochenbrüche erlitten hatten. Ferner wurden viele Personen durch Privatärzte behandelt oder nach den Krankenhäusern übergeführt. Soweit es sich feststellen ließ, sind über 100 Personen verunglückt.

Infolge der Vereisung der Schienen der Hochbahn trat eine Verkehrsstörung ein, die durch Kurzschluss herbeigeführt worden war. Beim Fahren der Züge entwickelten sich infolge der bei der Vereisung ununterbrochenen Mädelung des Stromes gewaltige Flammengarden, die dann schließlich Beschädigungen der Leitungen verursachten. Um 1/10 Uhr stellte sich die Notwendigkeit einer Beschränkung des Betriebes heraus, der um 11 Uhr gänzlich eingestellt werden mußte. Heute morgen um 4 Uhr konnte der Verkehr wieder in vollem Umfange aufgenommen werden.

Eine Ehe драма.

Mit dem Tode eines Ehepaars endete eine Familientragödie, die sich gestern morgen im Osten der Stadt abgespielt hat. In der Voigtstraße 18 wurde die 40 Jahre alte, von ihrem Gatten getrennt lebende Ehefrau Pauline Fric von ihrem gleichaltrigen Manne, dem Tischler Rudolf Fric, erschossen. Nach Verübung der Tat tötete sich F. selbst durch einen wohlgezielten Schuß. Familiengewisheiten haben den Anlaß zu dem Drama gegeben.

Ein Raubanfall auf eine Hausbesitzerin ist am Montagnachmittag ausgeführt worden und wird durch rote Plakate des Polizeipräsidenten weiteren Kreisen wie folgt mitgeteilt:

1000 Mark Bezahlung.

Geste (Montag) nachmittags gegen 2 Uhr ist auf die Hausbesitzerwitwe Auguste Conrad geb. Köring separierte Otto, den 9. 9. 94 in Berlin geboren, in ihrer Wohnung, Sebastianstraße 71, vorn eine Treppe links, ein Raubanfall verübt worden. Der Täter hatte es offensichtlich auf die Reisesinnahmen der Frau abgesehen. Mit einem eisernen Instrument, einer Werkzeug für einen sogenannten Gardineumbelwagen, die schon längere Zeit im Freien gelegen hat und an zwei Stellen bereits geschweißt worden ist, hat der Täter der Frau Conrad mehrere Kopfwunden beigebracht. Als Täter kommt offenbar ein mit

den Verhältnissen der Conrad vertrauter Mensch in Frage, der gegen 2 Uhr das Haus betreten hat. Er ist etwa 28 Jahre alt, von mittlerer Größe und zeigt ein abgelesenes Gesicht. Er trug einen braunen, steifen Filzhut mit gerader Krone.

Die ausgesetzte Belohnung wird denjenigen Privatpersonen zugesichert, die zweckdienliche Angaben zur Sache machen können. Der Polizeipräsident, v. Borries.

Das Haus, in dem der Anschlag verübt wurde, gehört seit mehr als zwanzig Jahren der Frau Conrad, die früher an einen Hauptmann verheiratet war.

Montagnachmittag erschien in der Wohnung der Witwe Conrad ein Mann unter dem Vorwande, ein Kontor mieten zu wollen. Während die alte Frau sich in ein kurzes Gespräch mit ihm einließ, wurde sie plötzlich von ihm auf das Sofa gedrückt, am Halse gewürgt und dann mit einem Eisenstück auf den Kopf geschlagen. Der Angreifer hatte aber anscheinend die Energie seines Opfers unterschätzt. Die alte Frau wehrte sich verzweifelt, und in dem Zwingen gelang es ihr, das Eisenstück zu fassen und festzuhalten. Zugleich rief sie um Hilfe. Diesen Moment benutzte der Eindringling, um spurlos zu verschwinden. Niemand hat ihn das Haus verlassen sehen, die Polizei nahm daher an, daß er sich in dem Gebäude verborgen halte. Er konnte bisher aber nicht gefunden werden.

#### Ein neues schweres Verbrechen

wird vom Tempelhofer Felde gemeldet. Dort wurde eine Frauensperson unter Umständen tot aufgefunden, die auf einen Mord schließen lassen. Ueber die Tat werden folgende Einzelheiten gemeldet:

Gestern früh 7 Uhr sah ein Arbeiter, der über das Feld ging, die Leiche weißlich vom Steuerhaus etwa 300 Schritte abseits von der Tempelhofer Straße liegen und benachrichtigte alsbald die Polizei des 31. Reviers. Die Leiche, die zunächst unbekannt war, wurde später festgestellt als eine Odbachlose Antonie Gläser, die am 9. Juli 1867 zu Wirsing geboren wurde. Diese war Stammgast des Tempelhofer Feldes. Nach ihren Erzählungen wohnte sie früher einmal in der Dorfstraße in erträglichen Verhältnissen. Sie hatte dort eine große Wohnung, von der sie abermietete. Schicksalsschläge brachten sie herunter. Nachdem sie eine Zeitlang verschunden gewesen war, wurde sie im Oktober v. J. in Tempelhof wieder aufgegriffen und mit der üblichen Verwarnung und der Aufgabe, sich eine Wohnung zu suchen, entlassen. Seitdem wurde sie von Sicherheitsbeamten nicht mehr gesehen. Wo sie die letzten Tage gewesen ist, weiß man noch nicht. Der Befund, der sich der Kriminalpolizei darbot, läßt auf einen gewaltsamen Tod und einen Sadisten als Täter schließen. Zwischen den Beinen lag die Schnapsflasche. Die Stiefel waren ausgezogen, das schwarze Tuchjackett, die Bluse und das Hemd aufgerissen. Die freiliegenden Brüste wiesen Bismunden auf. Male am Halse deuteten auf Würgen hin, sie können aber auch von einem fest anliegend getragenen Halbtuch herühren. Ein weißblau gestreiftes Tuch, anscheinend ein Anfallstuch, scheint der Ermordeten in den Mund hineingeschoben worden zu sein, ob zu dem Zweck, sie am Schreien zu verhindern oder sie zu ersticken, bedarf noch der Feststellung.

Nach den näheren Feststellungen veröffentlicht das Polizeipräsidium unter Ausschreibung einer Belohnung von 1000 M. eine Kundmachung, der wir folgendes entnehmen: „Alle Personen, die über die Gläser, ihre Gespinntheiten, die letzte Wohnung oder ihren Aufenthalt in den letzten Tagen Auskunft geben oder sonst sachdienliche Angaben machen können, werden ersucht, der Kriminalpolizei oder den Revieren sofort Mitteilung zu machen. Die Belohnung ist, wie die Bekanntmachung weiter sagt, wie üblich, für Privatpersonen bestimmt, die zur Ermittlung der Ueberführung des Täters beitragen.“ Die Leiche wird photographiert und dann nach der Halle gebracht, weil der Fundort auf Tempelhofer Gebiet liegt. Der Geburtsort der Ermordeten ist nach den neueren Ermittlungen nicht Wirsing, sondern Breslau. Die erwähnten Blutspuren scheinen von einer Verwundung der betreffenden Körperseite herzuführen. Das Tuch steht so fest im Munde, daß es nicht von der Ermordeten selbst hineingenommen worden sein kann. Es muß vielmehr von einem anderen hineingeschoben worden sein, und zwar mit großer Gewalt. Denn die Unterlippe und Fleisch des Unterliefers sind über die Zähne hinweg mit in den Mund hineingepreßt worden. Nachdem der Erkennungsdienst unter der Leitung des Kriminalinspektors Klatt die photographischen Aufnahmen gemacht hatte, mußte die Leiche einstweilen noch am Hundert Meilen, weil noch eine Gerichtskommission erwartet wurde.

#### Der Kindesmord in Charlottenburg.

Der Mord an der kleinen Elise Riehlle harret noch immer der Klärung. Der Arbeiter Albert Strider aus der Galvanisstraße, der als verdächtig verhaftet worden war, mußte gestern nachmittag wieder freigelassen werden, da er sein Alibi nachweisen konnte. Im Laufe des gestrigen Tages sind alle deutschen Irrenanstalten durch Rundschreiben von dem Verbrechen in Kenntnis gesetzt worden, da von der Polizei mit Sicherheit angenommen wird, daß der Aufschneider geisteskrank und daher schon in einer Anstalt gewesen ist. Ebenso sicher darf angenommen werden, daß sein Anzug bei der grausigen Tat stark mit Blut besudelt worden ist.

In der Kreisfrage drei Finger des linken Hand abgeschnitten hat sich am Sonnabendnachmittag in der Tischlerei von Wittmar, Stadterstraße 21, ein junger noch nicht 10jähriger Hausdiener.

Der junge Mann ist nun seit seines Lebens Krüppel, dem es sehr schwer werden wird, sein Brot zu verdienen.

Es ist dies wieder eine neue Warnung an die in solchen Vertrieben angestellten Zuschneider und Vorarbeiter, einem solchen jungen Menschen Arbeiten an derartigen gefährlichen Maschinen verschaffen zu lassen.

Schwerer Unfall ist Montagnachmittag durch ein führerloses Gespann in der Alexandrinenstraße herbeigeführt worden. In der Oranienstraße war dem Droschkenschreiber Bergner das Pferd durchgegangen. A., der auf dem Bod gefahren hatte, wurde auf die Straße heruntergeschleudert und schwer verletzt. Das wilde Tier raste nun weiter und an der Kreuzung der Ritterstraße fuhr es in die Familie des Sattlers Elmer aus der Simonsstraße 21 hinein. Während es den Kindern und dem Ehemann gelang, sich noch rechtzeitig in Sicherheit zu bringen, wurde die Frau niedergerissen und überfahren. In bewußtlosem Zustande wurde sie nach der nahen Unfallstation gebracht und nach Anlegung von Verbanden in das Krankenhaus am Urban eingeliefert. Sie hatte schwere innere Verletzungen sowie einen komplizierten Unterleibsentzündung erlitten.

Ueberfahren und getötet. Als gestern nachmittag gegen ¼ 4 Uhr der Freier Bernhard Danke beim Ueberfahren des Fahrdommes der Christianistraße einem Geschäftswagen ausweichen wollte, wurde er von einem in entgegengekehrter Richtung fahrenden elektrischen Droschkenautomobil überfahren. Die Räder gingen ihm über den Kopf und den Unterleib hinweg. Auf dem Wege zum Arzt verstarb der Bedauernswerte.

Aus dem Fenster der dritten Etage gestürzt ist im Laufe des gestrigen Nachmittags ein vier Jahre alter Knabe namens Reumann, im Hause Fußbergstraße 30 wohnhaft. In einem unbedachten Augenblick machte sich das Kind am Fenster zu schaffen, wobei es plötzlich in den Hof hinabstürzte. Schwer verletzt wurde der Kleine zu einem Arzt gebracht, wo er jedoch nach kurzer Zeit verstarb.

Die Berliner Zensur, eine der amüsantesten preussischen Einrichtungen, läßt nach ihren letzten heftigsten Anstrengungen, die der vergeblichen Rettung der russischen Korruption galten — die Korruption siegte bekanntlich im Neuen Theater — sich verdienster Erholung zu erfreuen. Jedes sind nach einem noch nicht zensurierter Sprichwort nur gute Beweisen sanfte Rubelissen. Und so folgte bald ein neuer Streich. Richard Alexander heißt der Unglücks-mann, der zum Opfer erkor wurde. Er hatte ausnahmsweise in seinem sonst französischer Lascivität — wie die guten Patrioten öffentlich sagen, die sich insgeheim so gern daran erfreuen — dienenden Refridereater eine deutsche Barleske von Lippich und Davis herausbringen wollen. „Gretchen“ benamset. Dieses vertauselte Stück, das so ungeschickt heißt und in dem von guten Bürgern bevorzugten Wiener Burgtheater bereits einige Generationen — vergiftet hat, gefiel zwar den obligaten Berliner Zensoren, wie Direktor Alexander verlauten läßt, nicht aber dem Berliner Polizeipräsidenten v. Borries, der bis zur letzten Minute seines nunmehr doch beschränkten Daseins Pflichten befehndet. Also der Herr sah sich die Probe an und verbot. Kategorisch. Denn es handelt sich um Wohlthätigkeitsstiftungen in dem Stück, in die gefallene Mädchen kommen. Da belagte Anstalten nach Herrn v. Borries nicht in einem lächerlichen Licht erscheinen dürfen — was durch die Verwendung auf der Bühne erfolge — so . . . usw. Außerdem kommt auch eine Erläuterung in — man denke — Gardeuniform vor, der sich in eines dieser Gefallenen verliebt hat. Ob so etwas im Leben vorkommt, wissen wir nicht. Aber auf einer Berliner Bühne darf so etwas nicht vorkommen. Punktum . . . Einsum . . . Abtreten!

Wegen eines sehr gefährlichen Kellerbrandes wurde gestern abend um 4 Uhr die Feuerwehr nach der Neuen Döfstr. 39 gegenüber dem Humboldthain gerufen. Dort war in dem Drogenkeller der Firma R. Niemer angeblich aus Unvorsichtigkeit Feuer ausgekommen, das an den Vorräten, besonders aber an Terpentin, Kiendl, Benzol usw. sowie an den Regalen und dem Hausrat reiche Nahrung gefunden hatte. Als die Feuerwehr erschien, war die Situation schon eine kritische. Das Treppenhause war total verqualmt. Die Hausbewohner fühlten sich beunruhigt, weil ihnen der Ausgang versperrt war. Um die geängstigten Personen vor unüberlegten Schritten abzuhalten, ließ Vorstandmeister Steiner Mannschaften über Halbleitern vordringen und Luft machen. Beim Vordringen zum Brandherd wurde ein Feuerlöscher (Feuertau) mit Erfolg benutzt. Durch energisches Wassergeben gelang es schließlich, den Brand auf den Keller zu beschränken, der fuhoch unter Wasser stand.

Gleichzeitig wurde ein großes Löschaufgebot nach der Joffenerstraße 35 entsandt, weil von drei Seiten Flammen einliefen. Dort stand ein Schaufenster in Flammen.

Nünf Verbandbücher des Deutschen Holzarbeiterverbandes sind am Sonnabend, den 4. Januar, verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, dieselben bei Eichenfeld, Kleine Androasstraße 21, abzugeben.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht hatte die erste Kompanie einen großen Brand in der Dirschentstraße 12/13 zu löschen. Dort stand um 2 Uhr neben dem Polizeipräsidium ein Ställeplatz in Flammen. Alte Schuppen und Holzger. brannten dort. Durch kräftiges Wassergeben mit drei Schlauchleitungen gelang es, die Flammen auf dem Platz, der dem Fiskus gehört, und einen Stein des Anstoßes bildet, zu beschränken. Die Entstehung des Brandes ist nicht ermittelt. Um 1 Uhr nachts kam am Kolonnen Ufer 44 Feuer aus, wobei Garbinnen, ein Tannenbaum u. a. in Brand gerieten. Gestern früh um 7 Uhr brannte Sacrowaldstraße 64 ein Kohlenlager, Storkenverpackung u. a. Terpentinöl wurde in der Nitterstraße 78 ein Haub der Flammen. In der Ackerstraße 34, Flensburger Straße 30, Büchholzer Straße 2 und anderen Stellen mußten Wohnungsbrände gelöscht werden. Ferner wurde die Wehr nach der Hochstraße 22b, Voigtstraße, dem Nischelsteigplatz (Bedürfnisanstalt), und anderen Orten gerufen.

## Vorort-Nachrichten.

### Schöneberg.

#### Stadtverordnetenversammlung.

Einen für mich den Verlauf nahm die erste Sitzung des neuen Jahres. Aus den Vorgängen läßt sich mit Sicherheit schließen, daß auch die kommenden Sitzungen ein gleiches Bild geben werden.

Die Stadtverordneten waren vollzählig erschienen. Die Einführung der neu resp. wiedergewählten Stadtverordneten übernahm der Oberbürgermeister Wilde. Er wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die Stadtverordnetenversammlung jetzt auf ein 10jähriges Bestehen zurückzuführen könne. Die Einwohnerzahl Schönebergs habe sich in diesen 10 Jahren von 70 000 auf 161 000 vermehrt. Der Haushaltsplan schloß im ersten Jahre mit 5 Millionen Mark ab, während für 1906 21 Millionen Mark angesetzt sind. — Insgesamt wurden 27 Stadtverordnete verpflichtet, darunter 15 neugewählte. Den letzteren gehört auch unser Genosse Kollenbuhr an.

Zum Vorsitzender wählte die Versammlung den Stadtverordneten Lohausen (Liberaler Vereinigung) mit 33 gegen 29 Stimmen, die auf den Stadtverordneten Rheinbacher (Liberaler Fraktion) fielen.

Als Stellvertreter wurde Stadtverordneter Heyner (Unabhängige Vereinigung) mit 33 gegen 28 Stimmen gewählt. Als Vizepräsident wählte die Versammlung die Stadtverordneten Vandmann (Liberaler Vereinigung) und Wörre (Unabh. Vereinig.), und als deren Stellvertreter die Stadtverordneten Däumig (Soz.) und Knorr (Unabhängige Vereinigung). Die aus achtzehn Mitgliedern bestehende Liberaler Vereinigung hatte somit die Mehrheit bei der Besetzung des Bureaus ganz ausgeschloffen. Der Stadtverordnete Dr. Vohberg (Lib. Frakt.), der das in einem Prüfenspruch treffend kennzeichnete, erhielt vom Vorsitzenden dafür sofort den ersten Ordnungsruf. Es folgte darauf die übliche Rede des Vorsitzenden mit dem Kaiserhuld.

Der Stadtk. Gottschall (Lib. Frakt.) protestiert dagegen, daß der Vorsitzender in dieser Rede sich im Namen der Versammlung für eine Umberleitung der Vororte in Berlin ausgesprochen habe; das sei nicht der Wille der Versammlung. Bei dieser Kritik der Rede des Vorsitzenden erhielt der Stadtverordnete Dr. Vohberg den zweiten Ordnungsruf. Der Vorsitzender glaubte diesen Ordnungsruf noch mit einer besonderen Mahnung bekräftigen zu müssen. Er erlaubte sich sogar zu erklären: „Wer sich nicht mit dem Vorort schloß, wird an die frische Luft gesetzt!“ Diese Worte riefen langandauernde kühnliche Szenen hervor, man forderte den sofortigen Abtritt des Vorsitzenden. Eine lange und heftige Debatte schloß sich an diesen Vorgang. Es zeigte sich, daß der neugewählte Vorsitzender der ungeeignetste Mann an diesem Posten ist. Die Redner der liberalen und der sozialdemokratischen Fraktionen gingen mit dem Vorsitzenden scharf ins Gericht. Sie wiesen darauf hin, daß er die Geschäftsordnung mißbrauche. Der Vorsitzender betrie sich auf den § 48 der Städteordnung, der ihm seiner Meinung nach das Recht gebe, scharfere Maßnahmen gegen einzelne Stadtverordnete zu unternehmen. Unsere Genossen Magnan und Kollenbuhr zeigten an der Hand der Geschäftsordnung, daß diese Drohungen keinerlei gesetzliche Unterlagen haben. Der Vorsitzender nehmte sich ein Recht heraus, das er nicht besitze. Die Liberaler Fraktion verlangte, daß der Vorsitzender Abtrette. Der Herr blieb aber fest; er hatte ja die Mehrheit hinter sich, die ihm in seinem geschäftswidrigen Vorgehen zur Seite stand.

Es wurde dann zur Bildung des Balausfassusses geschritten. Denselben gehören an: 4 Mitglieder der Unabhängigen Vereinigung, 2 Mitglieder der Liberalen Vereinigung, 8 Mitglieder der Liberalen Fraktion und 2 Sozialdemokraten. (Obst und Wollermann),

Die regelmäßigen Sitzungen sollen auch im kommenden Jahre des Monats abgehalten werden. — Es folgte die Beratung des sozialdemokratischen Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, Auskunft zu geben darüber, ob und wann die von der Versammlung einstimmig angenommenen Anträge zur Schaffung von Kellerräumen für die Arbeiter sowie die Errichtung einer Wärmehalle und Unterkunftsräume für städtische Arbeiter verwirklicht werden.

Die Dringlichkeit dieses Antrages wird von der Versammlung anerkannt.

Stadtrat Walger erklärt, daß sich der Magistrat bereit mit den Anträgen beschäftigt habe. Die Deputation des städtischen Arbeitsnachweises sei der Errichtung einer Wärmehalle schon Mitte Dezember näher getreten. Die Mehrheit der Deputation war aber der Ansicht, daß die Arbeitslosigkeit und die Kälte noch nicht groß genug sei, um die Wärmehalle zu errichten. Die Angelegenheit sei deshalb um 4 Wochen vertagt worden. In dieser Woche werde aber eine neue Sitzung stattfinden, um die Sache zum Abschluß zu bringen.

Stadtk. Frißsch (Soz.) erklärt sich von der Antwort des Magistrats nicht befriedigt. Er findet es unbegreiflich, wie man die Verzögerung derartig begründen könne. Wenn im Magistrat so weiter gearbeitet werde, so wird es Mitte Mai oder Juni werden, ehe die Wärmehalle geschaffen sei. Redner vermißt auch in den Erklärungen des Magistratsvertrreters die Auskunft, wie es mit der Schaffung von Kellerräumen und Unterkunftsräumen für die städtischen Arbeiter stehe.

Stadtk. Dr. Vohberg (Liberaler Fraktion) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Redner macht besonders den Stadtrat Walger für die Verzögerung dieser Angelegenheit verantwortlich.

Stadtrat Walger meint, daß man mit der Errichtung der Wärmehalle noch Zeit genug habe. Die Bedürfnisfrage sei für Schöneberg noch nicht entschieden. Betreffs der Kellerräumen habe der Magistrat den einzelnen Deputationen den Auftrag gegeben, sich mit der Beschaffung derartiger Arbeiten zu beschäftigen.

Stadtk. Däumig (Soz.) und Hoffmann (Soz.) verurteilen ebenfalls das langsame Arbeiten des Magistrats in dieser Angelegenheit und fordern eine Beschleunigung. Sie erwarten, daß der Magistrat in der nächsten Sitzung mit entsprechenden Beschlüssen kommt.

Sobann kamen nicht weniger als vier Anträge betr. Vorbereitungen zur Wiederwahl des Oberbürgermeisters Wilde zur Beratung. Einige der Herren Antragsteller wollten diese Angelegenheit jedoch in nichtöffentlicher Sitzung erledigen. Die Mehrheit entschied sich jedoch für eine Beratung in öffentlicher Sitzung. Nachdem die Vertreter aller bürgerlichen Fraktionen ihre Lobeshymnen auf den Oberbürgermeister beendet hatten, beschloffen sie, am 20. Januar die lebenslängliche Anstellung des Oberbürgermeisters beschließen zu wollen. Die jetzige Amtszeit wäre erst in 2 Jahren abgelaufen.

Schluß der öffentlichen Sitzung um 12¼ Uhr.

### Treptow-Baumschulweg.

Im Ortsteil Baumschulweg ist das Einwohnermeldeamt B, Niesholzstraße 181, zu einem Zweigbureau für kleinere Polizeianglegenheiten erweitert worden. Insbesondere werden folgende entgegengekommen: Vorbereitende Anträge, wie a. B. Anträge auf Erteilung von Abgussattesten, Patenteisen, Heimatschein, Jagdscheine, Wandergewerbebeschein, Führungsgewisnissen, auf Genehmigung von Alters- und Invalidenrente, auf Erhaltung der Hälfte des Wertes der für die Invalidenversicherung verwendeten Beitragsmarken, Fundangeigen und dergleichen. Ferner werden dafelbst Nachfahrzearten, Arbeits- und Dienstbücher, Arbeitskarten und Lebensatteste ausgestellt, Unterschriften beglaubigt und kleinere Genehmigungen angefertigt.

Das Zweigbureau ist an den Wochentagen von 8 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags geöffnet; an Sonn- und Feiertagen ist das Bureau geschlossen.

### Charlottenburg.

In der Lehrlingsvermittlung des städtischen Arbeitsnachweises Charlottenburg ist im Interesse einer sachgemäßen Auswahl von Lehrstellen die Einrichtung getroffen, daß die zur Entlassung kommenden Schulkinder zur frühzeitigen Angabe ihres beabsichtigten Berufes veranlagt werden. So sind schon jetzt Anaben angemeldet, die für Ostern 1906 eine Lehrstelle suchen, und zwar nicht nur in den seit begehrteten Metallgewerben (als Elektrotechniker, Mechaniker, Maschinenschlosser, Klempner), sondern auch im Baugewerbe (als Maurer, Zimmerer, Stuckateur) sowie als Tischler, Tapezierer, Glaser, Salächter, Schneider, Schuhmacher, endlich als Kaufmann und Schreiber um. Auch haben sich eine Anzahl Mädchen gemeldet, die eine Lehrstelle als Schneiderin, Buchmacherin, Buchhalterin, Verkäuferin suchen, sowie auch solche, die bereit sind, Dienstbotenstellen anzunehmen, in denen sie für den häuslichen Beruf ausgebildet werden. Die Vermittlung im städtischen Arbeitsnachweis Charlottenburg, Kirchstraße 5, in der Nähe der Luisenstraße, sowie in der Zweigstelle für weibliches Hauspersonal am Wittenbergplatz 4, Ecke Vayreutherstraße 8, ist für beide Teile kostenfrei.

### Friedrichshagen.

Bei einem heftigen Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einem Berliner Geschäftsfuhrwerk auf der Köpenickerstraße erlitt der Kutscher Räder schwere Verletzungen. R. befand sich vorgestern nachmittag auf der Fahrt von Friedrichshagen nach Berlin, als das vor dem Geschäftswagen befindliche Pferd plötzlich scheute und unmittelbar vor einem entgegenkommenden Zug der Köpenicker Straßenbahn zur Seite bog. Der Wagen schleuderte, R. stürzte vom Bod, und zwar so unglücklich, daß er zwischen seinen eigenen Wagen und den Straßenbahnwagen geklemmt wurde. Er erlitt schwere innere Verletzungen und mußte nach einem Krankenhaufe übergeführt werden. Die beiden Wagen blieben unbeschädigt.

### Spandau.

Dem Landrat von Hohne ist das Landratsamt im Kreise Osthavelland übertragen worden.

### Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 6. I.	am 5. I.	Wasserstand	am 6. I.	am 5. I.
	cm	cm		cm	cm
Havel, Mühl	288 <sup>0</sup>	0	Saale, Großh.	192	-8
Havel, Jüterburg	69 <sup>0</sup>	+2	Havel, Spandau	89	+3
Havel, Horn	234 <sup>0</sup>	-16	Nathenow <sup>0</sup>	127	-4
Oder, Rathow	164 <sup>0</sup>	+6	Spreew., Spremberg	100	-4
Oder, Krossen	158 <sup>0</sup>	-11	Bestow	145 <sup>0</sup>	+1
Oder, Frankfurt	165 <sup>0</sup>	-5	Weser, Minden	-85	-2
Weser, Sarinm.	145 <sup>0</sup>	+4	Weser, Minden	-92 <sup>0</sup>	-12
Weser, Vandenberg	60 <sup>0</sup>	-28	Rhein, Magmillandau	233	-7
Weser, Borsdam	148	0	Rhein, Magmillandau	111 <sup>0</sup>	0
Elbe, Lütmetz	-53	+2	Rhein, Köln	68	-15
Elbe, Dresden	-186 <sup>0</sup>	-6	Weser, Heilbronn	18	+1
Elbe, Parby	110 <sup>0</sup>	-11	Main, Wertheim	80 <sup>0</sup>	0
Elbe, Magdeburg	108 <sup>0</sup>	-8	Weser, Trier	61	-10

<sup>0</sup> + bedeutet Hoch, - Fall. — <sup>0</sup> Unterbecl. — <sup>0</sup> Stidhand. — <sup>0</sup> Eis durch Eisdamper aufgedröhen. — <sup>0</sup> Schwacher Grundwassgang. — <sup>0</sup> Grundwassgang. — <sup>0</sup> Schwaches Treibeis. — <sup>0</sup> Treibeis. — <sup>0</sup> Starkes Treibeis.

Donnerstag, den 9. Januar,

abends 8 Uhr:

# Volks-Versammlungen

## I. Kreis

Dräsel's Festsäle, Neue Friedrichstraße 35.

## II. Kreis

Kliems Festsäle, Hafensheide 13-15

Zühlke, Dennewitzstr. 13.

## III. Kreis

Armin-Hallen, Kommandantenstr. 58-59.

Gewerkschaftshaus, Engelfer 15.

## IV. Kreis

Urania, Brangelfstr. 9.

Drachenburg, Vor dem Schlesiſchen Tor.

Boeker's Gesellschaftshaus, Weberstr. 17.

Glyſium, Landsberger Allee 40-41.

Keller's Festsäle (Inh. Freyer), Koppenstr. 29.

Markgrafen-Säle, Markgrafendamm 34.

## V. Kreis

Altes Schützenhaus, Viniensstr. 5.

## VI. Kreis

Fröbel's Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148.

Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.

Fritz Wille, Brunnenstr. 188.

Norddeutsche Brauerei, Chausseestr. 64.

Raabe's Salon, Kolbergerstr. 23.

Pharus-Säle, Müllerstr. 142.

Moabiters Gesellschaftshaus, Wickestr. 24.

## Teltow-Beeskow

Adlershof. Beyer, Bismarck-Straße 10.

Alt-Glienicke. Witwe Haberecht, Friedrichstr. 2.

Britz. Landhaus, Chausseestr. 97.

Charlottenburg. Volkshaus, Rosinenstr. 3.

Friedenau. Rheinschloß, Rheinstr. 60.

Grünau. Jägerhaus, Bahnhofstr. 1.

Johannisthal. Senftleben, Friedrich- und Köpenickerstr.-Ecke.

Köpenick. Stadttheater, Friedrichstraße.

Lankwitz. Bräuert, Mariensfelderstr. 17a.

Groß-Lichterfelde. Kaiserhof, Am Kranoldplatz.

Mariendorf. Puschke, Chausseestr. 305.

Nieder-Schöneweide. Restaurant Gasselwerder.

Nowawes. Singer, Priesterstr. 31.

Rixdorf. Hoppe, Hermannstr. 49.

„ Thiel, Bergstr. 151.

Schöneberg. Obst, Meiningen Straße 8.

Steglitz. Birkenwäldchen, Schlittenstraße.

Tempelhof. Wilhelmsgarten, Berliner Straße 9.

Treptow-Baumschulenweg. Wernicke (Restaurant „Zur Rennbahn“).

Wilmerdorf. Luiseipark, Wilhelmsaue 112.

Königs-Wusterhausen. Wedhorn (Altes Schützenh.) <sup>Anfang</sup> 7 Uhr.

Zehlendorf. Gesellschaftshaus, Karlstraße 12.

## Nieder-Barnim

Friedrichshagen. Witwe Berche (Bürgerhäle), Rundteil.

Lichtenberg. Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 151.

Ober-Schöneweide. Mörners Blumengarten.

Pankow, zugleich für Nieder-Schönhausen u. Franz. Buchholz, in Pankow „Zum Kurfürsten“, Berliner Str. 102.

Reinickendorf. Wilhelmsruh, Restaurant „Seepark“. Reinickendorf-Ost, Marktstraße 2-3.

Rummelsburg. Witwe Weigel, Türschmidtstraße 45.

Tegel. Trebesch's Festsäle, Bahnhofstraße 1.

Weißensee. Schloß-Restaurant, König-Chaussee.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

# „Der Wahlrechtskampf in Preußen.“

Die Referenten werden in den Versammlungen bekanntgegeben.

Männer und Frauen, erscheint in Massen, es handelt sich um Euer Recht!

Die Einberufer.



Soziales.

Ablehnung des Landrats durch Dr. Pape.

Der besoldete Gemeindefürsorger Dr. jur. Pape in Weihensee ist durch die Eigenmächtigkeit und Eigenartigkeit bekannt geworden, mit der er dem Befehl zuwider als Vorsitzender des Gewerbegerichts und als Kommissar für Krankenlassenangelegenheiten zungunsten der Arbeiter Verfügungen traf.

Hätte Dr. Pape den Ablehnungsantrag vor dem Termin gestellt, so hätte bereits am Montag in der Sache selbst verhandelt werden können.

Ausländische Arbeiter in der schlesischen Landwirtschaft.

Im § 4 des Invalidengesetzes wurde bekanntlich bestimmt, daß ausländische Arbeiter, z. B. Russen, die als Arbeitskräfte nur für eine bestimmte Dauer im Inlande beschäftigt werden dürfen, der Versicherungspflicht nicht unterliegen.

genügt. Vergerlich genug für sie, daß sie auch noch die Hälfte der Invalidenbeiträge zahlen müssen, während der ausländische Arbeiter von Beiträgen verschont wird, weil er ja nicht als Versicherter gilt.

Table with 2 columns: Regierungsbezirk, Ausländer. Rows: Breslau, Bielefeld, Oepeln.

gegen das Vorjahr 13,4 Prozent mehr, wobei die Zunahme hauptsächlich auf den Bezirk Bielefeld entfällt.

Und die Arbeitslöhne? Berechnet man die obigen Zahlen, so ergibt sich ein Wochenbeitrag von sieben Pfennigen (1/2 von 14 Pf.) = weniger als 1,20 M. Tageslohn!

Zur Heilbehandlung der Trunksucht.

Bekanntlich lehnen es die meisten Landesversicherungsanstalten entschieden ab, die Heilbehandlung Trunksüchtiger zu übernehmen.

Von einer Uebernahme des Heilverfahrens der Trunksüchtigen kann man deshalb, trotz aller schönen Worte des Geschäftsberichts dieser Versicherungsanstalt, doch da nicht gut reden.

Und das Resultat? Von den fünf Pflegslingen sind vier noch erwerbsfähig und in ihrem alten Berufstätig, ein Pflegsling wurde invalidiert.

Die Versicherungsanstalt gewährt deshalb den Anstalten, welche sich die Bekämpfung des übermäßigen Alkoholgenußes zur besonderen Aufgabe gemacht haben, Darlehen zu dem Zinsfuße von 3 Proz.

Witterungsübersicht vom 7. Januar 1908.

Table with 4 columns: Stationen, Temperatur, Windrichtung, Windstärke. Rows: Schwetzingen, Karlsruhe, Mannheim, etc.

Wetterprognose für Mittwoch, den 8. Januar 1908. Ein wenig kühler, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und lebhaften südwestlichen Winden.

In den Inhalt der Auserwählte übertrug die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 8. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Der Evangelist.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr: Agnes Sorma. Mandragola.

Theater des Westens. 8 Uhr: Ein Walzertraum.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus. Anfang 8 Uhr.

Kriemhilds Rache. Donnerstag: Jugend von heute.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Hufarenfieber.

Residenz-Theater. - Direction: Richard Alexander. - Anfang 8 Uhr.

Ganz der Papa. Schwank in 3 Akten von Marx und Desoblières.

Luisen-Theater. Reichenbergstr. 31. Abends 8 Uhr: Cyprienne.

Bernhard Rose Theater. Dr. Kaufmännische. 182. Gastspiel des Zentral-Theaters.

Neues Theater. Anfang 8 Uhr. Donnerstag: Rudolf Schlosser.

Rudolf Schlosser. Donnerstag: Rudolf Schlosser. Freitag: Vision der Salome.

Berliner Theater. Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters. Abends 8 Uhr: Blaubart.

Till Eulenspiegel. Welche um die Hälfte ermäßigt.

Neues Theater. Anfang 8 Uhr. Donnerstag: Rudolf Schlosser.

Rudolf Schlosser. Donnerstag: Rudolf Schlosser. Freitag: Vision der Salome.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Identer). Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Hermannschlacht.

Schiller-Saal (Schiller-Theater). Mittwoch abends 9 Uhr: Vortrag von Fritz Stahl: Krimbrandt.

Zirkus Schumann. Heute Mittwoch, den 8. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung.

Amerika. zur Zeit der Sklaverei 1863 in 5 Akten, hierzu 120 mitwirkende schwarze Leute.

Theater an der Spree. Köpenickerstr. 68, dicht am Bahnhof Jannowitzbrücke. Täglich 8 Uhr.

Hokuspokus. Neue Berliner Posse m. Gesang u. Tanz von Louis Herrmann.

Opolite Theater. Das Programm der Attraktionen und Novitäten.

Rajino-Theater. Volkeingeweiht. 37. Täglich 8 Uhr: Nur noch bis Donnerstag.

Biederleute. Freitag, 17. Januar: Zum 1. Male: Die Freuden der Häuslichkeit.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Philister.

XIII. Saison. Zirkus Busch. Mittwoch, den 8. Januar 1908, abends 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung.

Fröbels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee 148. Mittwoch, den 8. Januar 1908: Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.

Borussia Variete-Theater und Festsäle. Inh.: J. Leschkowski. Ackerstraße 6-7. Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands Ortsverein Berlin. Sonnabend, den 11. Januar, in den Gesamträumen der Brauerei.

Großer Kostüm-Ball. Die Säle sind entsprechend dekoriert. Die Musik wird von Mitgliedern des Verbandes der Zivilberufsmusiker ausgeführt.

Albert Böhme. und das großartige Januar-Programm. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor. Abends 8 Uhr: Das große Programm.

Parodie-Theater. Dresdenstr. 97. Anfang 8 Uhr: Vorrechte Woche.

Berliner Uk-Trio. Felix Scheuer. Straßensorte 1. Englischen Unterricht, einzeln und im Zirkel, erteilt 38729.

Metropol-Theater. Anfang präzise 8 Uhr. Das muß man seh'n!!

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: Kalro und die Pyramiden.

Geb. Herrnfeld-Theater. 57 Kommandantenstraße Nr. 57. Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11-12 Uhr.

Papa und Genossen. Komödie in 3 Akten m. d. Autoren Anton und Donat Herrnfeld.

Madame Wig-Wag. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Wäckerhaind.

**Rixdorfer Theater**  
Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.  
Mittwoch, den 8. Januar 1908:  
**Die Stützen der Gesellschaft.**  
Schauspiel in 4 Akten v. Genzlfeld.  
Anfang 8 Uhr.



**Neues Programm.**  
**Ruth St. Vincent**  
Gesangskünstlerin.  
**Kaufmann-Truppe**  
teilende Radfahrkünstlerinnen.  
Roche Affen  
**Der Affe als Kapellmeister.**  
**Robert Steidl**  
der beliebte Humorist,  
und viele andere  
erstklassige Spezialitäten.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Tochter des Herodias.**  
Cavalière Girotto  
The 6 Idols.  
Rudolf Mälzer.  
Die singenden Engelsköpfe.

**W. Noacks Theater**  
Direktion Rob. Ditt. Brunnenstr. 10.  
Der größte Erfolg der Saison.  
**In der Irre.**  
Schauspiel n. d. gleichn. „Korngespott“.  
Roman.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Chören- und Vorspielformen gültig!  
Donnerstag: **Weib und Name**

**Palast-Theater**  
Burgstraße 24.  
Heute 8 Uhr  
Entree 20 Pf.  
Der  
**Januar = Spielplan.**  
Les 4 Orans.  
Paul Richard.  
Manöverliebe.  
Büchlein.

**Spottbillig!!**  
Land- u. Waldparzellen,  
wunderbar gelegen, nahe Bahnhof  
**Frederksdorf (Ostbahn)**  
R. von 7 Mark an.  
Nieschulke & Nitsche,  
Rene Königh. 16.

**England Hotel - Restaurant**  
solort billig zu ver-  
kaufen. Seit Jahren  
Hauptquartier der  
Kaiser-, Schlichter- und anderer  
Bereine. Vortreffliche Konz. Billige  
Kette. Günstige Gelegenheit für em-  
pfehlenswerten. Englisch nicht not-  
wendig. Deutscher Verkehr.  
Offizier: **Weller, 10 Leman**  
Street, Whitechapel, London E.

**Haben Sie schon**  
die  
**Deutschen Konzerthallen,**  
An der Spandauerbrücke 3, besucht???

**Biogr. Theater „Westend“** Neu! Elegant! Interessant!  
Tägliche Vorstellung von 8-11 Uhr.  
Sonntags von 2-11 Uhr.  
Charlottenburg, Potsdamerstr. 11. Stetiger Eingang von Neubucken.  
**Bahnärztliche Klinik**  
SW., Belle-Alliancestraße 106 I, und N., Brunnenstraße 185 I,  
gegenüber Barenhans Bahnhof, am Rosenthaler Tor.  
Jahreszeiten unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Wunden m. d. Un-  
kosten berechnet. — Geöffnet von 9-6 Uhr. Sonntags 9-12 Uhr. 14212  
**Neuen großen Saal**  
zu Besprechungen, Konferenzen und Versammlungen, sowie kleinere Säle  
zu allen Gelegenheiten unter günstigen Bedingungen. 23596  
**C. Elste, Deponen der Brauerei Hoppoldts, Hasenheide.**  
Fernsprecher 4. 1982. — Straßenbahn nach allen Richtungen.

**Achtung!**  
**Fliesenleger und Hilfsarbeiter Berlins.**  
Am Donnerstag, den 9. Januar 1908, abends 8 Uhr, in den „Musikerkäfen“,  
Kaiser-Wilhelm-Straße 18a:  
**Öffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Die Ablehnung der Verhandlung mit unserer Tarifkommission vor dem Einigungs-  
amt des Gewerbegerichts seitens des „Verbandes der Fliesengeschäfte Berlins“.  
Kollegen! Erscheint in dieser Versammlung Mann für Mann. Die Wichtigkeit der Tagesordnung  
liegt auf der Hand. (281/5) Die Tarifkommission. H. A. Hermann, Vorsitz.

**Zentralverband der Töpfer Deutschlands**  
Filiale Berlin.  
Den Kollegen zur Kenntnis, daß die am Donnerstag, den 9. d. M.,  
stattfindenden Bezirksversammlungen präzise 7 Uhr eröffnet werden, damit  
die Tagesordnung bis 1/9 Uhr erledigt ist und die Kollegen die Protest-  
versammlungen noch besuchen können.  
Die Versammlungen für **Königs-Wusterhausen** und **Spandau**  
finden am Donnerstag nicht statt; die für **Königs-Wusterhausen**  
ist am **Freitag, den 10. Januar.**  
Die Verbandsleitung.

**Reichshallen-Theater.**  
**Stettiner Säng.**  
Anfang: Wochentags  
8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Sanssouci** Kottbuser  
Straße 6  
Direktion: Wilhelm Reimer.  
Sonntag, Montag,  
Donnerstag:  
**Hoffmanns Nordd. Säng.**  
und Tanz.  
Stets wechselndes  
Programm!  
Sonntag Beginn 5 Uhr.  
Wochentags 8 Uhr.

**F. Happoldts**  
Neuer Konzertsaal.  
Hasenheide (Eingang Grödestraße,  
Haltestraße Fichtestraße).  
Mittwoch: Kunstabend. Donner-  
stag: 2. Uebrigst Abend mit  
Heberrahlungen. Sonntag:  
2 Konzerte. (Mittags Kaffee.)

**Elysium** Landsberger  
Allee 40-41.  
Heute sowie jeden Mittwoch:  
**Harburger Säng.**  
Nachdem: **Freitanz.**  
Anfang 8 Uhr. — Entree 10 Pf.  
Avis. Sormabende im April bis  
September. Saal u. Garten sind an  
Bereine mit Sängergesellschaft unter  
bekanntester Bedingung zu vermieten.  
Am 7. 2017. **Karl Eisermann.**

**Berliner Vogel-Lotterie**  
Wer ein Liebhaber von Vögeln  
ist, dem wird sehr Gelegenheit ge-  
boten, in der am 15. Januar statt-  
findenden Großen  
**Berliner Vogel-Lotterie**  
sein Glück zu versuchen.  
Nur sehr wenig Lose und große  
Chancen. In der v. 4.—11. Januar  
Rosenthalerstr. 11-12 stattfindenden  
Ausstellung können die Gewinne  
besichtigt werden. Lose à 50 Pf.,  
Porto und Liste 30 Pf. extra sind  
in Lotterie- und Zigarrenschäften  
und **G. Haase, Berlin, Neue König-**  
bei **str. 88,**  
zu haben. 292/10

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Schöneberg.  
Begen der Demonstrationen am 9. Januar  
findet die Generalversammlung erst am  
**Donnerstag, den 16. Januar**  
statt.  
Die Verwaltung.

**Verband der Sattler.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Die zum Donnerstag, den 9. Januar, angelegten Branchensammlungen  
der **Taschen-, Koffer- und Galanteriebranche,**  
der **Teppichnäher und Linoleumleger** und der **Wagenbranche**  
fallen der Parteiversammlungen wegen diesmal aus.  
156/4 Die Ortsverwaltung.

**Verband der freien Gast- und Schankwirte**  
Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)  
**Bezirksversammlungen:**  
Bezirk 1. Donnerstag, den 9. Januar, nachmittags 5 Uhr,  
bei **Pfeilcke, Waldstr. 8.**  
2. Freitag, den 10. Januar, nachmittags 5 Uhr,  
bei **Obiglio, Schwedterstr. 23-24.**  
3. Freitag, den 10. Januar, nachmittags 5 Uhr,  
bei **Kranz, Dunderstr. 8.**  
4. Donnerstag, den 9. Januar, nachmittags 5 Uhr,  
bei **Liehn, Remlerstr. 67.**  
5. Freitag, den 10. Januar, nachmittags 5 Uhr,  
bei **Bercht, Ritterstr. 75.**  
6. Freitag, den 10. Januar, nachmittags 5 Uhr,  
bei **Höckel, Kaiser-Wilhelm-Straße 18a.**  
74/3 Die Ortsverwaltung.

**Zentralverein der Bildhauer Deutschlands**  
Verwaltung Berlin.  
Donnerstag, den 9. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-  
haus, Saal 1:  
**Versammlung.**  
1. Vortrag des Herrn Grünspan über „flüssige Luft, die Welt bei  
190 Grad Kälte“. 2. Geschäftliches.  
Gäste willkommen. 20/1  
Böhrlichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

**Phänomen**  
Rauchen Sie  
**igaretten**  
Devis: Qualität ist die beste Empfehlung.

**Ganz umsonst**  
werden Kinderspejeks in Größen von 1-12 Jahren sowie Kinderkragen  
mit blauem Capuchon bei Einkauf von M. 20,- an abgegeben im  
**Inventur- u. totalen Räumungs-Ausverkauf** des  
**Konfektionshauses Westmann**  
Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a, an den Kolonnaden.  
Fil.: Berlin O., Gr. Frankfurter Str. 115, 2. Haus a. d. Andreasstr.  
Plüschmäntel, Astrachanmäntel, Abendmäntel, Röcke, Blusen, Kinder-  
Konfektion etc. etc., Original-Modelle, Reismuster und Kopien.  
selbst für die stärksten Figuren vorrätig!!  
einfache gediegene Ausführungen!! haltbare, neuere Stoffe!!  
**Keine Massen- oder Ramschware!! Eigene Fabrikation!!**  
in 5 Preiseinstellungen  
Preisent. 1 2 3 4 5  
bisher M. 15 M. 30 M. 50 M. 80 M. 100  
jetzt nur M. 8 nur M. 10 nur M. 16 nur M. 30 nur M. 55  
**Sonder-Angebot**  
für Pelzkonfektion, als Pelzjackets, Stolen, Muffen in  
allen möglichen Pelzarten zu entsprechend ermäßigten Notierungen.  
**Trauer-Magazin**  
für  
Damen- und Kindergarderobe.  
Preise konkurrenzlos,  
reiche Auswahl. 20/1  
Sonntags  
geöffnet  
8-10,  
12-2 Uhr  
Ich wiederhole meine Bitte,  
zum Einkauf in meinem Ge-  
schäft möglichst die Vormit-  
tagsstunden zu wählen, da  
nachmittags zu stark Andrang.

Am Sonntag, den 8. Januar,  
verstarb nach schwerem Kranken-  
lager mein guter Vater, der  
Quadrupler  
**Gustav Billard.**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des Beth-  
lehmann-Kirchhofes, Nordend, aus  
statt. 154/2  
Die trauernde Witwe  
**Wilhelmine Billard**  
nebst Kindern.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse**  
der deutschen Wagenbauer.  
(G. G.) Berlin II.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß das langjährige Mitglied, der  
Dreher  
**Hugo Arold**  
nach schwerem Leiden im 36. Lebens-  
jahre verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
253/1 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß unsere  
Tochter  
**Lenchen**  
plötzlich gestorben ist. Die Be-  
erdigung findet Donnerstag nach-  
mittags 4 Uhr auf dem Michael-  
Kirchhof, Mariendorfer Weg, statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Kom. **Sommer, Lübbenerstr. 13.**

**Danksagung.**  
Für die zahlreichen Beweise herz-  
licher Teilnahme bei dem Hinscheiden  
meines innigstgeliebten Vaters  
**Otto Krause**  
sage ich hierdurch allen lieben Ver-  
wandten, Freunden und Bekannten,  
besonders den Herren Chefs der Firma  
Hirschhorn sowie dem gesamten Geson-  
dlichen meinen tiefgefühltesten Dank.  
**Hedwig Krause geb. Scholler.**

**Danksagung.**  
Für die rege Beteiligung und die  
reichen Kranzpenden bei der Beerdig-  
ung meiner lieben Frau  
**Luise Rochau**  
sage ich allen Verwandten und Be-  
kannnten meinen herzlichsten Dank.  
2400b **Karl Rochau** nebst Kindern.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2.5-7. Sonntags 10-12, 2-1.

**Pelzwaren**  
direkt aus der Fabrik, auch im Einzel-  
verkauf zu Engrospreisen.  
**Stols,**  
Kolliers,  
Muffen, sehr schön  
gem., Damenhüte,  
Garetta, Herren-  
Knaben- und Mäd-  
chen-Garnituren,  
Fußsöcke, Jagd-  
taschen, Polstepp,  
Sämtl. gangbaren  
Pelzarten a. Lager.  
Große Auswahl.  
Belles Material.  
Reine Bazarware,  
keine Reismuster  
oder sogenante  
Gefegenheitsläufe,  
trotzdem billiger.

**F. Kalman,** Kürschner-  
meister,  
jetzt nur Kommandantenstr. 15, 1,  
gegenüber Beutlitz, beim Dönhofsplatz.  
Verkauf bis 9 Uhr abends. Sonntags  
geöffnet. Telefon I 3917.  
Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzug od. Paletot  
nach Maß, schnell, sauber. Zutaten  
von 20 Mark an. **Moritz Laband,**  
Neue Promenade 11 (Eingang Börsen)

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
**Rixdorf.**  
**Todes-Anzeige.**  
Den Parteigenossen zur Nach-  
richt, daß unser Mitglied, der  
Sattler  
**Paul Hecker**  
(D. Bezirk)  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Mitt-  
woch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von  
der Leichenhalle des neuen Rix-  
dorfer Friedhofes, Mariendorfer  
Weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
234/1

**Verband der Sattler**  
Ortsverwaltung Berlin.  
Am 4. Januar verstarb nach  
langer, schwerer Krankheit unser  
Mitglied  
**Paul Hecker**  
(Berl. Stadt, Ing. Truh.)  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, den 8. Januar, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Rixdorfer Kirchhofes  
(Mariendorfer Weg) aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für **Britz.**  
**Todes-Anzeige.**  
Den Genossen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Schriftfeger  
**Max Koch**  
am Sonntag, den 4. Januar,  
pöblich verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch nach 3 Uhr von der  
Leichenhalle des Heilig Kreuz-  
Kirchhofes (Mariendorfer Weg) aus statt.  
Die Genossen, welche an der  
Beerdigung teilnehmen, werden  
ersucht, sich um 1/2 Uhr bei  
Bemiger, Werdertstraße, zu treffen.  
202/1 Der Vorstand.

**Zentralverband der Töpfer**  
Deutschlands.  
Filiale Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß am 5. Januar der Kollege  
**Franz Pehl**  
(Bezirk Schönhauser Vorstadt)  
im Alter von 52 Jahren an  
Lungenentzündung verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, 9. Januar, nachm.  
3 Uhr, von der Leichenhalle des  
Kirchhofes der Bethlehmann-Gemeinde  
in Nordend aus statt.  
192/2 Der Vorstand.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Sattler  
**Otto Zorn**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, den 8. Januar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Heiligkreuz-Kirchhofes  
in Mariendorf, Zeltstraße, aus  
statt.  
Rege Beteiligung erwartet.  
110/3 Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband deutscher**  
Textilarbeiter.  
Filiale Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Am Sonntag, den 5. Januar,  
nach 8 Uhr, verstarb nach zwei-  
jährigem Leiden unser lieber  
Kollege  
**Georg Treue**  
im 47. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag nachmittags 3 Uhr  
vom Trauerhause aus, Kron-  
prinzenstr. 47 in Friedrichshagen,  
auf dem neuen Lichtberger  
Friedhof statt. 197/2  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Danksagung.**  
Für die Beweise herzlicher Teil-  
nahme bei der Beerdigung meines  
lieben Vaters, Vaters und Sohnes,  
des Tischlers  
**Martin Broda**  
sagen wir allen Kollegen, Bekannten  
und Verwandten, insbesondere der  
Direktion und den Kollegen der Allen-  
geheilig für Beerdigungskosten  
unseren innigsten Dank. 2407b  
**Ww. Broda geb. Soback,**  
Mutter und Sohn  
und Verwandte.

**F. Kalman,** Kürschner-  
meister,  
jetzt nur Kommandantenstr. 15, 1,  
gegenüber Beutlitz, beim Dönhofsplatz.  
Verkauf bis 9 Uhr abends. Sonntags  
geöffnet. Telefon I 3917.  
Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzug od. Paletot  
nach Maß, schnell, sauber. Zutaten  
von 20 Mark an. **Moritz Laband,**  
Neue Promenade 11 (Eingang Börsen)

**Zentralverband deutscher**  
Textilarbeiter.  
Filiale Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Am Sonntag, den 5. Januar,  
nach 8 Uhr, verstarb nach zwei-  
jährigem Leiden unser lieber  
Kollege  
**Georg Treue**  
im 47. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag nachmittags 3 Uhr  
vom Trauerhause aus, Kron-  
prinzenstr. 47 in Friedrichshagen,  
auf dem neuen Lichtberger  
Friedhof statt. 197/2  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Danksagung.**  
Für die Beweise herzlicher Teil-  
nahme bei der Beerdigung meines  
lieben Vaters, Vaters und Sohnes,  
des Tischlers  
**Martin Broda**  
sagen wir allen Kollegen, Bekannten  
und Verwandten, insbesondere der  
Direktion und den Kollegen der Allen-  
geheilig für Beerdigungskosten  
unseren innigsten Dank. 2407b  
**Ww. Broda geb. Soback,**  
Mutter und Sohn  
und Verwandte.